Antifaschistisches info Blatt

Nr. 114 | Frühjahr 2017 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR



RECHTE PARALLELWELTEN

www.antifainfoblatt.de



Foto: Paul Hanewacker

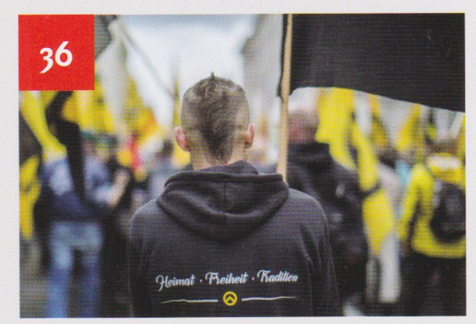
RECHTE PARALLELWELTEN

Reichsbürger, Prepper, Siedler und Verschwörungideologen — manche Spielarten der extremen Rechten wirken sehr abseitig. Doch es ist falsch, einfach eine pathologische Verfasstheit der ProtagonistInnen zu vermuten und sie zu unterschätzen.



DEUTSCHE NEONAZIS IN UNGARN

Im Februar 2017, fand in Budapest der sogenannte „Tag der Ehre" zum Gedenken an die Waffen-SS statt. Ein zentraler Termin im Kalender der europäischen militanten Rechten. An der „Gedenkfeier" und dem „Gedenkmarsch" nahmen auch zahlreiche Neonazis aus Deutschland teil.



„KONSPIRATIVE SCHNITTSTELLEN"?

Die Überschneidungen von Akteuren der „Identitären Bewegung" (IB) und der Alternative für Deutschland (AfD) sind augenscheinlich. Wie sich die „Identitären" die Zusammenarbeit mit der AfD vorstellen, verdeutlicht ihre interne Kommunikation.



Foto: Gage Skidmore, Bannon & Priebus (CC BY-SA 2.0)

DIE EXTREME RECHTE NACH TRUMPS WAHLSIEG

Im Fahrwasser von Trump erreicht die radikale Rechte in den USA eine ungeahnte gesellschaftliche Relevanz. Die wichtigste Rolle spielt das Erstarken der „Alt Right"-Bewegung, eines internetversierten Zusammenschlusses weißer NationalistInnen und AntisemitInnen.

TITEL

NS-SZENE

BRAUNZONE

ANTIFA/ANTIRA

RASSISMUS

GESCHICHTE

GESELLSCHAFT

REPRESSION

INTERNATIONAL

RUBRIKEN

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

in dieser Ausgabe des Antifaschistischen Infoblattes berichten wir über rechte Wahn- und Parallelwelten. Dabei werden rechte Ideologien und Phänomene in den Blick genommen, die aktuell, aber auch aus historischer Perspektive einen oft verschwörungsgläubigen Charakter haben — im englischsprachigen Raum auch als „German Angst" bezeichnet. Mit dem Begriff postfaktisch wurde im letzten Jahr versucht, ein Phänomen zu beschreiben, in dem sich rechte Gruppierungen vermehrt gegen einen vermeintlichen gesellschaftlichen Konsens stellen. Dabei werden persönliche Ansichten zur Wahrheit erhoben, der nichts entgegen gestellt werden kann, da Gegenargumente mit einer Verschwörung von „denen da oben" und anderen Feinden abgetan werden. Gerüchte über das Verhalten von Geflüchteten, die Zusammenarbeit von Staat und Konzernen oder die sogenannte „Umvolkung" sind ebenso Teil des Repertoires, wie der Rede von der „Lügenpresse" oder dem „Genderwahn". Wir benennen konkrete Beispiele und beleuchten, wie diese funktionieren, zum anderen zeigen wir Kontinuitäten und Gefahren dieser rechten Wahnwelten auf. Dabei spielen heute oft die sozialen Medien eine große Rolle, wie wir im Artikel „Lügen, Fakes und Echokammern" darstellen. Der Fokus liegt jedoch auf den jeweiligen Ideologien und ihren Erklärungsmodellen. Der Text vom Feministisch-Antifaschistischen Arbeitskreis auf Seite 12 widmet sich dem „Wahn vom Gender-Wahn".

Das Thema Reichsbürger hat nach einer zunehmenden Radikalisierung der Akteure und der Auseinandersetzung mit staatlichen Vertretern sicherheitspolitisch gerade Konjunktur. Aktuell hat das Thüringer Oberverwaltungsgericht im Februar 2017 geurteilt, dass „Reichsbürger-Sprech" in einem Schreiben an die Fahrerlaubnisbehörde, deren tatsächlicher Inhalt kaum noch erkennbar ist und in denen „unter der Aneinanderreihung von Paragrafen und Rechtsprechungen eine völlig gestörte Wahrnehmung der Realität erkennbar" ist, eine vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis rechtfertigen kann.

Die Veröffentlichungen in linken Debatten im Dreieck von Rassismus, Sexismus und Religion, der Spielwiese von Querfront-„Linken" und „Sorgenverstehern", finden immer wieder eine erstaunlich große Öffentlichkeit. Besonders wenn linke Ideale auf die von rechts behauptete „Realität" prallen und dann auch noch in öffentlicher Diskussion nach gangbaren Lösungswegen gesucht wird, ist das rassistische und rete Hohnkonzert sichert. Dass zur Diskussion um eine Positionierung der radikalen Linken auch manche skurrile Veröffentlichung zählt, ist dabei ebenso unvermeidlich wie die Vereinnahmungsversuche aus vielen Richtungen. Unser Interview mit dem Conne Island auf Seite 52 widmet sich einer derartigen aktuellen Debatte und der Artikel der Antifaschistischen Linken International (A.L.I.) auf Seite 42 soll eine Hilfestellung gegen unfallträchtige Diskursmanöver bieten.



v.l.n.r.: Aboubaker Thabti, Ibrahima Barry, Abdelkrim Hassane, Azzedine Soufiane, Mamadou Tanou Barry, Khaled Belkacemi

Bei einem rassistischen Anschlag auf eine Moschee in Quebec (Kanada) starben sechs Menschen und 19 weitere wurden zum Teil schwer verletzt. Am 30. Januar 2017 war Alexandre Bissonette kurz vor dem Ende des Abendgebets in die Moschee eingedrungen. Der 27-jährige frankokanadische Student propagierte schon seit längerem sein rechtes Gedankengut und seinen Hass auf Geflüchtete und Immigranten muslimischen Glaubens im Internet. Laut der kanadischen Zeitung „Globe and Mail" soll er sich anerkennend über Marine Le Pen vom Front National geäußert haben, nachdem diese Quebec besucht hat. In Online-Kommentaren vertrat der Trump-Fan nationalistisches und antifeministisches Gedankengut. Wir trauern um Khaled Belkacemi (60), Azzedine Soufiane (57), Abdelkrim Hassane (41), Aboubaker Thabti (44), Mamadou Tanou Barry (42) und Ibrahima Barry (39).

Nach einem Konzert der Punkband Exploited am 18. Februar 2017 wurde ein Punk in St. Petersburg (Russland) von Neonazis erstochen. Der 27-jährige Igor aus Mogiljow (Weißrussland) war einer Gruppe Neonazis begegnet, die Hitlergrüße zeigte und hatte sie aufgefordert, das zu unterlassen. Rest in peace Igor...



Richtigstellung:

In einem Artikel unserer letzten Ausgabe, der sich mit dem Umfeld des UnterstützerInnen-Netzwerk des NSU in Chemnitz und Zwickau beschäftigte, schrieben wir, dass sich Eric Fröhlich sowie Patrick G. — beide ehemalige Aktivisten der verbotenen „Nationen Sozialisten Chemnitz" (NSC) — in André Emingers Wohnung in Zwickau befanden, während diese im Zusammenhang mit dem NSU durchsucht wurde. Richtig ist, dass Beide Kontakt zu den Eminger-Brüdern gehabt haben, falsch ist jedoch, dass sich Eric Fröhlich zum Zeitpunkt der Razzia in der Wohnung befand. Dies trifft nur auf Patrick G. zu.

Neonaziterrorismus in Schweden

PETER ANDERSSON

Am späten Abend des 11. November 2016 explodierte eine Bombe in der Göteborger Innenstadt. Jemand hatte sie am Fenster des linken Infoladens Syndikalistiskt Forum deponiert. Es entstand erheblicher Schaden an den Räumen des Ladens, aber glücklicherweise wurde niemand verletzt. Zum Zeitpunkt der Detonation waren es nur noch zwölf Stunden bis zum Beginn einer Demonstration der Nordischen Widerstandsbewegung (NMR)[1] in Stockholm. Der Verdacht lag nahe, dass Neonazis aus dem Umfeld der NMR die Tat im Vorfeld der Demonstration als Warnschuss an Antifaschist_innen begangen hatten.

Zwei Monate darauf explodierte am 5. Januar 2017 eine weitere Bombe, diesmal vor einer Flüchtlingsunterkunft. Ein Pförtner wurde durch Splitter der Bombe und die Druckwelle schwer verletzt, er erlitt zwei Beinbrüche. Zwei Wochen später wurde einer der führenden Göteborger Neonazis, der 28-jährige Viktor Melin[2], festgenommen. Er wird verdächtigt, die Bombe am Syndikalistiskt Forum gelegt zu haben. Rasch übernahm die Säpo (Sicherheitspolizei) die Ermittlungen. Noch während Melin in Haft war, wurde am 25. Januar erneut eine Bombe vor einer Flüchtlingsunterkunft gefunden, diesmal bevor es zur Detonation kam.

Der führende Göteborger Neonazi Viktor Melin

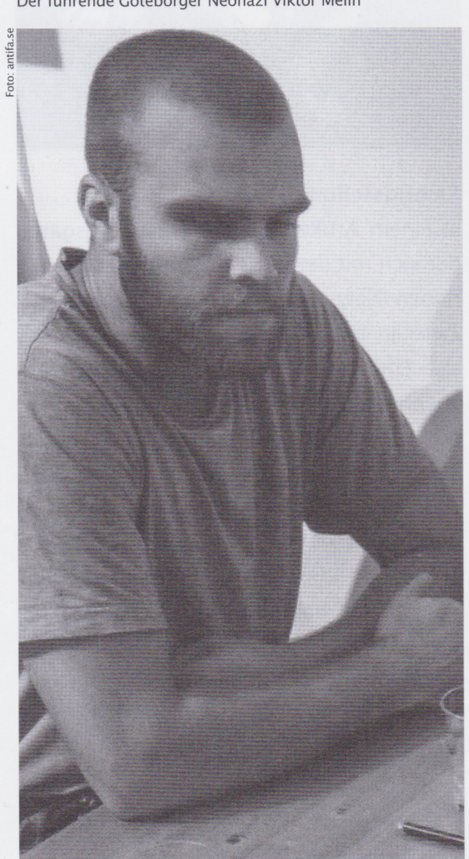


Foto: antifa.se

Einige Tage später wurden zwei weitere Aktivisten der NMR festgenommen. Der 50-jährige Jimmy Jonasson und der 20-jährige Anton Thulin sind beide in der gleichen Näste (Regionalgruppe) aktiv wie der Anführer Melin. Johansson wird verdächtigt, an allen drei Anschlägen beteiligt zu sein, Thulin wird bislang nur der letzte, fehlgeschlagene zugerechnet. Am 16. Februar wurde eine vierte Person verhaftet. Die Neonazis werden der gemeingefährlichen Verwüstung beschuldigt, ein Verbrechen, das mit mindestens einem Jahr und bis zu lebenslänglicher Haft bestraft wird. Die Bombe am Syndikalistiskt Forum war mit einem Zeitzünder versehen und hätte in der um 22 Uhr immer noch belebten Straße auch jemanden töten können.

Vor dem linken sozialen Zentrum Kulturhuset in Jönköping gab es am 8. Dezember eine weitere, anscheinend mit den anderen Anschlägen nicht in Zusammenhang stehende Explosion. Zunächst wurde gemutmaßt, dass das Kulturhuset irrtümlich betroffen und ein nahe gelegenes Restaurant das eigentliche Ziel gewesen sei. Es gab keine Festnahmen nach diesem Anschlag, aber es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass Mitglieder der Göteborger NMR sich an diesem Tag in Jönköping aufhielten und die Säpo auch hier die Ermittlungen übernahm.

Die Polizei hat der Öffentlichkeit bislang keine Beweismittel präsentiert, spricht aber davon, dass die Anschläge geplant und keine spontanen Aktionen gewesen seien. Am Silvesterabend wurde Thulin festgenommen, als er sich mit einem Messer bewaffnet vor eben jener Flüchtlingsunterkunft aufhielt, wo am 25. Januar die Bombe gefunden wurde. Die NMR hat sich in einer Verlautbarung hinter ihre inhaftierten Kameraden gestellt und behauptet, es gebe keine Beweise. Die Bombe, die den Pförtner verletzt habe, habe vielmehr aus dem Inneren der Unterkunft gestammt. Offiziell befürwortet die NMR keine offensive Gewalt und behauptet nach derartigen Aktionen stets, diese hätten nichts mit der Organisation zu tun. Allerdings erschienen bei einem Gerichtstermin der verhafteten Aktivisten mehrere NMR-Mitglieder zur Unterstützung. Die drei sind immer noch in Untersuchungshaft und es ist nicht bekannt, wann bzw. ob überhaupt Anklage erhoben wird. •



Foto: antifa.se

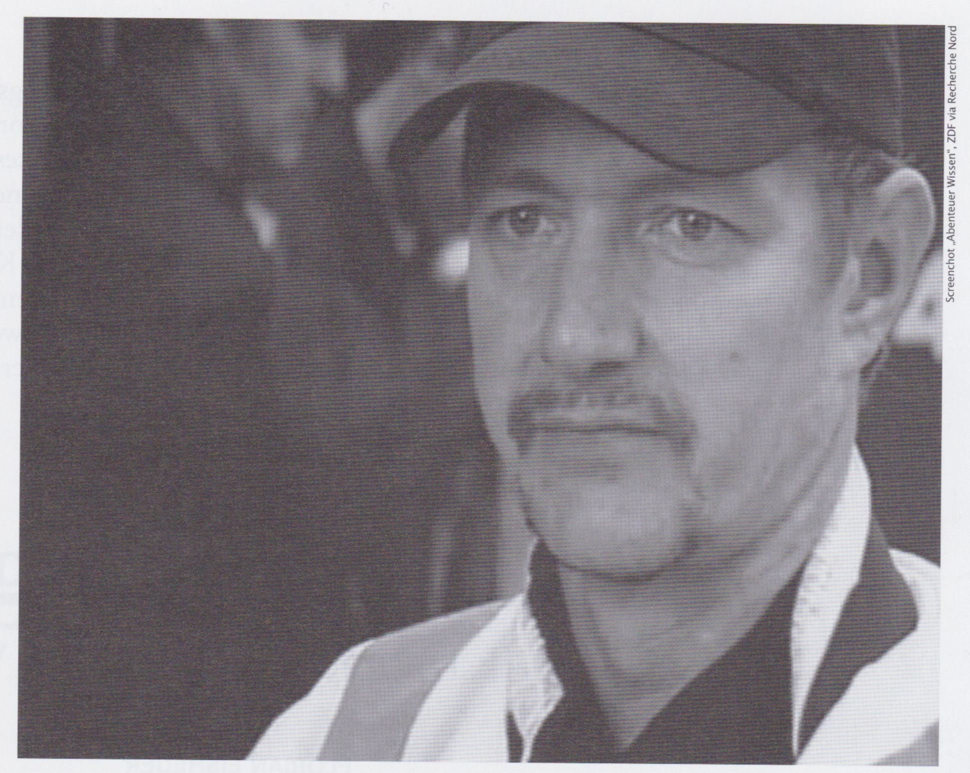
Anton Thulin, Aktivist der Nordischen Widerstandsbewegung

1 Die Nordische Widerstandsbewegung ist eine militante Neonaziorganisation und -partei in Schweden und wurde 1997 von ehemaligen Aktivisten des Weißen Arischen Widerstands (Vitt Ariskt Motstånd, VAM) gegründet. Bis zur Übernahme des neuen Vorsitzenden Simon Lindberg im Jahr 2015 firmierte sie unter dem Namen Schwedische Widerstandsbewegung (Svenska motståndsrörelsen, SMR). Unter Lindberg wurde auch ein parlamentarischer Flügel gebildet. Nach der Auflösung mehrerer anderer Gruppen ist die NMR nun die größte Neonaziorganisation in Schweden.

2 Viktor Melin ist ein Gruppenführer der NMR und seit einigen Jahren Mitglied der Organisation. Jonason und Thulin traten 2015 der NMR bei. Alle drei nahmen am 12. November, dem Tag nach dem Anschlag auf das Syndikalistiskt Forum, an der Demonstration in Stockholm teil. Melin erschien allerdings später als die anderen Göteborger Neonazis. In den Vernehmungen bestritt Melin Mitglied der NMR zu sein und behauptete, er habe die Organisation verlassen. Gegen die NMR als solche wird derzeit nicht ermittelt.

Düsseldorfer Wehrhahn-Anschlag aufgeklärt?

LOTTA NRW


Screenchot „Abenteuer Wissen", ZDF via Recherche Nord

Ralf Spies trat in einem Fernsehbeitrag des ZDF als selbsternannter „Piraten-Abwehrtrainer" auf.

Am 1. Februar 2017 wurde im Düsseldorfer Umland Ralf Spies festgenommen. Dieser soll am 27. Juli 2000 auf dem Düsseldorfer S-Bahnhof Wehrhahn „in fremdenfeindlicher Absicht" einen selbst gebauten TNT-Sprengsatz zur Detonation gebracht haben. Helfer_innen hätte er bei der Planung und Durchführung nicht gehabt, möglicherweise aber habe es — so die Ermittlungsbehörden — „Mitwisser" gegeben. Ziel des Anschlags war eine Gruppe Migrant_innen aus der ehemaligen UdSSR, die meisten von ihnen Jüdinnen und Juden. Zehn von ihnen wurden teilweise lebensgefährlich verletzt, eine im fünften Monat schwangere Frau verlor ihr ungeborenes Kind. Ralf Spies soll zuvor die Alltagsroutine der Besucher_innen eines Sprachkurses „ausbaldowert" haben. Motivgebend soll ein Vorfall im Zusammenhang mit anderen Schüler_innen der Sprachschule im Herbst 1999 gewesen sein. Ein Zusammenhang mit dem NSU würde nicht bestehen.

Spies wohnte damals in der Nähe des S-Bahnhofs, bot Security- und Wachschutzdienste an, betrieb ein Ladengeschäft für „Polizei-Armee-Sicherheit-Zusatzausrüstungen" und Militaria und war eng mit der Düsseldorfer Neonazi-Szene und dem lokalen Kameradschaftsführer Sven Skoda verbunden. Fest in der „Kameradschaft Düsseldorf" eingebunden war der Waffennarr und ehemalige Zeitsoldat aber offenbar nicht, auch Antifa-Gruppen galt er eher als „Einzelgänger".

Die wenige Tage nach dem Anschlag eingerichtete „Ermittlungskommission Acker" („EK Acker") verfolgte nach Hinweisen als eine unter vielen Spuren auch die Spur Ralf Spies. Im Frühjahr 2002 fasste die Staatsanwaltschaft zusammen, dass sich keine „objektivierbaren Anhaltspunkte für eine Beteiligung" von Spies „an der Straftat" ergeben hätten. Dieser sei „nicht in der Lage" gewesen, „ausgefallene Gegenstände aus dem Waffenbereich herzustellen oder auf Bestellung zu besorgen". Ein Gutachten hatte zuvor festgestellt, dass bezüglich der Fertigung des Sprengsatzes eine „erhebliche Sachkunde" nötig gewesen sei. Ein möglicher rechter Hintergrund des Wehrhahn-Anschlags war damit aus dem Rennen. Nicht recherchiert worden war offenbar unter anderem, dass Spies während seiner vierjährigen Bundeswehrzeit eine Sprengstoffausbildung genossen hatte und sich mit Sprengfallen auskannte.

Ende 2014 wurde dann hinter den Kulissen die „EK Furche" eingerichtet. Anlass war, dass sich Spies während der Verbüßung einer Haftstrafe 2014 gegenüber einem Mithäftling damit gebrüstet hatte, den Anschlag begangen zu haben. Die „EK Furche" bemühte sich von nun an mangels Beweisen darum, ausreichend Indizien zu sammeln, um eine Anklage zu ermöglichen. Um hierbei nicht vom Ende 2014 in NRW eingerichteten Parlamentarischen NSU-Untersuchungsauschuss (PUA) behindert zu werden, wurde mit diesem eine Art Geheimabkommen geschlossen. Der PUA verzögerte die Behandlung des Themas „Wehrhahn", bis der Zugriff erfolgt war. Für eine gründliche „Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens nordrhein-westfälischer Sicherheits- und Justizbehörden" im Fall „Wehrhahn-Anschlag" blieb angesichts der Landtagswahlen im Mai 2017 anschließend jedoch keine Zeit mehr. Bekannt wurde jedoch, dass Anfang 2012 ein streng geheimes Gespräch zwischen dem VS NRW und dem EK-Acker-Leiter stattgefunden hatte. Diese Zusammenkunft wurde im PUA kurz thematisiert, aus Gründen des „Geheimschutzes" aber nicht der Inhalt. Stattdessen enthüllte „Der Spiegel", dass der VS über einen V-Mann informiert hatte, den dieser zum Tatzeitpunkt im direkten Umfeld von Spies geführt hatte. Bei Andre M. handelt es sich um einen damaligen Aktivisten der „Kameradschaft Düsseldorf". Als V-Mann tätig gewesen sein soll er von August 1999 bis Mai 2000, er habe aber keine Infos zum Anschlag liefern können. „Allerdings halten sich in Sicherheitskreisen Zweifel", so „Der Spiegel", „ob der Informant tatsächlich im Frühjahr 2000 abgeschaltet worden war. Ein V-Mann-Führer will sich nämlich auch später noch mit seinem Schützling getroffen haben: Er sei ‚zur Tatzeit' mit M. zusammengewesen." •

TITEL

„Die Pläne für einen Massenaustausch der Bevölkerung sind längst geschrieben" verkündete Beatrix von Storch am 8. Mai 2016 auf Twitter.[1] Mit der Vorstellung, es gäbe eine Verschwörung gegen das „deutsche Volk", die das Ziel habe, dieses auszutauschen und somit zu vernichten, ist die AfD-Politikerin nicht alleine. Die Folgen sind drastisch. Denn in diesen Szenarien steht nicht einfach irgendetwas auf dem Spiel, sondern der Fortbestand des „deutschen Volkes" mit „deutschen Familien" und „deutschen Werten". Die Konsequenzen einer solchen Wahrnehmung sind entsprechend weitreichend. Vor allem ist es dem Opfer einer unprovozierten Aggression nach Gesetz und Moral gestattet, sich entsprechend zu wehren. Ein Angriff legitimiert die Anwendung von Mitteln der Selbstverteidigung, die sich an der Qualität der Aggression des Angreifenden orientieren.

German Angst

(Selbst-)Opfer und nationaler Wahn

FLORIAN EISHEUER

■ Das „Selbst", das es hier zu verteidigen gilt, ist in der vorliegenden Konstellation allerdings kein individuelles mehr, sondern ein kollektives. Das wehrhafte Individuum handelt nicht aus dem eigenen, unmittelbaren Selbsterhaltungstrieb heraus, sondern der Überlebenskampf wird aufs Völkisch-Ethnische projiziert. Strategien nationaler Selbstviktimisierung wirken sich durch die Identifizierung als Opferkollektiv, in dem alle „im selben Boot sitzen", nicht nur stabilisierend nach innen, sondern auch nach außen aus. Die Grenzen zu den Feinden des „deutschen Volkes", die das entsprechende Vernichtungsprogramm planten, könnten klarer nicht definiert sein.

Von Storch blieb in ihrem Tweet, den sie ausgerechnet am Tag der Befreiung veröffentlichte, zwar vage, dass sie gemeinsam mit ihrer Warnung einen Artikel der Vereinten Nationen postete, lässt allerdings auf eine Verschwörung auf höchster Ebene schließen. Doch auch ganz konkrete Antworten auf die Frage, wer hinter diesen Plänen stehe, existieren zuhauf und erfreuen sich größter Beliebtheit. Trotz Unterschieden im Detail haben sie gemein, dass nicht mehr und nicht weniger als die ganze Welt gegen das nationale „uns" ist — oder zumindest jene als „globale Eliten" gedachten Personenkreise, die im Hintergrund die Strippen ziehen. Dass die organisierte und konzertierte Feindseligkeit globale Ausmaße hat, ist nicht weiter verwunderlich. Bisher, so die Annahme, sei der lang gehegte Plan, die Deutschen auszurotten nämlich stets an deren Widerstandswillen gescheitert. Jetzt werden schwerere Geschütze aufgefahren und man versucht, dieses Vorhaben mit neuen Mitteln doch noch umzusetzen. Zahlreiche Namen kursieren, die alle für die geplante Vernichtung der Deutschen stehen. Als Reaktion auf den Tweet von Storchs diskutierte man in den AfD-Foren beispielsweise über ein Fortbestehen des Kaufman-Plans, aber auch über den Kalergi-Plan, Morgenthau-Plan und Soros-Plan. Dass es sich bei den Namensgebern um Juden handelt, ist dabei sicher kein Zufall. Das Phantasma des „volkszersetzenden Juden", der schlau und gerissen die Umstände so steuert und lenkt, dass er die Kontrolle über die Deutschen behält, ohne sich dabei selbst die Hände schmutzig machen zu müssen, gehört zum Grundrepertoire des Antisemitismus, in dem das Jüdische einen Gegenpol zur deutschen Nation darstellt. Im Gerede über jüdische Pläne zur Vernichtung der Deutschen durch eine bewusst herbeigeführte und gesteuerte „Masseneinwanderung" gehen Antisemitismus und Rassismus eine verschwörungsideologische Melange ein.

Wenn die Uhr stets 5 vor 12 zeigt

Die Rationalisierung von Aggressionen gegen Geflüchtete und Politiker_innen als „Widerstand" hat Konjunktur. Der Staatsrechtler Thor von Waldstein erstellte für das „Institut für Staatspolitik" ein Gutachten über das „Widerstandsrecht der Deutschen"[2], in dem er attestierte, die Bundesregierung nehme die „Beseitigung des Souveräns, des deutschen Volkes" nicht nur fahrlässig hin, sondern strebe diese bewusst an. Insofern sei Widerstand nach Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes gerechtfertigt.

Was dabei als verhältnismäßig erachtet wird, ist unterschiedlich. Teile der AfD diskutieren über „Steuerhinterziehung als

Foto: Paul Hanewacker

Notwehr". Die Identitäre Bewegung hat eine Kampagne gestartet, in der sie zum „Generalstreik nach Artikel 20 Absatz 4 GG" aufruft. Von Waldstein selbst argumentiert, die aktuelle Lage rechtfertige beispielsweise, die Strom- oder Wärmeversorgung einer Unterkunft für Geflüchtete zu unterbrechen, um die Belegung mit Hunderten „Illegalen" zu verhindern.

Doch auch unmittelbare Gewalt gilt einigen als legitime Antwort. Für die terroristische „Oldschool Society", so lassen Äußerungen der Mitglieder vor Gericht erahnen, waren die geplanten Anschläge lediglich eine Reaktion auf die Bedrohung, die angeblich von den durch Merkel ins Land gebrachten Geflüchteten ausgeht. Der Reichsideologe Wolfgang Plan, der mutmaßlich im bayrischen Georgensgmünd einen Polizeibeamten erschoss, verlinkte auf seinen Social-Media-Präsenzen Artikel über einen „Geheimkrieg gegen die Deutschen" und die „Macht der Rothschilds" und kam zum Schluss: „Widerstand ist Pflicht!".

Auch Frank Steffen, der im Herbst 2015 der damaligen Kölner OB-Kandidatin in Mordabsicht ein Messer in den Hals rammte, wirkte gehetzt — und gerade deshalb zu allem bereit. Vor Gericht äußerte er: „Diese Regierung will das eigene Volk austauschen". Dagegen habe er sich mit allen Mitteln wehren müssen. Man müsse, wie er bereits vor dem Attentat in einer Mail mitteilte, „das tun was nötig ist, um noch schlimmeres zu vermeiden". Wie sich Steffen radikalisierte, ließ sich nur deshalb rekonstruieren, weil es der Vereinigung Correctiv gelang, seine zerstörte Festplatte wiederherzustellen.[3] Doch in vielen Fällen ist dies gar nicht nötig, da die ProtagonistInnen, ausgestattet mit dem missionarischen Sendungsbewusstsein eines Erwachten, ihre Gedankengänge völlig ungeniert in aller Öffentlichkeit präsentieren.

Ein genozidaler Druide im „Widerstand"

Seit Jahren schon steht beispielsweise Burghard Bangert im Fokus verschiedener Watch-Gruppen, die ein Monitoring jener neurechten Querfrontbewegungen betreiben, deren Ausgangspunkt die sogenannten „Montagsmahnwachen für den Frieden" gewesen sind. Bangert, der sich selbst „Burgos von Buchonia" nennt und behauptet, ein 2.500 Jahre alter Druide zu sein, erschien vielen vermutlich als exzentrischer aber harmloser Spinner. Mit seinen wallenden, weißen Haaren, dem Gehstock und seinen Gewändern aus beigen Leinen erinnert er an Miraculix, den Druiden aus den Asterix-Geschichten. In seiner Selbstbeschreibung bezeichnet sich Bangert als „Menschenrechtsaktivist". Nun wird ihm vorgeworfen, Teil einer Terrorvereinigung gewesen zu sein und Anschläge geplant zu haben. Bei Razzien in sechs Bundesländern wurden im Januar zahlreiche Waffen aufgefunden. Die Verwunderung war einigermaßen groß, dabei hatte er aus seinen Ansichten und Plänen, zu denen auch gehörte, ein „Wehrdorf" zu gründen, nie einen Hehl gemacht, sondern sie völlig unverhohlen und mit großem Nachdruck auf Facebook und dem russischen Pendant VKontakte dargelegt. Sein ausgeprägtes Mitteilungsbedürfnis erlaubt die Rekonstruktion einer interessanten Innenansicht in eine wahnhafte Welt.

Mit zahlreichen, meist frei erfundenen oder grob aus dem Kontext gerissenen Zitaten historischer Persönlichkeiten möchte er immer wieder belegen, die „zionistisch" kontrollierte Welt habe sich gegen die Deutschen verschworen. Mit einem historischen Zeitungsausschnitt mit dem Titel „Judea Declares War on Germany" vom 24. März 1933 möchte er zeigen, dass die Shoa lediglich ein historischer Akt der Notwehr gewesen ist. Der Artikel wird in geschichtsrevisionistischen Milieus gerne und häufig zu diesem Zwecke verbreitet, obwohl der eigentliche Text unter der reißerischen Überschrift lediglich berichtet, Londoner Geschäftsleute zögen als Antwort auf den Antisemitismus in Deutschland einen Boykott deutscher Waren in Erwägung.

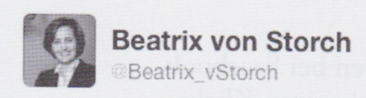
An verschiedenen Stellen führt er aus, die „keltisch-germanische Kultur" sei die einzige, die den New World Order-Plänen der Juden im Weg stehe, weshalb diese schon seit 130 Jahren versuchten, die Deutschen zu vernichten. Auch die beiden Weltkriege seien jüdische Kriege gegen das „deutsche Volk" gewesen. Heute sorgten die „Zionisten" weltweit für Konflikte, um die so verursachten Migrationsbewegungen als Waffe gegen Deutschland verwenden zu können: „Ohne die weltweit, juedisch verursachten Unruhen gaebe es keine Fluechtlinge."

Aufgrund angeblicher jüdischer Pläne zur Vernichtung der Deutschen fordert er Widerstand und plädiert auf Notwehr. Sein VK-Profil zierte zuletzt der Leitspruch „Mein Selbsterhaltungstrieb sagt mir, dass ich die Juden und Moslems vernichten muss, bevor diese meine Sippe oder meine Familie vernichten".

Bangerts Version von Widerstand beinhaltet auch offenen Vernichtungsantisemitismus: „Wir dürfen und müssen uns bei der Bekämpfung der Bedrohung gern der Methoden unserer Feinde bedienen." Für ihn gilt es, die jüdischen Verursacher_innen der Situation auszulöschen, bevor diese ihrerseits ihre Pläne umsetzen können. In der Facebook-Gruppe „Freundeskreis Montagsdemo Frankfurt" kommentierte er einen holocaustleugnenden Beitrag eines anderen Gruppenmitglieds zustimmend und verurteilt seinerseits die „jüdischen Lügen", um dann später im selben Thread darauf aufmerksam zu machen, nur „DER TOTALE GENOZID" könne einen Ausweg aus der Misere darstellen. Dabei müsse absolut schonungslos vorgegangen werden. So schreibt er, vorgeblich Martin Luther zitierend: „Bevor nicht der letzte Jud den letzten Atemzug getan, egal ob Mann, ob Weib, ob Greis, ob Kind, wird es auf Erden kein Frieden werden." Hinter der Maske der Friedenssehnsucht trifft hier Holocaustleugnung auf Holocaustforderung. An anderer Stelle plädiert der gebürtige Schwetzinger gemeinsam mit dem Foto einer Mischung aus Pistole, Schlagring und Messer: „Bewaffnet Euch. Unsere Gegner taten es bereits."

Verkehrte Welten

Bei Burghard Bangert erscheinen Politiker_innen, Geflüchtete, Jüdinnen und Juden als legitime Ziele, da sie allesamt zum Genozid an den Deutschen beitrügen. Sowohl er als auch Frank Steffen bewegten sich in einer Parallelwelt, in der KOPP und Compact als Verkünder der absoluten Wahrheit gelten und die „Mainstreammedien" als „Lügenpresse", der Mordversuch an einer Politikerin als legitime Reaktion auf die An-



Folgen

Die Pläne für einen Massenaustausch der Bevölkerung sind längst geschrieben. Sehen Sie hier: un.org/en/development…

Die AfD-Funktionärin Beatrix von Storch kennt den Plan für einen „Massenaustausch der Bevölkerung".

wesenheit von Geflüchteten erscheint und Genozidforderungen nicht im Widerspruch zu einer Selbstwahrnehmung als Menschenrechts- und Friedensaktivist stehen.

Angriff sei eigentlich Verteidigung, der „Gutmensch" der eigentliche Schlechtmensch und der Rassist der eigentliche Antirassist. Die Literaturwissenschaftlerin Sylvia Sasse bezeichnet solcherlei Verkehrungen ins Gegenteil in Anlehnung an Michail Bachtin als „Karnevalisierung der Politik". Sie erläutert, die Verdrehung von Ideen wie Widerstand habe zweierlei Effekte. Zum einen verlache sie die „Erinnerung daran, was man historisch über Dissidenz, Widerstand und Andersdenkende wissen kann und sollte" und lösche diese aus, zum anderen würden „die positiven Vorstellungen, die mit Widerstand und Opposition verbunden sind" usurpiert.[4]

Auch im Umfeld von Götz Kubitschek, der häufig als Vordenker der Neuen Rechten in Deutschland bezeichnet wird, und unter anderem für das „Institut für Staatspolitik" und die Zeitschrift „Sezession" verantwortlich ist, wähnt man sich an einem Wendepunkt der deutschen Geschichte, an welchem sich entscheide, ob es eine Zukunft für die Deutschen geben werde oder nicht.

Die Frage, wie ernst man die von ihm und anderen in diesem Kontext artikulierten politischen Forderungen nehmen solle, beantwortet Kubitschek in der Sezession: „Sehr ernst, sehr, sehr ernst, denn wir schlagen vor und fordern ja nichts weniger als die Legitimierung des Widerstands durch den Einsatz des bisher Aufgebauten […]. Dies alles ist kein Spiel!". Nein, er und andere meinen es todernst, daran lässt auch der Titel des Artikels „Wir werden handeln" keinen Zweifel. Denn wie, wenn nicht äußerst drastisch, soll dieses Handeln in Anbetracht der Lage denn sonst aussehen? Schließlich dürfe das „deutsche Volk […] weder überfallartig noch schleichend ausgetauscht werden", wie Kubitschek sich an anderer Stelle empört.

Fast könnte man meinen, er und andere sehnten sich insgeheim herbei, dass dieser Austausch endlich an Fahrt aufnehme. Damit auch jene, die jetzt noch zögerlich sind, den Ernst der Lage verstehen und der Endkampf endlich beginnen kann. Bei alledem versteht man sich selbst als Verteidiger der wahren Demokratie, die ganz selbstverständlich als Demokratie eines ethnisch definierten „deutschen Volkes" gedacht wird.

Von der verfolgten zur verfolgenden Unschuld

Dass dieses angebliche Recht auf Widerstand für einige auch Gewalt mit einschließt, zeigen nicht nur die zahlreichen Angriffe auf Geflüchtete oder der Fall Steffen, sondern es wird auf besonders perfide Weise auch in einem kurzen Interview mit dem rechten Aktivisten Veikko S. dokumentiert, das von der WELT am Rande einer PEGIDA-Demonstration in Dresden aufgezeichnet wurde. S. äußert dort, Brandstiftungen an Unterkünften für Geflüchtete hätten nichts mit „Nazis" oder Ähnlichem zu tun, sondern seien ganz im Gegenteil eindeutig als Akt „direkter Demokratie" zu verstehen. Wenn politische Akteur_innen anprangern, die „Völksverräter" würden die Demokratie abschaffen, gleichzeitig aber selbst Gegenmaßnahmen fordern oder bereits umsetzen, die mit demokratischen Standards nichts zu tun haben, dann ist das einer jener Aspekte der Projektion, die in Adornos „Studien zum autoritären Charakter" als Merkmal autoritärer und faschistischer Propaganda erörtert werden: „Sie rufen zur Verteidigung der Demokratie gegen deren ‚Mißbrauch' auf und möchten, indem sie die ‚Mißstände' anprangern, letztliche die Demokratie selbst zu Fall bringen."[5]

Er beschreibt dieses Vorgehen zwar als bewussten Trick, es kann aber durchaus davon ausgegangen werden, dass es sich hier nicht immer um einen strategischen Kniff handelt, sondern einige tatsächlich glauben, sich gegen ein durch Feinde des „deutschen Volkes" initiiertes Vernichtungsprogramm zur Wehr setzen zu müssen und nur so die Ordnung aufrechterhalten zu können. Eigene Aggression und Gewalt werden hier als verständliche Reaktionen auf die Angriffe von außen rationalisiert. So kann aus dem eingebildeten Verfolgten ein ganz realer Verfolger und aus der verfolgten die verfolgende Unschuld werden, wie es Karl Kraus nannte. Hier bildeten Schuld und Lüge eine Einheit und die Tat selbst wird zum Alibi.

Antifaschistische Politik tut sich häufig recht schwer damit, auf solch verkehrte Welten die passenden Antworten zu finden. Wie soll man auch auf ein Gegenüber reagieren, das allen Ernstes argumentiert, Geflüchtete in Deutschland seien Teil eines von langer Hand geplanten Holocaust an den Deutschen? Für den Rassismus des traditionelleren Neonazismus und der Neuen Rechten hat man erfolgreich Gegenkonzepte entwickeln können. Für immer beliebtere Narrative, Identitäts- und Rollenzuschreibungen, etwa wenn Rassismus und Antisemitismus in einer geschlossenen Verschwörungsideologie aufeinandertreffen und im konkreten Vernichtungswillen kulminieren, fehlen sie allerdings bisher. •

1 twitter.com/beatrix_vstorch/status/729267738481430528? 2 sezession.de/wp-content/uploads/2015/10/widerstandsrecht-waldstein1.pdf 3 correctiv.org/blog/ruhr/artikel/2016/10/17/reker-attentat-festplatte-frank-s-doch-ein-nazi 4 geschichtedergegenwart.ch/verkehrungen-ins-gegenteil-zur-karnevalisierung-von-politik 5 Adorno, T. W. (1973). Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt am Main, Suhrkamp. S. 219

TITEL

PI News, Compact, Vlogs der Identitären oder beliebige rechte Foren bei Facebook. Wer rechte, rassistische Nachrichten und Inhalte sucht, wird mit wenigen Klicks fündig. Formate rechter Gegenöffentlichkeit konkurrieren mit etablierten Medien um die Deutungshoheit nicht nur bei Themen wie „Flüchtlinge" oder „Terror".

Lügen, Fakes und Echokammern

Als Agenturen, Zeitungen und Rundfunk noch die maßgeblichen Medien waren, funktionierten Nachrichten nach einem hierarchischen Prinzip. An den Toren der Nachrichtenwelt bestimmten Redakteure welche Ereignisse eine Nachricht waren, und welche nicht. Die Sendezeit, der Platz in der Zeitung war begrenzt, der Fluss der Nachrichten war durch den Turnus nationaler und internationaler Gremien sowie die Produktions- und Distributionsbedingungen von Zeitungen und Fernsehen rhythmisiert. Das Wesen dessen, was als politisch galt, wurde von in der Regel weißen Männern in den Redaktionen bestimmt, die konsequent alles als unwichtig ausblendeten, was nicht in ihrer Wahrnehmung und ihren ökonomischen Interessen vorkam. Kurz gesagt: Was in den statischen Medienformaten nicht vorkam, fand nicht statt.

Dagegen erhob sich zunächst die europäische Arbeiterbewegung und später die Gegenöffentlichkeit neuer sozialer Bewegungen, deren Agenda durch die Weltsicht von unten geprägt war, die den unterdrückten Minderheiten eine Stimme gab und zu Ereignissen eine eigene Sicht beisteuerte.

Eine andere Art Gegenöffentlichkeit entstand nach dem 2. Weltkrieg in der extremen Rechten der Bundesrepublik. In der „Nationalzeitung" und Zeitschriften wie „Nation Europa" propagierte die postnazistische Rechte ihren geschichtspolitischen Fundamentalismus in Bezug auf die NS-Vergangenheit und agitierte über Jahrzehnte gegen „Umerziehung", „Amerikanisierung" und „Gastarbeiter". Zeitschriften wie „Criticon" trieben die Neuformierung der Rechten voran, und bildeten mit der damaligen Ausrichtung der Zeitschrift „Mut" eine Brücke in den etablierten Konservatismus.

Allen Formen von Gegenöffentlichkeit war ihr Bezug auf das, was heute Mainstreammedien genannt wird, gemein. Noch in der Ablehnung ihrer Darstellung und Interpretation politischer Vorgänge bezogen sich Medien der Gegenöffentlichkeit auf diese. Adressaten- und Leserkreise bildeten abgegrenzte Milieus, in denen politische Orientierung mit Habitus und Wertekanon einher ging. In diesem Koordinatensystem war klar zuordenbar, wer die taz, und wer die rechte „Nationalzeitung" las. Überschneidungen blieben die Ausnahme. Doch rechte Medienschaffende ließen sich gern von linken Projekten inspirieren. Als die JUNGE FREIHEIT 1994 ihr Erscheinen auf einen wöchentlichen Modus umstellte, warb sie damit, eine Art rechte taz zu sein: frech und unkonventionell.

Wer im analogen Zeitalter an rechte Inhalte gelangen wollte, musste einen rechten Verlag oder Versand anschreiben, und bekam per Post ein Buch oder eine CD zugeschickt. Von deren Existenz zu erfahren, setzte einen Kontakt in rechte Milieus voraus. Die Reichweite rechter Inhalte erhielt durch ihre Präsentation auf Websites eine neue Verbreitungsform: Extrem rechte Inhalte wurden direkt zugänglich. Projekte wie die sogenannten „Nationalen Infotelefone" oder das „Thule-Netz", welches zunächst nur eine Mailboxvernetzung des Kerns der Szene war, verschafften Neonazis neue Publizität. Über Jahre war „Altermedia" so bedeutsam, weil es offen neonazistische Propaganda mit dem Angebot des Austausches in Foren anbot. Solche Portale mobilisierten zu Aktionen, berichteten im Nachhinein zeitnah mit Fotos und Videos, und schufen so eine neue Form der Bindung und Kommunikation. Ihre interne Kommunikation trieb die Szene derweil über Foren wie Thiazi voran.

In einem nächsten Schritt präsentierten Rechtsrock-Bands Musik und Artwork auf MySpace. Dort konnten Songs heruntergeladen, Konzerte angekündigt oder direkt Kontakt aufgenommen werden. Podcast-Formate wie „Radio Germania" erlebten hier ihre große Zeit. Effekt der Präsentation extrem rechter Inhalte im Netz war ihre unmittelbare Verknüpfung mit- und die Möglichkeit des Verweises aufeinander, die für Menschen ohne Szenebezug so zuvor nicht möglich war.

Waren Websites eine Möglichkeit Inhalte kostengünstig zu verbreiten, erwiesen sie sich doch weitgehend als kommunikative Einbahnstraße. Die Rollen zwischen jenen, die Inhalte anboten und jenen, die sie konsumierten, waren klar verteilt. Dies änderte sich mit Facebook und anderen Web 2.0.



Formaten. Es wurde nicht nur möglich, Inhalte direkt zu kommentieren, sondern auch als Nutzer selbst welche anzubieten.

Die Kunst der Manipulation im Netz

Wer Rassismus und Ressentiments in sozialen Netzwerken verbreiten will, kleidet dies zumeist in die Form einer Nachricht, die bestehende Vorurteile und vor allem die Emotionen anspricht. Damit dies gelingt, muss eine Fake-Nachricht so gebaut sein, dass sie an die Ängste appelliert, zugleich aber ihre Plausibilität darüber herstellt, indem sie bekannte mediale Deutungsmuster, etwa von Kriminalität aufnimmt und mit Klischeebildern von Migranten verknüpft. Ziel ist es, ein Gerücht oder eine lügnerische Tatsachenbehauptung zu einer Nachricht zu verdichten und glaubwürdig erscheinen zu lassen. Dieser Prozess vollzieht sich in mehreren Phasen. Zuerst geht es darum, die Nachricht über einen angeblich in den Medien verschwiegenen Angriff von Migranten auf Schüler oder eine von Flüchtlingen begangene Vergewaltigung plausibel erscheinen zu lassen. Der die Nachricht beglaubigende Einstieg lautet dann, es handle sich um einen Fall, den Polizei, Medien und Politik bewusst verschweigen, um die öffentliche Meinung zu manipulieren. Um eine Lüge zur glaubwürdigen Nachricht aufzuwerten, wird ihr eine Rahmenerzählung gegeben, nach der die Quelle z.B. ein Polizist aus der Familie sei, den man zum Schweigen verdonnert habe. Wichtig für die Glaubwürdigkeit sind Fotos oder Videos, die das Geschehen dokumentieren sollen. Bilder geben Nachrichten eine emotionale Dimension, erhöhen ihre Reichweite und Glaubwürdigkeit. Dass und wie sich Bilder und Videos manipulieren lassen, ist eigenständiger Teil der Propaganda- und Mediengeschichte. Für die Wirkung ist dabei nicht entscheidend, was es wirklich zeigt, sondern was es laut Begleittext zeigen soll. Es kursieren unzählige Videos, die Gewaltsituationen im Alltag oder im Straßenverkehr zeigen, die aber in einem rassistischen Kontext interpretiert werden.

Parallel- statt Gegenöffentlichkeit

Ging es im Konzept Gegenöffentlichkeit noch um den Aufbau einer Konkurrenz zur Produktions- und Distributionsdominanz der großen Medien, funktionieren die Konzepte rechter Bewegungen nach dem Prinzip Parallelöffentlichkeit. Diese hat sich von der Interaktion mit anderen Öffentlichkeiten verabschiedet und spricht ihre Zielgruppen direkt an. Rechte Nachrichtenportale bereiten die Botschaften rechter Parteien und Politiker auf und setzen Themen und Kampagnenformate um, die die Ressentiments ihrer Rezipient_innen wiederholen und bestärken. Ihr Erfolg basiert auf der Herausbildung eines eigenen Narrativs dessen, was gerade passiert. In dieser Erzählung lässt sich eine Kausalkette etwa zwischen Migranten und dem Anstieg von Infektionen mit Krankheiten auch dann herstellen, wenn sie gar nicht beweisbar ist — einfach weil sie durch ein Narrativ abgesichert ist, in dem alle negativen Ereignisse mit Migranten verknüpft werden.

Filterblasen und Echokammern

Personalisierte Algorithmen die sich dem Nutzerverhalten anpassen haben zur Folge, dass sich Nutzer_innen sozialer Netzwerke rasch in thematischen oder lebensweltlichen Filterblasen wiederfinden, in denen ihnen Bilder und Nachrichten gleichen oder verwandten thematischen Inhalts gezeigt werden. Dies mag bei einem speziellen Freizeitinteresse für Haustiere ohne weitere Folgen für die politische Orientierung bleiben. Geht es bei diesen Wiederholungen um Politik so entsteht eine Mechanismus der permanenten Bestätigung der eigenen Auffassungen, die für Widersprüche oder gänzlich andere Auffassungen nicht mehr erreichbar ist. Wer in seiner Timeline beständig Nachrichten über straf- und gewalttätige Migranten angezeigt bekommt, gelangt zu der Ansicht, all diese Nachrichten seien Wahrheiten von denen in anderen Medien nichts zu erfahren sei. Rechte Medien agieren heute faktisch auf Augenhöhe mit den von ihnen verhassten Mainstreammedien. Sie und rechte Parteien führen einen Kulturkampf um die Deutungshoheit zentraler gesellschaftlicher Themen. Ihre Propagandisten haben ein Ziel: Die Dominanz der großen Medien durch eigene Inhalte zu ersetzen. •

TITEL

Ob „Staatsfeminismus“, „Frühsexualisierung von Kindern“ oder die Subventionierung der „Homo-Lobby“, all dies führt AntifeministInnen dazu, an die geplante Vernichtung des Männlichen zu glauben und sich in ihrer Existenz bedroht zu fühlen. Antifeminismus und Heterosexismus kann neben Rassismus als thematisch wichtigste Klammer definiert werden, die extrem Rechte bis Konservative miteinander verbindet. Mit diesem Thema können die meisten AkteurInnen gebunden. Im Folgenden möchten wir einige Beispiele aus der Masse der antifeministischen und heterosexistischen Verschwörungsideologien herausgreifen.

Der Wahn vom Gender-Wahn

Antifeministische Verschwörungsideologien

FEMINISTISCH-ANTIFASCHISTISCHER ARBEITSKREIS BERLIN

Mit „Gender-Wahn“ und „Genderismus“ bezeichnen Rechtskonservative und christliche FundamentalistInnen, AfD-WählerInnen, PEGIDA-AnhängerInnen und auch Neonazis eine vermeintliche Verschwörung. Innerhalb dieser Verschwörung arbeiten staatliche Institutionen gemeinsam mit Feminist_innen und anderen „links-grün Versifften“ unter dem Deckmantel der Gleichberechtigung daran, „Männer“[1] anzugreifen, zu unterdrücken oder sogar zu vernichten. Mit der Unterdrückung des „Mannes“ würde auch die „Keimzelle der Nation“, die Kleinfamilie mit einem Vater und einer Mutter, zum Ziel des „Gender-Wahns“ und die Grundlage der „Volksgemeinschaft“ zerstört. Dabei können sowohl Konservative als auch extrem Rechte auf eine Vielzahl von fluktuierenden Verschwörungsideologien zurückgreifen, um ihrem Wahn vom „Gender-Wahn“ zu frönen.[2]

„Gender“ als Feinbild

Die Subventionierung des Feminismus bzw. der Gender-Studies durch den Staat ist eine der Kernthesen, die der Verschwörungsideologie zugrunde liegt, die sich den Kampf gegen „Gender“ verschrieben hat. Auf diversen Internetseiten können diejenigen Informationen sammeln und sich austauschen, die die geplante Vernichtung der Nation im Begriff des „Gender_Mainstreamings“ verwirklicht sehen. Die Maskulinisten von „Wieviel Gleichberechtigung verträgt das Land“ (wgvdl.com) geben gerne Auskunft über aktuelle Machenschaften von Staat und Feminismus. Schon auf der Startseite wird erläutert, dass „Frauen“ staatlich subventioniert werden. Demnach würden „Frauen“, die nach den Maskulinisten „natürliche Stellung der Frau“, als dem Mann nachgeordnete Hausfrau und Mutter, in der Gesellschaft hinterfragen. Gleichzeitig nähmen sie jedoch eine Opferrolle ein, wenn sie sich daraus Vorteile wie öffentliche Gelder versprechen. So sehen sie in Frauenhäusern ein lukratives Geschäftsmodell, anstatt dringend benötigter Infrastruktur für Betroffene häuslicher Gewalt.

Auch die Seite „WikiMANNia“, die aus der wgvdl-Seite entstand, will die Unterdrückung von Jungen und Männern bekämpfen: „Durch die Institutionalisierung des Feminismus (vulgo Staatsfeminismus) sind feministische Standpunkte in der Gesellschaft überrepräsentiert.“ Als „online-Wiki“ will sie der feministischen Deutungshoheit eine maskulinistische Sicht entgegenstellen: „WikiMANNia ist die Antithese zur feministischen Opfer- und Hass-Ideologie.“ Ein besonders einprägsames Individuum in der Maskulinistenszene ist Akif Pirinçci. Mit „Deutschland von Sinnen“ und „Die große Verschwulung“ veröffentlichte er erfolgreich Bücher, in denen er behauptet, dass Frauen, Homosexuellen, Trans und Migrant_innen die aktuelle Tagespolitik bestimmen. Dabei kombiniert er sexistische, rassistische, homo- und transfeindliche Verschwörungsideologien mit einem Medienhass, der besonders bei PEGIDA, für die er auch als Redner auftritt, auf Applaus stößt. Seine These: „Deutschland, wie wir es kennen, und das deutsche Volk werden untergehen!, so Pirinçci in „Die große Verschwulung“ aus dem neurechten Antaios Verlag (AIB Nr. 84, AIB Nr. 111).

Von Männerrechten zum „Familienschutz“

„Es gibt noch einen Restbestand von Vernunft, Würde und Ehre in einem Teil des deutschen Volkes. Es ist zu hoffen, dass diese deutsche Glut unter der Asche erhalten bleibt, bis das herrschende System an seiner eigenen Abartigkeit [...] zusammenfällt.“ — das Lob seitens eines Online-Kommentators der extrem rechten Zeitung „Zuerst!“ gilt nicht irgendwelchen strammen Kameraden, sondern den christlich-

Foto: St. Heide



Der „Nationale Widerstand" aus Duisburg beim Kampf für die Hetero-Familie beim „Tag der deutschen Zukunft" in Dresden 2014.

fundamentalistischen AbtreibungsgegnerInnen vom „Marsch für das Leben". Obwohl die bürgerlich-christliche Organisation der „besorgten Eltern" und selbsternannten LebensschützerInnen meist offen völkische Argumentationen vermeidet, ist die Nähe zu rechten Ideologien und Gruppen nicht ungewollt. Das zeigt sich in der fehlenden Ablehnung der Teilnahme von organisierten Neonazis an ihren Demonstrationen, aber auch daran, dass sie Veranstaltungen immer wieder in rechten Publikationen bewerben und dort Interviews geben. Andere werden deutlicher: „Alle sexuellen Praktiken, außer der ehelichen, vermeiden die Fortpflanzung und sind deshalb schädlich. Man hat den Eindruck, dass sexuelle Vielfalt ein Großangriff auf das deutsche Volk ist, um es in den Untergang zu führen." (Christliche Mitte).

Das rechte Magazin „Compact" widmete dieser Bedrohung gleich eine Schwerpunktausgabe: Feindbild Familie — Politische Kriegsführung gegen Eltern und Kinder. Dabei sehen sie die kleinste Zelle des Volkskörpers von mehreren Seiten unter Beschuss.

Gender Mainstreaming ist innerhalb dieser Ideologie mal eine „ernsthafte Krankheit" (Petra Federau, AfD), mal der staatliche Versuch, einen neuen Menschen zu „schaffen, befreit von Traditionen und Rollen, befreit auch von der Biologie, allzeit ökologisch wachsam, am besten noch vegan und natürlich tolerant gegenüber allem und jedem" (Birgit Kelle im Interview mit der „Freien Welt"). Die „besorgten Eltern" fürchten eine Weltverschwörung: Gender sei ein „trojanische(s) Pferd für eine weltweite Geburtenkontrolle." Schlimmer noch: Der Staat greife, Hand in Hand mit der „Homo-Lobby", direkt nach den Kindern. Die Verankerung von sexueller Vielfalt in Lehrplänen ist für die besorgten Eltern Teil einer „Erziehungsdiktatur", die Kinder einer Gehirnwäsche unterzieht und gebeutelte Mütter vom Herd ins Büro zwingt. Die wirren Thesen kann Kelle regelmäßig bei CSU-Auftritten oder im sächsischen Landtag verbreiten, wohin die CDU sie als Sachverständige lud. Und auch Hedwig von Beverfoerde, Hauptorganisatorin der „Demos für alle" in Baden-Württemberg, war zumindest bis zur letzten „Demo für Alle" noch Mitglied der CDU.

Vom Angriff auf die Familie zum Volkstod

Familie ist hier nicht gleich Familie. So stellt es für die „Zivile Koalition" keinen Widerspruch dar, einerseits den Schutz der Familie zu propagieren und andererseits mit der extrem rechten „Freien Welt" für die Petition „Familiennachzug stoppen!" zu werben. Überhaupt schaffen die VertreterInnen der Neuen Rechten es auf interessante Weise, Antifeminismus mit altbekannten Feindbildern zu verknüpfen (s. AIB 107, AIB 110). Die Queertheoretikerin Judith Butler ist für Gabriele Kuby, u.a. Autorin des Buches „Verstaatlichung der Erziehung — Auf dem Weg zum neuen Gender-Menschen", nicht nur Ideenlieferantin für „die Zerstörung der ethischen und sozialen Grundlagen der Familie", sondern auch Vertreterin der jüdischen Weltverschwörung. Das zeigt sich in der Verwendung antisemitischer Codes wie der Erwähnung Butlers im Zusammenhang mit den Rockefellers oder der Aussage: „Die Macht- und Geldeliten wollen die Subversion der Identität".

Die „Homo-Ehe" würde laut von Beverfoerde als „Speerspitze für den fundamentalistischen Islam, in dem ein Mann bis zu vier Ehefrauen haben darf" die Ehe für alles und jeden öffnen. Wobei die Zerstörung der christlichen Werteordnung durch den Feminismus zu islamistischem Terror führe: „Viele Moslems, wenn sie diese Zustände beobachten, in die auch sie hineingezogen werden sollen, fühlen sich von Allah berufen, uns auszurotten." Gleichberechtigung und körperliche Selbstbestimmung sind für besorgniserregende BürgerInnen Teil eines „teuflischen Plans": „Zuerst sorgten Linke für die Auflösung familiärer Strukturen und die völlige Legalisierung der Abtreibung, um später den dadurch entstandenen Bevölkerungsschwund als das Argument für eine Masseneinwanderung zu instrumentalisieren. Millionen Abtreibungen stehen Millionen Immigranten gegenüber. Das kann kaum Zufall sein..." (babykaust.de).

Das Phantasma der gefährdeten weißdeutschen Heterofamilie taugt zu einer spektrenübergreifenden Mobilisierung. Mehr noch stellt es die gemeinsame inhaltliche Klammer da, auf die sich zur Zeit alle — von CDU bis zur Neonazi-Kameradschaft — einigen können. Egal, wie wirr die Ideen der AntifeministInnen erscheinen, sie sollten nicht unterschätzt werden. •

1 Mit den „" möchten wir aufzeigen, dass es sich bei den, von den AntifeministInnen verwendeten Bezeichnungen um Konstruktionen von Geschlecht handelt, denen bestimmte Eigenschaften zu bzw. abgesprochen wer 2 Während die Frankfurter Allgemeine Zeitung schon 2006 über Gender-Mainstreaming schrieb, dass dies nicht weniger als die Zerstörung der 'traditionellen Geschlechterrollen' will, gab es 2009 eine Kampagne aus dem Spektrum der Freien Kameradschaften mit dem Namen ›Raus aus den Köpfen — Genderterror abschaffen‹ (vgl. AIB Nr. 88).

TITEL

Terroristische Bedrohung

„Reichsbürger" und „Selbstverwalter" in Deutschland

JAN RATHJE

■ Seit dem letzten Jahr häufen sich in der überregionalen Presse die Meldungen über sogenannte „Reichsbürger". Maßgeblicher Anlass hierfür waren die tödlichen Schüsse Wolfgang Plans auf einen Beamten des SEK im fränkischen Georgensgmünd im Oktober 2016. Derzeit ermittelt die Bundesanwaltschaft gegen eine „Reichsbürger"-Gruppe wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung. Zwar scheint das Phänomen der „Reichsbürger" in Deutschland ein neues zu sein, es handelt sich dabei jedoch um eine Neuauflage völkischer Weltverschwörungsideologien.

Das Milieu der „Reichsbürger" ist sehr heterogen. Unter dem Label werden aktuell sehr unterschiedliche Gruppierungen und Einzelpersonen gefasst, die davon überzeugt sind, dass eine Weltverschwörung gegen das deutsche Volk durchgeführt würde. Instrumente dieser Verschwörung seien die Bundesrepublik Deutschland, die eine Fremdherrschaft darstelle („Volksverräter"), wie auch die Mainstream-Medien („Lügenpresse"). Anstelle der BRD, die von manchen als „GmbH" imaginiert wird, glauben „Reichsbürger" an die Fortexistenz eines Deutschen Reiches. Andere, sogenannte „Selbstverwalter", sind davon überzeugt aus der BRD austreten zu können, erklären sich als „lebend", freie Menschen oder gründen eigene Scheinstaaten. Ihre verschwörungsideologisch geleitete Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse beinhaltet antisemitische, rassistische und andere menschenfeindliche Elemente, die dieses Milieu mit den aktuellen rechtspopulistischen und Querfrontbewegungen verbindet. Ihr völkisches Gesellschaftsbild deckt sich mit dem von AfD, Pegida und der „Neuen Rechten", während die in der Partei und den Bewegungen geäußerten Verschwörungsideologien innerhalb des Milieus seit Jahrzehnten verbreitet werden. Inzwischen hat sich innerhalb des „Reichsbürger"-Milieus ein radikaler Kern herausgebildet, der als terroristischer Teil der aktuellen, rechten außerparlamentarischen Opposition gewertet werden kann.

Der aktuelle Rechtsterrorismus

Dies zeigte sich deutlich im letzten halben Jahr. In Sachsen-Anhalt schoss im August 2016 das „Staatsoberhaupt" des „Staates Ur", Adrian Ursache, im Zuge einer Zwangsräumung auf mitangerückte Polizeibeamte. Im Vorfeld der Schießerei waren deutschlandweit andere Aktivist_innen aus dem Milieu angereist, um die Räumung zu verhindern. Unter ihnen war ebenfalls Wolfgang Plan,[1] der Ende Oktober 2016 im Fränkischen Georgensgmünd einen SEK-Beamten erschoss, als dieser mit Kollegen versuchte, ihm auf Grund seiner reichsideologischen Überzeugungen die Waffen abzunehmen.

Am 25. Januar 2017 veranlasste die Bundestaatsanwaltschaft Hausdurchsuchungen in sechs Bundesländern. Sie sind Teil eines Ermittlungsverfahrens wegen Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung gegen Karl Burghard Bangert, besser bekannt als Druide „Burgos von Buchonia", und sechs weitere Personen.[2] Die Gruppe soll Anschläge auf Jüdinnen und Juden, Polizist_innen wie auch auf Asylsuchende geplant haben. Bei den Durchsuchungen wurden Waffen, Munition und Sprengstoff sichergestellt. Bangert war bereits seit Jahren durch seine antisemitischen und rassistischen Gewaltaufrufe in sozialen Netzwerken aufgefallen. Er beteiligte sich an verschiedenen rechtsextremen und (rechts)populistischen Veranstaltungen, wie PEGIDA Frankfurt und den Querfrontprotesten gegen das Treffen der Bilderberg-Gruppe im Juni 2016 in Dresden. Dort verbreitete er nicht nur in Reden antisemitische Weltverschwörungsmythen, sondern stellte auch Material der antisemitischen, revisionistischen und reichsideologischen Europäischen Aktion an seinem Stand zur Verfügung.[3] Im Jahr 2015 war Bangert bei einem Gerichtsprozess gegen die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck zugegen[4], die das verbotene revisionistische Collegium Humanum leitete und dort mit dem Antisemiten, Holocaustleugner und „Reichsbürger" Horst Mahler zusammenarbeitete.

Historischer Werdegang

Diese Kontaktgesuche sind kein Zufall. Die Reichsideologie ist eine Konstante der deutschen extremen Rechten seit der Weimarer Republik.[5] Die Überzeugung, das Deutsche Reich wäre der rechtmäßige Staat der Deutschen, überdauerte die Niederlage des Nationalsozialismus und die Gründung



der Bundesrepublik Deutschland. Der Politikwissenschaftler Richard Stöss identifiziert innerhalb der organisierten extremen Rechten eine Kampagne zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches seit dem Jahr 1945.[6] Ihre erste postnazistische Form erhielt die Reichsideologie in der von Nationalsozialisten 1949 gegründeten Sozialistischen Reichspartei (SRP). Der SRP galt die Bundesrepublik als Besatzungsinstrument der Westalliierten, während das Deutsche Reich weiterbestehen würde. Am 23. Oktober 1952 wurde die SRP als erste Partei der Bundesrepublik Deutschland vom Bundesverfassungsgericht verboten. Die Idee hielt sich jedoch innerhalb der organisierten extremen Rechten Deutschlands.[7]

Der Rechtsterrorist und Holocaustleugner Manfred Roeder spielt eine wichtige Rolle in der Verbreitung reichsideologischer Aktionsformen. Er verband sehr prominent antisemitische Verschwörungsmythen und die Idee der Wiedererrichtung des Deutschen Reiches. Am 23. Mai 1975 veranstaltete seine Freiheitsbewegung Deutsches Reich einen „Reichstag zu Flensburg", auf dem sich Roeder zum „Reichsverweser" ernennen ließ.[8] Der spätere Rechtsterrorist war nicht der einzige, der die Reichsideologie mit Revisionismus, Holocaustleugnung und Antisemitismus verband. Reinhold Oberlercher und Horst Mahler suchten die Errichtung eines „Vierten Reiches" in ihrem 1994 gegründeten Deutschen Kolleg durch Kaderschulungen innerhalb der extremen Rechten voranzutreiben. Mahler verließ nach Meinungsverschiedenheiten im Jahr 2003 das Deutsche Kolleg und gründete eine Gruppierung namens Reichsbürgerbewegung,[9] die für die Namensgebung der aktuellen Phänomene verantwortlich zu sein scheint.

„Reichsregierungen"

Für die aktuellen Erscheinungsformen, die nicht der klassischen extremen Rechten zugeordnet werden, spielt die Kommissarische Reichsregierung (KRR) des ehemaligen Westberliner Reichsbahnmitarbeiters Wolfgang Gerhard Günter Ebel eine besondere Rolle. Mitte der 1980er Jahre will Ebel von den Alliierten erfahren haben, dass das Deutsche Reich fortbestehen würde, aber handlungsunfähig sei. Ebel ernannte sich, mit vermeintlicher Anerkennung der Siegermächte stückweise zum „Reichsverkehrsminister" und schließlich zum „Reichskanzler". Im Laufe der Jahre sammelte Ebel eine Gruppe von Menschen um sich, die kommissarisch, also den Alliierten untergeordnet, eine „Reichsregierung" gründeten. Ihre „Regierungsgeschäfte" bestanden vornehmlich daraus, juristische Auseinandersetzungen mit der Bundesrepublik zu führen, Lehrgänge in der Reichsideologie abzuhalten und Ausweisdokumente zu verkaufen. Auch Ebel griff auf antisemitische Verschwörungsmythen zurück, wenn er die Existenz der BRD als Verschwörungsinstrument erklärte. Innerhalb der Ebelschen „Regierung" kam es immer wieder zu Streitereien, die zu Abspaltungen führten. So entstanden eine Vielzahl von „Reichsregierungen", die ihre Ideologie weit über das Internet verteilten. Dort verbanden sich Ihre Vorstellungen von Reichsgründungen mit anderen Weltverschwörungsideologien und rechter Esoterik eines Jan Udo Holey und Johannes „Jo" Conrad, die noch immer ein völkisch-esoterisch-verschwörungsideologisches, rechtes Milieu mit Inhalten versehen. Besonders attraktiv ist diese Variante des „Reichsbürgertums" durch das materielle Angebot, Steuerzahlungen und Abgaben an die „BRD GmbH" verweigern zu dürfen. Selbiges gilt für „Selbstverwaltungen". Diese Aktionsformen führen zwangsläufig zu einem, immer häufiger bewaffneten, Konflikt mit dem Staat.

Es zeigt sich, dass hier ein radikalisiertes Milieu vorhanden ist,[10] das im aktuellen rechtspopulistischen Klima eine Gelegenheitsstruktur erkennt, mit terroristischen Mitteln einen „Volkskrieg" gegen die vermeintlichen Verschwörer_innen zu führen. Diese Gefahren haben sich über die letzten Jahre — etwa durch die zahlreichen Waffenfunde bei „Reichsbürgern" — hinweg angekündigt, sind aber von Bundesbehörden bis zu dem Polizistenmord von Georgensgmünd im letzten Jahr ignoriert worden. •

1 www.presseportal.de/pm/51580/3497205 2 www.generalbundesanwalt.de/de/showpress.php?themenid=19&newsid=672 3 https://jfda.de/blog/2016/06/15/anti-bilderberg-protest-eine-antisemitische-und-rassistische-querfront-gegen-die-elite/. 4 daserste.ndr.de/panorama/aktuell/Holocaust-Leugnerin-Haverbeck-verurteilt-,holocaustleugner118. html 5 Heller/Maegerle (2001): Die Sprache des Hasses, Stuttgart, S. 54f.; Begrich, D. (2015): Reichsidee und Reichsideologie der extremen Rechten, in: Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.): Reichsbürger. Sonderlinge oder Teil der rechtsextremen Bewegung, Magdeburg, S. 9—12. 6 Stöss, R. (2010): Rechtsextremismus im Wandel. 3., aktualisierte Aufl. Berlin, S. 31—46. 7 Botsch, G. (2012): Sozialistische Reichspartei, in: Benz, W. (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Band 5, Berlin, S. 574—577. 8 Mecklenburg, J. (Hrsg.) (1996): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin, S. 514f.; Grumke, T./Wagner, B. (Hrsg.) (2002): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen — Organisationen — Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen, S. 302—304. 9 Mecklenburg (1996), S. 252f., 503, 516f.; Heller/Maegerle (2001), S.167—179; Grumke/Wagner (2002), S. 278—280, 291—294, 373—375. 10 Nach letzten Zahlen des Innenministeriums soll es 10.000 Personen umfassen, wobei die Dunkelziffer um einiges höher liegen dürfte.

TITEL

Im ausgehenden 19. Jahrhundert kam in Deutschland die Science-Fiction-Literatur bzw. der Zukunftsroman als Genre auf. Dabei ging es nicht nur um Unterhaltung. Science-Fiction wurde wegen seiner Nähe zum utopischen Denken auch zum Terrain für den Kampf um die Köpfe.

Völkische Science-Fiction

MAURICE SCHUHMANN

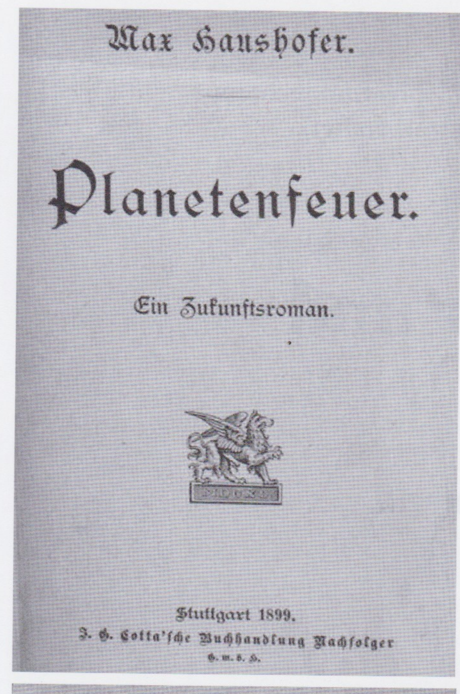
Die deutschsprachige Science-Fiction-Literatur, die den damals sehr beliebten Kolonialroman partiell beerbte, avancierte schnell zu einem populären und massentauglichen Genre innerhalb der Trivialliteratur. Politik, militärische Zukunftsphantasien und ideologische Versatzstücke fanden frühzeitig Einzug in die Gattung und boten Einfallstore für die völkische Ideologie.

Klassische Motive, die sich durch die deutschsprachige SF-Literatur von der Frühzeit bis hin zur Machtübernahme durch die NSDAP als roter Faden ziehen sind Weltuntergangsszenarien, die häufig in ein nietzscheanisches Vokabular als der Untergang einer dekadenten Gesellschaft sprachlich verpackt werden, Kriegsszenarien, in denen militärische Tugenden und Wunderwaffen thematisiert werden oder Erlösungs- und Befreiungsszenarien, in denen sich das deutsche Volk von einem fremden Joch befreit. Teilweise finden sich hierbei auch Anleihen an den von den Nationalsozialisten häufiger bemühten Kyffhäusermythos. Weiterhin spielen Atlantismythen, die auch in der esoterischen Strömung des Nationalsozialismus große Bedeutung einnahmen, eine Rolle. Daneben fanden sich nationale Töne, rassistische Stereotype, positive Darstellungen von Euthanasie und plumper Antikommunismus in den Romanen und Geschichten jener Jahre. Offener Antisemitismus ist hingegen selten zu finden.

Die Aufzählung zeigt schon die vielen Überschneidungen und Anknüpfungspunkte zu nationalsozialistischer Propaganda und Inszenierung. Ein Klassiker der deutschen Science-Fiction-Literatur, der mehrere dieser Aspekte aufweist, ist der Roman „Planetenfeuer“ (1899) des Nationalliberalen Max Haushofer (1840 - 1907). Er behandelt ein Untergangsszenario einer zukünftigen, der Dekadenz verfallenen Gesellschaft, die durch den Zusammenprall mit einem anderen Planeten vor einer weitgehenden Zerstörung steht. In diesem Text findet sich unter dem Deckmantel der Belletristik eine eklatante Kritik an feministischen und sozialdemokratischen Positionen. Hierbei klingen sowohl explizites Elitedenken als auch nationalistisch-patriotische Töne an. Vor diesem Hintergrund verwundert es auch nicht, dass sich ein Exemplar des Romans im Besitz Heinrich Himmlers befunden hat. Dessen ungeachtet bot der Roman 2010 die Vorlage für ein Radiofeature des Bayerischen Rundfunks. Der Münchener belleville-Verlag, der auch schon den SF-Roman „Mafarka der Futurist“ (1910) des italienischen Faschisten Filippo Tommaso Marinetti im Programm hat, plant derzeit, eine Neuauflage des Romans herauszubringen.

Einzelne Subgenres der Science-Fiction wie der im Kaiserreich sehr beliebte militärische Zukunftsroman boten gerade für völkisches Denken viele Anknüpfungspunkte. In ihnen wurden (zukünftige) Feindbilder konstruiert, der Krieg glorifiziert und Wunderwaffen beschworen. Die ideologische Herkunft der Verfasser jener futuristischen Landser-Geschichten lässt sich bereits an den gewählten Pseudonymen erkennen. Der Kinderbuchautor Maximilian Kern (1877—1945), dessen Romane auch nach dem Krieg noch in der Bundesrepublik Deutschland publiziert wurden, wählte für seinen Roman „Der deutsch-englische Krieg. Vision eines Seefahrers“ (1906) in Anlehnung an den nordischen Heldenmythos den Namen Beowulf. In seinem Werk spricht er von einer „germanischen Rasse“, der er besondere Eigenschaften zuschreibt. Der Krieg selber wird - in Anlehnung an Friedrich Nietzsche - als ein „reinigendes Gewitter“ beschrieben. Für die Zukunft prophezeite er einen „Rassenkrieg“. Die Romane jenes Genres sind weitgehend in Vergessenheit geraten — nicht zuletzt wegen mangelnder literarischer Qualitäten.

Ein anderer Roman, der das Genre der völkischen Science-Fiction explizit prägte und gleichzeitig als ein Meilenstein der deutschsprachigen Science Fiction gilt, ist „Druso. Die gestohlene Menschenwelt“ (1931) von Friedrich Freksa (1882—1955). Ein Vorarbeit dessen, die Kurzgeschichte „Die Mongolei im Winterschlaf“ (1928), erschien noch vor knapp zehn Jahren fälschlicherweise in dem Sammelband „Der Krieg der Zukunft“ (2007) unter dem Label „Antikriegsutopie“. Druso kann als Prototyp







völkischer Science Fiction gelesen werden, da er fast alle oben beschriebenen Elemente in sich vereint. Der politische Hintergrund von Freksa ist dabei frei von Zweifeln. Bevor er sich einen Namen als Autor machte, war er Redakteur der völkischen Satirezeitschrift „Phosphor" (1919). Freksa stellte seinem Roman einen Auszug aus Oskar Spenglers kurz zuvor erschienenem Werk „Der Mensch und die Technik" voran und orientierte sich auch an dessen Philosophie der Zyklentheorie.

Das Buch beginnt in der Gegenwart des Protagonisten Alf Bentinks, der sich für die spätere Wiederweckung einfrieren lässt. Diese Gegenwart ist gekennzeichnet durch eine Bedrohung der „weissen Rasse" durch die „gelbe Gefahr" aus Asien und enthält eine diffamierende Darstellung des Kommunismus. Weiterhin beinhaltet der erste Abschnitt positive Darstellungen von Euthanasie.

Als der Protagonist in der Zukunft wieder aufgetaut wird — von Atlantiern (!) — wird die Welt von den Drusonen, d.h. Außerirdischen, beherrscht und ausgebeutet. Diese werden als „Parasiten" beschrieben und mit ähnlichen Eigenschaften versehen, wie sie von den NationalsozialistInnen zur Abwertung von Juden und Jüdinnen genutzt wurden. Der Held avanciert zum Führer des Widerstandes der Atlantier (= Arier) und befreit die Menschen von der Tyrannei der Parasiten — unter Einsatz spezieller Waffentechnik. Sein Wiedererwachen ist dabei eine unverhohlene Anspielung an den Kyffhäusermythos. Seiner Heldentaten Dank blüht auch eine neue Generation von Menschen auf. Der völkische bzw. faschistische Kern von Freksas Werk wird in der Science-Fiction-Community immer noch von vielen heruntergespielt und als absurd abgetan bzw. im Falle einzelner Geschichten kurzerhand ins Gegenteil umgedeutet.

Wie viele Romane des Genres „völkische Science-Fiction" insgesamt publiziert wurden, ist schwer zu schätzen. Alleine für den Zeitraum von 1890 und 1914 kann von mindestens mehreren hundert Romanen des militärischen Science-Fiction ausgegangen werden, die bis zu fünfstellige Auflagenzahlen erreichten und mehr oder weniger starke Affinitäten zur völkischen Ideologie hatten. Die Massenwirksamkeit ist daher als sehr hoch einzuschätzen.

Die Erstauflage von „Planetenfeuer" betrug 1.000 Exemplare, der deutsch-englische Krieg erreichte gar eine Auflage von 7.000 Exemplaren. Über die Auflagen des in mindestens zwei Auflagen erschienenen Romans „Druso" liegen keine Zahlen vor. Die Kinderbücher von Maximilian Kern (alias Beowulf) werden ungeachtet seines Kriegsromans noch heute neuaufgelegt.

Noch nach 1945 erschienen vereinzelt völkische Science-Fiction-Romane und Stories, die bislang nicht näher untersucht wurden. Die Aufarbeitung jenes braunen Erbes innerhalb der Science-Fiction-Literatur hat erst Mitte der 1970er Jahre eingesetzt und verläuft trotz einiger grundlegender Publikationen zu einzelnen Genres und Autoren nur sehr schleppend. Der Begriff „völkische Science-Fiction" hielt erst mit der Studie von Michael Novian über Edmund Kiss und Friedrich Freksa im Jahr 2013 Einzug in die Wissenschaft.

Vereinzelt hat es in den letzten Jahrzehnten auch in der extremen Rechten Versuche gegeben, an diese Tradition anzuknüpfen. So schrieb Christian Worch (Die Rechte) als bekennender Science-Fiction-Fan unter verschiedenen Pseudonymen mehrere Kurzgeschichten und plante Anfang der 2000er Jahre auch einen eigenen Zyklus. Im Jahr 2008 wurde in Deutschland eine SF-Romanreihe unter dem Titel „Stahlfront" herausgegeben, die wegen der „Glorifizierung des Nationalsozialismus" in die Schlagzeilen geriet. Verglichen mit den völkischen Romanen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist ihre Bedeutung jedoch marginal und in Bezug auf literarische Qualitäten bleiben diese weit hinter ihren Vorläufern zurück. •

WEITERFÜHRENDE LITERATUREMPFEHLUNGEN:

Henning Franke: **Der politisch-militärische Zukunftsroman in Deutschland 1904—1914**, Peter Lang Verlag Frankfurt a. M. / Bern / New York 1985.

Jost Hermand: **Der alte Traum vom neuen Reich. Völkische Utopien und Nationalsozialismus**, Athenäum Frankfurt / M. 1988.

Manfred Nagel: **Science Fiction in Deutschland**, Tübinger Vereinigung für Volkskunde Tübingen 1972.

Michael Novian: **Von Ariern und Aliens. Völkische Weltanschauung in der Science-Fiction-Literatur vor dem Zweiten Weltkrieg**, Tectum Verlag Marburg 2013.

TITEL

Die deutsche „Prepper"-Szene bewegt sich zwischen Survival-Hobby und rechtem verschwörerischen Irrsinn. Ihre Anhänger sind auf alles vorbereitet, ob real oder fiktiv.

Zwischen Wasserfilter und Waffenwahn

Die „Prepper"-Szene in Deutschland

KONSTANTIN NOWOTNY

„Beim Einkaufen schaue ich kurz auf den letzten Tweet von Trump und entscheide dann, ob ich noch ein paar Kerzen und Konserven mehr brauche.", twitterte der Werbetexter Peter Breuer im Januar. Dem Witz folgt einige Sekunden später die unangenehme Gewissheit: So Unrecht hat er vielleicht gar nicht. Es ist das Jahr 2017, in dem der Social-Media-Account des US-Präsidenten ein nervös zitternder Seismograf für die Weltpolitik ist. Journalisten auf der ganzen Welt öffnen jeden Morgen das Tor zur 140-Zeichen-Hölle — und was dort steht, liegt irgendwo zwischen Banalität und Atomkrieg.

Die Endzeit war lange nicht so nah wie jetzt. Die „Doomsday Clock" ist eine symbolische Uhr für den Countdown zum Weltuntergang, die von amerikanischen Atomwissenschaftlern seit Jahrzehnten als Warnsignal betrieben wird. 2016 stellten die Forscher die Zeiger erstmals seit dem Kalten Krieg auf drei Minuten vor Mitternacht — wobei die Stunde Null den „endgültigen" Atomkrieg darstellen soll. Das wird der Komplexität des Weltmachtgefüges keineswegs gerecht, aber ein wichtiger Indikator bleibt: Die gefühlte Stimmung ist so apokalyptisch wie lange nicht mehr, bei Atomphysikern wie beim Durchschnittsbürger.

Wenn natürliche Furcht zum Wahnsinn wird

Die Angst vor dem Unkontrollierbaren, dem Übermächtigen, ist das Lieblingswerkzeug der Politik, vor allem der rechten bis extrem rechten Schlagseite. Angst ist eigentlich eine nützliche Emotion. Sie erhöht den Blutdruck, beschleunigt den Puls und macht schnelle Entscheidungen unter Adrenalinausschüttung möglich. Die unbestimmte, unbewusste Furcht vor nichts Konkretem ist eine andere Art von Angst - im Englischen heißt sie „anxiety" und ist mehr als nur „fear".

Der natürliche Reflex auf einen Schreck ist Flucht oder Angriff. Eine unheilvolle, unkonkrete Bedrohung verlangt entweder Vorbereitung oder den „präventiven Erstschlag". So wurden schon Weltkriege geführt. Panische Angst vor dem Verlust der Leistungsfähigkeit kuriert die Leistungsgesellschaft mit Ernährungstrends und Fitness-Wahn. Gegen die Furcht vor dem Weltuntergang helfen aber keine Chia-Samen. Da hilft nur die Psychotherapie, oder: aufrüsten.

Hinter diesem Gedanken hat sich die weltweite Bewegung der sogenannten „Prepper" (von „to prepare") gebildet. Der Begriff bezeichnet Menschen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, vor einem gefühlt-antizipiertem Endzeitszenario prophylaktisch zu schützen. Für einige ist es nur ein Hobby, bei anderen tendiert das zum Wahn. In Deutschland ist das Online-Portal „Vorbereiter" eine Anlaufstelle für Prepper. Auf der Startseite heißt es: „Bist du bereit für den 3. Weltkrieg?"

Der geneigte Prepper findet hier die nötige Portion Angst zwischen falschen und richtigen Terrormeldungen und Tipps, wie es sich im Atombunker nett einrichten lässt. Die politische Tendenz des Portals ist eindeutig. Gewalttätig aufgelöste Demonstrationen im „multikulturellen Frankreich" werden als „Bürgerkrieg" dargestellt. Viele Prepper fürchten sich vor den Zahlen der Zuwanderung und unterliegen einer bewussten oder unterbewussten Rasseargumentation: Wenn Menschen aus einem anderen „Kulturkreis" auf „Einheimische" stoßen, muss es zu Unruhen kommen. Manchmal macht die Argumentation hier schon Schluss, hin und wieder geht sie weiter: Der „Bürgerkrieg" ist gewollt und gesteuert, von der Bundesregierung, den Amerikanern oder dem „Finanzjudentum". Das Ziel ist die „Umvolkung" oder die Ausrottung des deutschen Volkes. Die Grenzen zur sarrazinischen Rassenideologie oder zum Antisemitismus bis hin zum quasipathologischen Wahnsinn sind fließend. Ob die Bedrohung real ist, spielt keine Rolle mehr.

„Vorbereiten" als harmloses Hobby?

Es gibt aber auch moderate Prepper. Bastian Blum ist einer der bekanntesten Köpfe in der deutschen Szene und Chef der „Prepper Gemeinschaft Deutschland" (PGD). Diese grenzt sich von politischen Motiven für die Krisenvorsorge klar ab. Mit „Rechts- und Linksradikalen" oder der „Reichsbürger"-Bewegung will die PGD nichts zu tun haben. Auf der Facebook-Seite gibt es Tipps, welcher Baumarkt gerade eine günstige Klappsäge im Angebot hat oder wie man sich einen Wasserfilter basteln kann. Hier geht es gesittet und manchmal selbstironisch-humorvoll zu. Zum Valentinstag zeigte die Seite eine eingeschweißte Notfallration Ravioli, angerichtet mit Rotwein bei Kerzenlicht.

Krisenszenarien, die Blum für wahrscheinlich hält, sind nicht der Bürger- oder Atomkrieg, sondern eher Stromausfälle oder Überschwemmungen. Eigentlich gibt es dafür das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Seit dem Kalten Krieg spielte es kaum noch eine Rolle — bis jetzt. Erstmalig seit 1989 gab das Amt wieder ein Strategiepapier für die Zivilverteidigung heraus. Zahlreiche Medien berichteten an der Grenze zur Hysterie, dass die Bundesregierung zu „Hamsterkäufen" aufrufe. Im Originalpapier heißt es, die Bevölkerung solle einen „individuellen Vorrat an Lebensmitteln für einen Zeitraum von zehn Tagen vorzuhalten."

Über solche Ratschläge können echte Prepper wie Blum nur lachen. „Mir ist es eigentlich egal, was in Berlin gesagt wird", antwortete er in einem Interview zum Strategiepapier. Selbst wenn Blum und seine PGD nicht den Hang zum Fanatismus haben, bedienen sie das gleiche Muster der Angstbewältigung. Ein Bundesamt kann das nicht leisten, es verlangt nach Handarbeit. Das muss bei einem Prepper-Keller mit Angelzubehör und Wasserfilter keineswegs halt machen.

„Selbstverteidigung": Zur Not mit Waffengewalt

In den USA sammeln die sogenannten „Doomer" Waffen für den Ernstfall. Hier wird ganz offen gegen „Feinde im eigenen Land", gemeint sind häufig Immigranten, vorgesorgt — natürlich nur zur „Selbstverteidigung" und ganz im Sinne der amerikanischen Verfassung. Das geschieht besonders gern dort, wo es so gut wie keine Immigranten gibt: Auf dem Land, im endlos leeren Mittleren Westen der Staaten, wo der rechtsextreme Ku-Klux-Klan wieder Mitgliederzuwachs hat. Niemand kann so genau sagen, wie viele Waffenlager in den Einfamilienhäusern zu finden wären.

In Deutschland wurde ein solches vor kurzem erst ausgehoben. Im norddeutschen Pinneberg fand die Polizei bei einem 62-jährigen neben „auffälligen Schriften" 114 Gewehre und Handfeuerwaffen sowie etwa 1,5 Tonnen Munition — so viel, dass zum Abtransport die Bundeswehr anrücken musste. Seit kurzem rüsten die Deutschen auf. Im ersten Halbjahr 2016 stieg die Anzahl der ausgestellten Kleinen Waffenscheine von knapp 300.000 auf 400.000. Der Anstieg begann direkt nach den Silvesterereignissen in Köln von 2015. Besitzer des Scheins können legale Schreckschuss- und Gaswaffen auch außerhalb ihrer Wohnung mit sich führen.

Portale wie „Vorbereiter" springen auf diesen Zug auf und klären umfangreich über legale Waffen auf. Das Geld verdienen andere. Zahlreiche Neonazi-Versandhändler, die sonst Rechtsrock-Textilien verkaufen, haben ihr Sortiment um legale Waffen erweitert. In dem Online-Versandhandel „Migrantenschreck" ließ sich bis vor kurzem die gleichnamige Waffe, eine AK-47-Imitation, mit lebensgefährlicher und in Deutschland illegaler Schusskraft von 150 Joule bestellen. Nach Razzien bei Kunden des Online-Shops ist die Seite mittlerweile nicht mehr auffindbar. Das hält Willige natürlich nicht auf. „Legale" Waffen gibt es mittlerweile überall, zum Beispiel beim Kopp-Verlag. Der Buchhandel mit einer Vorliebe für neurechte, antisemitische und andere Verschwörungstheorien hat auch Pfefferspraypistolen zur „Tierabwehr" im Angebot. Diese Message kommt bei den Lesern an. Bücher zu Angstszenarien wie der „Umvolkung" gibt es dort zuhauf. Auf bekannten Prepper-Portalen schaltet Kopp zudem Anzeigen.

Die unkonkrete, innere „anxiety" äußert sich schnell in einem Gefühl realer, externer Bedrohung. Wer sich bedroht fühlt, will sich verteidigen. Der Griff zur Waffe kann damit als „Selbstverteidigung" gerechtfertigt werden. Bei einer Waffenrazzia in der Wohnung eines sogenannten „Reichsbürgers" kam erst im Januar ein Polizist durch Schüsse ums Leben. Wenn sich harmlose Bunkerbauer unter dem Einfluss von Rechten oder irren Verschwörern politisch motivieren, wird die Vorbereitung für den Ernstfall zum Pulverfass — egal wie die Realität aussieht. •

mopo.de

MOPO HOME HAMBURG UMLAND HSV SPORT NEWS GIRLS VIDEO

EILMELDUNG Vor Angriff an Pariser Flughafen Mann schießt bei Polizeikontrolle auf Polizisten

Der Waffen-Wahnsinnige Wut-Bürger hortet 114 Pistolen und Gewehre

Von Thomas Hirschbiegel | Anastasia Iksanov

EMAIL FACEBOOK TWITTER

Waffen seien sein Hobby, sagt Henning von S. (62). Als Narren
Durchsuchungsbeschluss für sein Haus in die Kamera.
Foto: Ruega

Kreis Pinneberg - Er beschimpft Angela Merkel, führt einen privaten Kleinkrieg gegen den Pinneberger Landrat und legt sich mit Gott und der Welt an: Henning von S. (62) ist ein durchgeknallter „Wutbürger", wie er im Buche steht. Nun hat die Polizei sein Haus gestürmt und die rekordverdächtige Menge von 71.000 Schuss Munition und 114 scharfen Schusswaffen entdeckt.

Der etwa 1,90 Meter große Mann mit dem zotteligen Bart war bis vor zwölf Jahren Leiter des Sprengstoffreferats im Hamburger Amt für Arbeitsschutz. Nach eigenen Angaben betreute er unter anderem jedes Jahr die Dom-Feuerwerke und war auch an der Sprengung des Iduna-

Knäckebrot & Knarren: Die Endzeit kann kommen.

Der Autor studiert im Master Soziologie in Dresden. Er publiziert u.a. in „Der Freitag" und „Die Welt".

TITEL

Im Gefängnis[1] hat Steffen Hupka eine Schrift mit dem Titel „Neue Wege“ (2010) verfasst. Hier beschreibt er die Notwendigkeit rechter Siedlungen im ländlichen Raum als einzigen Ausweg aus der von ihm festgestellten Misere, in der sich das „deutsche Volk“ befände. Dem selben Thema widmete sich Anfang diesen Jahres ein Artikel der JN-Zeitschrift „Der Aktivist. jung – frech – radikal“. Unter dem Titel „Neue Siedler. Wenn der ‚Nazi‘ mit dem Trecker kommt“ empfiehlt er als Siedlungsgebiet Mecklenburg-Vorpommern. Es lohnt sich, beide Schriften näher anzusehen.

Utopie und Hausordnung

Ideologische Konzepte rechter Siedlungen

■ Es wurde, auch im Antifaschistischen Infoblatt, schon viel über völkische Siedler geschrieben. Wir werden uns hier nachfolgend zwei Konzepte der letzten Jahre vornehmen, die völkisches Siedeln neu begründen wollen. Ausgangspunkt für viele Siedlungsprojekte ist der Glaube daran, dass das „deutsche Volk“ vor seinem Untergang bewahrt werden müsse, weil „Wesen, Kultur und biologische Existenz des deutschen Volkes“ seit dem Ende des Nationalsozialismus bedroht seien. Dieses Bedrohungsgefühl ist allerdings nicht so neu, sondern musste bereits als Begründung für den Vernichtungskrieg der Nationalsozialisten — als quasi Präventivschlag — gegen eine herbei phantasierte „jüdische Weltverschwörung“ herhalten. Es scheint also, als sei das Gefühl einer existentiellen Bedrohung der Antrieb verschiedener Formen des nationalsozialistischen Kampfes gegen die „Herrschaft des Bösen“, gleich ob alter oder neuer Art.

Das deutsche Volk degeneriert

Hupka bezeichnet den Nationalsozialismus und mit ihm den Zweiten Weltkrieg als den „einzigen und bisher letzten großen Kampf gegen diese dämonische Welt“, der jedoch von den Deutschen und damit von der gesamten Welt verloren wurde. Noch heute sind nach Hupka die Folgen des Krieges in Hinblick auf die deutsche Bevölkerung zu spüren: Die im Krieg „an Körper und Geist gestählte[n] Kämpfer“ sind inzwischen tot und auch der Krieg selbst hatte seinerseits bereits den „Tod der Besten“ gefordert. Nach dem Krieg dann wurden die „Charakterstarken“, wie Hupka sie nennt, aussortiert; gemeint sind hier NS-Kriegsverbrecher. Es ist eine „Degeneration des Volkes“, die Hupka den Deutschen attestiert. Diese sieht er aktuell durch eine sinkende Geburtenzahl von „deutschen Kindern“ und einer dem gegenüberstehenden hohen Zahl der Geburten von sogenannten Ausländern verursacht. Hinzu komme eine starke Abwanderung aus ländlichen Regionen und eine Auswanderung aus der Bundesrepublik.

Heute werde das deutsche Volk verweichlicht, verdummt und moralisch zersetzt, so Hupkas Einschätzung zur Lage. Insbesondere die Umerziehung nach 1945 und der damit verbundene „eingetrichterte Schuldkomplex“, die Einflüsse verschiedenster Unterhaltungsmedien (Fernsehen, Internet usw.) und der Konsumgesellschaft, führen nach Hupkas Auffassung dazu, dass die Menschen nicht mehr in der Lage seien, das Gute und Richtige zu erkennen. Ähnlich wie der menschliche Körper werde das Volk als Ganzes krank. Davon, so wird Hupka seine Argumentation an anderer Stelle fortsetzen, ist auch die rechte Szene selbst betroffen.

Solche Kulturkritik kommt nicht ohne Rassismus und Antisemitismus aus. So weiß Hupka um die „Methoden der Feinde aller Völker“[2] zur Vernichtung der weißen Völker, wie „Rassenvermischung, Geburtenschwund, Naturzerstörung, Vergiftung von Lebensmitteln und Lebensraum, Zerstörung von Seele und Geist“. Ob man solche Maßnahmen befürworte, habe nach seiner Auffassung nichts mit rechts oder links zu tun, sondern zeige nur den Grad an, wie sehr man sich „dem System“ selbst andiene. Hupka sucht den Unterschied zwischen rechts und links vollkommen aufzulösen und stellt diese politischen Hal-



Foto: Lausitz – Germany (Gross Jamno) von Micha Blitz b-lichtet.de; Flickr.com (CC BY 2.0)

tungen als die willentliche Spaltung zum Zwecke der Manipulation der Völker durch die „Herrschenden" dar.

Weitaus weniger umfänglich fallen die Diagnosen der JN in Bezug auf die Lage des „deutschen Volkes" aus. Ähnlich wie Hupka konstatieren auch sie „Multi-Kulti-Terror, Ausbeutungskapitalismus und kulturelle Verwahrlosung". Die Großstädte seien vorerst für die Deutschen verloren, und dass nicht nur wegen des „Gender-Wahns", sondern weil die Stadt keinen Raum zur Entfaltung einer intakten Familie biete, in der Kader ihre Einsatzfreude und Leistungsfähigkeit für die nationale Sache reproduzieren könnten. Auch die politisch engagiertesten Neonazis würden unter solchen Umständen wichtige „Dinge wie gesunde Ernährung, anti-kommerzielle Lebensweise und volkstreue Kindererziehung" aus den Augen verlieren.

Auch Hupka missfällt, wie der JN, die Ernährung der „Kameraden", ihre mangelhafte bzw. falsche sportliche Betätigung und die Tatsache, dass die wenigsten von ihnen noch in körperlicher Arbeit sich betätigen. Hier macht Hupka als einzigen und der JN-Artikel als möglichen nationalen Ausweg den ländlichen Aktions- und Lebensraum stark. Durch solch einen (vorläufigen) Rückzug aufs Land sehen beide Positionen die Möglichkeit zur persönlichen und kollektiven Regeneration gegeben.

Das nationale Lager scheitert

Nach einer umfänglichen Charakterisierung der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft als fremdbestimmt, verweichlicht, seelisch vergiftet, materialistisch, egoistisch, überfremdet usw. stuft Hupka in einem nächsten Schritt seiner Argumentation den bisherigen politischen Kampf des rechten Lagers zur Umgestaltung des Systems als sinnlos ein. Hupka selbst war in verschiedenen Organisationen aktiv: Wehrsportgruppe Hannover, Junge Nationaldemokraten (JN), Hilfsorganisation Nationaler Gefangener (HNG), Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten (ANS/ NA), Nationalistische Front (NF), Hausbesitzer eines „weltanschaulichen, kulturellen und politischen Zentrums" in Trebnitz. Aus Hupkas Sicht müssen die gegenwärtigen Aktions- und Organisationsformen des nationalen Lagers[3] scheitern, weil sie selbst zu sehr von den oben beschriebenen negativen gesellschaftlichen Einflüssen betroffen sind. Kaum jemand, der sich als volkstreu bezeichnet, sei dies auch tatsächlich, so Hupkas frustrierte Einsicht. Es fehle die seelische Qual, die Wahrnehmung des eigenen Lebens als unerträglich, die einen politischen Macht- oder gar Systemwechsel antreibe. Zudem — und jetzt wird es hart für die Kameraden und Kameradinnen, die es bis auf Seite 23 von Hupkas Schrift geschafft haben, — sei das nationale Lager schlicht nur ein Abbild der bestehenden Gesellschaft und „keine Auslese der Besten". Ein „starker Wille, Idealismus, Opferbereitschaft, Härte und Charakterstärke" würden vom gegenwärtigen System einfach nicht mehr ausgebildet und sind folglich auch nicht mehr die Eigenschaften gewöhnlicher Kameraden und Kameradinnen.

Dieses grundsätzliche Problem lässt sich für Hupka auch nicht durch Kaderführung lösen. Denn es gibt den Führer nicht und kann ihn nicht geben: „Ich meine hier nicht DEN großen Führer, der zum Volksführer berufen wäre. Sondern einen Führer der

mittleren und unteren Ebene, wie sie unser Volk von 1914 bis 1945 zu Tausenden hervorgebracht hat. Ein Mann, der Kraft seiner Persönlichkeit, seines Einsatzes und seiner Intelligenz Menschen mitreißen und führen kann. Der in der Lage ist, etwas im deutschen Sinne zu schaffen, das Bestand hat und wächst." Und weil sich keine Gruppierung des nationalen Lagers nach Hupka aus dieser Beschreibung ausnehmen kann, sei sie nicht erfolgreich im Sinne einer nationalsozialistischen Revolution. Alle scheitern am Fehlen der „Regeln der Sitte und Moral, der Ehre und Würde" wie am Fehlen von Autoritäten. Das nationale Lager mag vielleicht die „Befreiung Deutschlands" wollen, wird aber scheitern, weil es „im Sinne ihres kranken seelischen und körperlichen Zustandes nichts taugt". Als Vision und Forderung bleibt für Hupka die Notwendigkeit so genannter „Wehrdörfer", wenn das „deutsche Volk" nicht untergehen will.

Das „Wehrdorf"

Die Schilderungen des Tagesablaufes, die Hupka „Tagebuch: Eine Woche in unserem Dorf" nennt, geben sich äußerst real: Das Wehrdorf habe eine Fläche von 60 Hektar, 65 BewohnerInnen, davon 17 Kinder. Wieviel Fiktion, wieviel Realität hier geschildert wird, sei dahin gestellt. Das Wehrdorf ist gewissermaßen eine Bastion gegen „Ausländer", die die deutschen Städte bald vollständig besiedeln werden, so Hupkas Vorstellung, und damit ein „wehrhafter Zusammenschluß in relativen ‚Friedenszeiten'". Denn es steht laut Hupka nichts Geringeres auf dem Spiel, als die „geistige, seelische, kulturelle und schließlich biologische Auslöschung" des „deutschen Volkes" aufzuhalten. Um dieser Auslöschung etwas entgegen zu setzen, sollen solche Dörfer deutsche Enklaven sein, in denen „reinrassiger" deutscher Nachwuchs gezeugt werden und behütet aufwachsen kann. Deutsche sollen gemäß ihrer „wesensmäßigen" Bestimmung leben und arbeiten können. Diese Siedlungen müssen daher notwendig isoliert, wirtschaftlich unabhängig und mit ausreichend Nachwuchs ausgestattet sein. Alle dort lebenden Siedler und Siedlerinnen müssen körperliche Arbeit, wie Landwirtschaft, Viehzucht, Hausbau, Handwerk, Stromerzeugung etc. verrichten und sich einer geschlechtsspezifischen Kleiderordnung unterwerfen. Das Wehrdorf soll sich eigene Gesetze geben, die im Einklang mit der nationalsozialistischen Weltanschauung und deutscher Kultur stehen, und es soll naturnah sein.

Hupkas Darstellungen des streng durchstrukturierten Alltags in einem Wehrdorf lesen sich wie eine Mischung aus Utopie und Hausordnung. Viele der Tage beginnen mit Frühsport. Gibt es keinen Frühsport, wird abends Sport gemacht. Sport gilt als revolutionärer Auftrag, wie auch die Wehrertüchtigung für Mann und Frau. Frauen beschäftigen sich ansonsten mit Frauendingen (Nähstube, Bäckerei, Gärtnerei, Obstgarten, Spinnen, Kindergarten etc.), Männer mit Männerdingen (Häuser bauen, Getreideernte, Felder bestellen etc.). Kinder gehen in die dorfeigene Schule. Es gibt Waschtage für Kleidung und Menschen, Spieleabende, Kultur-, Sing-, Musikanten- und Tanzkreise. Ideologische Selbstvergewisserung für die Erwachsenen und Prägung für die Kinder werden durch Veranstaltungen sichergestellt, in denen die „arteigene Anschauung und Lebensart" vermittelt wird. Ein Dorfrat regelt alle Angelegenheiten des Dorfes.

Das Wehrdorf ist ein System beständiger Indoktrination und Kontrolle; ein System absoluter Alternativlosigkeit, das Kinder formt und Erwachsene an sich bindet. Hupkas nationalsozialistische Vision zielt auf die Züchtung einer „rassisch" und kulturell hochwertigen Gemeinschaft. Anders als andere politische Betätigungsformen des nationalen Lagers ist dies, so Hupka, kein direkter Angriff auf den politischen Gegner, sondern der Versuch, sich „seiner Macht und seinem Einfluß" zu entziehen. Das Wehrdorf ist aber nicht nur als nationalsozialistisches Aussteigeridyll zu verstehen, sondern als Ort der Regeneration, in dem sich auf eine revolutionäre Rückeroberung Deutschlands vorbereitet wird.

Politische Bedeutung

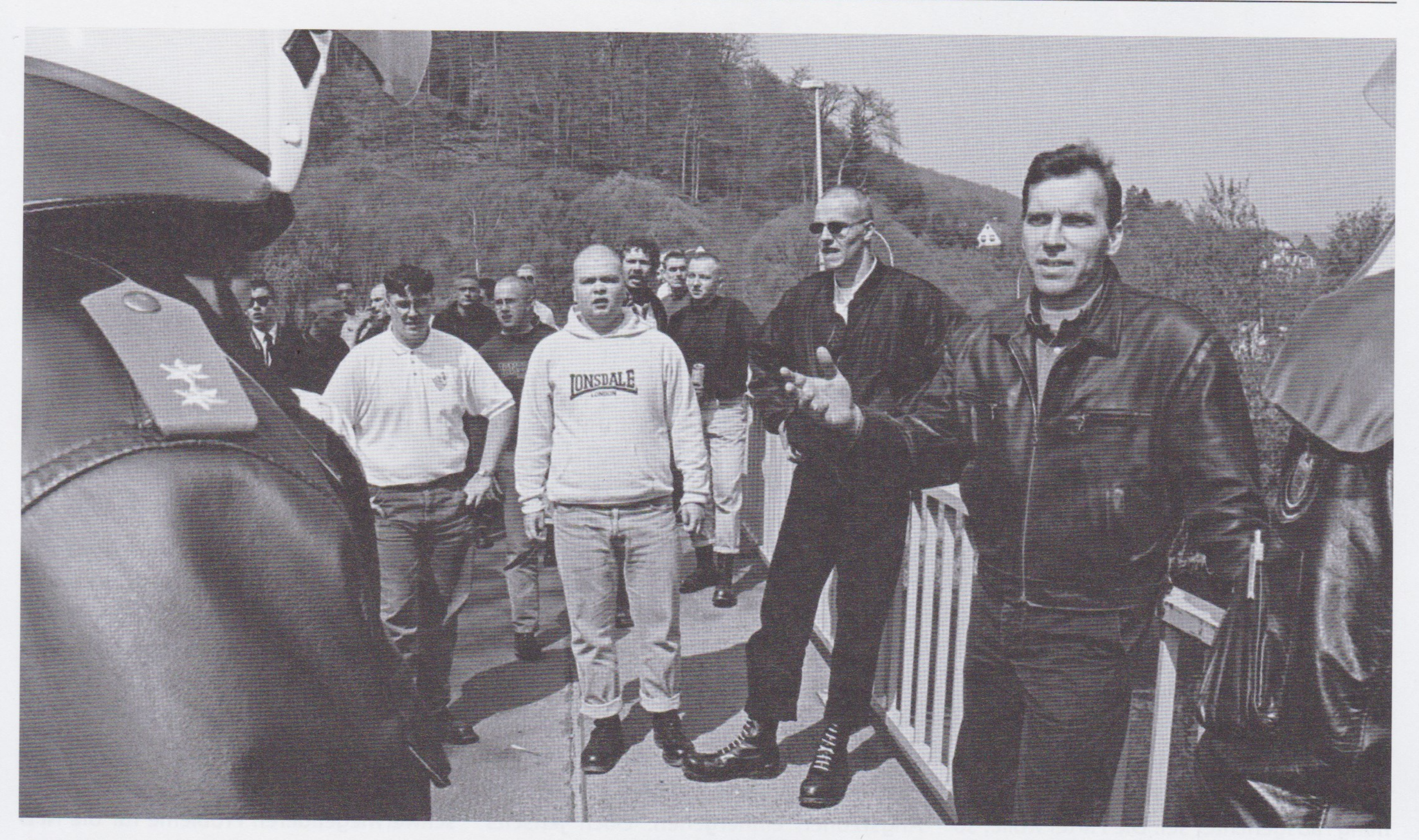
Die Frage nach der politischen Relevanz dieser beiden Konzepte ist nicht einfach zu beantworten: Während Hupkas Wehrdorf v. a. in Hinblick auf die ideologische Aus-



„Neue Siedler" als Titelthema der JN-Zeitschrift. Vor dem Trecker zu sehen ist der JN-Funktionär Sebastian Richter.

formulierung eines radikalen Anti-Modernismus, nationalsozialistischer sowie antisemitischer und rassistischer Phantasien viel detaillierter ist, werden solche Gedanken im JN-Artikel nur angedeutet. Hupkas Wehrdorf ist ein utopischer Traum, der Traum eines Mannes, der ernüchtert feststellt, dass es die nationale Revolution, die er herbeisehnt, nicht geben wird. Er flüchtet sich in die Vision eines Wehrdorfes, dessen Realisierung aber aufgrund existentieller Zwänge, wie die Notwendigkeit mit der Außenwelt ökonomisch im Austausch zu stehen, sowie bürokratischer Hürden (z. B. Beschulung der Kinder) extrem unwahrscheinlich ist. Es bleibt zudem fraglich, wieviel Einfluss Hupkas Ausführungen auf die extreme Rechte haben, insbesondere wegen Hupkas heutiger Bedeutungslosigkeit für die rechte Szene. Sicher ist der Abstand, mit dem Hupka hier in Hinblick auf den politischen Aktionismus spricht, auch eine Altersfrage. Sie ist ebenso Resultat persönlicher Enttäuschungen und interner Konflikte, die zwischen Hupka und einzelnen rechten Akteuren bestehen. Hupka hat folglich kein Interesse daran, die rechte Szene noch mit politischen Durchhalteparolen und Schmeicheleien zu bedienen. Das macht diese Schrift für eine antifaschistische Analyse so aufschlußreich, weil sie auch eine Abrechnung mit (erfolglosen) Strukturen und Strategien der rechten Szene ist und interne Diskussionen und Streitigkeiten thematisiert.

Eine so starke Kritik des nationalen Lagers ist von der JN nicht zu erwarten. Die Jungen Nationaldemokraten betonen, an-



Steffen Hupka (rechts) auf einer Neonazidemonstration im Jahre 1997. Hupka erklärt, das nationale Lager mag vielleicht die „Befreiung Deutschlands" wollen, werde aber scheitern, weil es „im Sinne ihres kranken seelischen und körperlichen Zustandes nichts taugt."

ders als Hupka, ganz explizit die Bedeutung der „Außenwirkung unserer Kader im gesellschaftlichen Leben". Für sie ist das Leben auf dem Land eine Frage nationaler Vorfeldpolitik. Der bedeutendste Unterschied zwischen der JN und Steffen Hupkas „Siedlungsgedanken" ist die Stellung der politischen und sozialen Gemeinschaft. In Hupkas Konzeption ist das Gemeinschaftsbild streng ausformuliert, während dieses bei der JN vage und diffus bleibt. In dem Artikel der JN werden eher einzelne (Familien) angesprochen, sich durch einen Umzug aufs Dorf Freiräume zu schaffen, wirtschaftlich mit anderen Siedlern zusammen zu arbeiten, Familiennetzwerke herzustellen sowie im Dorfverband wie in die ländliche Gesellschaft insgesamt hineinzuwirken. Dabei gehe es nicht darum, sich altertümlich zu kleiden, sondern „für die Rückgewinnung unseres Vaterlandes [...] eine sichere Basis" zu haben, von der aus agiert werden kann. Keineswegs vage bleibt die JN allerdings mit ihrem Ansiedlungstipp. Sie empfiehlt „ausreisewilligen" nationalen Städtern das Land Mecklenburg-Vorpommern, weil dort über die Jahre bereits ein „vorzeigbares Netzwerk an Immobilien und Firmen geschaffen" wurde. Hier verweisen die Jungen Nationaldemokraten auf den Pommerschen Buchdienst in Anklam, das Thing-Haus in Grevesmühlen und den Kulturraum in Lübtheen.

Die JN bleibt hinsichtlich der ideologischen Begründung für rechte Siedlungen unkonkret. Dies spiegelt eine gewisse ideologische Zerrissenheit: Die Jungen Nationaldemokraten wollen nicht „antiquiert daher laufen", aber ihre zeitgenössischen Vorstellungen sind es umso mehr. Die Sehnsucht nach der ländlichen Scholle ist eine Sehnsucht nach „ewige[n] Werte[n] wie Ehre, Treue und Kameradschaft". Die Stadt korrumpiere dagegen die nationale Lebensweise, „den Wert der Arbeit und der Familie". Wenn auch die JN nicht so viel Aufwand auf ideologische Ausführungen verwendet, so ist sie als Jugendorganisation der NPD politisch bedeutungsvoller als Hupka. Die von der JN empfohlenen lockeren Strukturen wirken viel zeitgemäßer und sind leichter umsetzbar als eine streng durchorganisierte dörfliche Gemeinschaft. Und sie empfehlen, was ohnehin schon Realität in Mecklenburg-Vorpommern ist: Es gibt bereits zahlreiche Enklaven rechter Hegemonie und einzelner Familien, die mit anderen nationalen Familien vernetzt sind. Die JN formuliert, anders als Hupka, einen klaren Auftrag, mit nationalen und rassistischen Ideen in die Gesellschaft hineinzuwirken. Mit ihrem politischen Aktionismus sind sie daher für die Durchsetzung einer rechten Hegemonie im ländlichen Raum derzeit gefährlicher als Hupkas Wehrdorf mit seiner Abgrenzungsstrategie. •

Quellen:
Hupka, Steffen (2012): Neue Wege. Eigendruck: Julmond.
Bundesführung der JN (2016): Neue Siedler? Wenn der 'Nazi' mit dem Trecker kommt. Mecklenburg-Vorpommern ein Einwanderungsland! In: Der Aktivist. jung — frech — radikal. 25. Jg., Heft 1. S. 4—6.

1 Als Grund für seine Inhaftierung gibt Hupka an, Wolfgang Frenz (VS-Spitzel) seine „Meinung gesagt" zu haben. **2** Wen sich Hupka als die „Feinde aller Völker" vorstellt, kann er in seiner Schrift nicht schreiben, weil dies vermutlich strafrechtlich relevant werden könnte. Antisemiten stellen sich unter den „Feinden aller Völker" zumeist „die heimat- und wurzellosen Juden" vor. Zentral ist die Annahme, dass diese andere Völker zersetzen und vernichten wollten. **3** Zum nationalen Lager zählt Hupka sowohl politische (z. B. Parteien, Freie Kameradschaften), kulturelle (z. B. Kultur und Brauchtum pflegende Gruppen und Einzelpersonen) sowie religiöse (z. B. heidnische Gruppen) Richtungen.

NS-SZENE

Mangelnde Relevanz

Zum NPD-Verbotsurteil

Am 17. Januar 2017 verkündete das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) sein Urteil zum seit 2013 laufenden (zweiten) NPD-Verbotsverfahren. Das BVerfG wies den Antrag des Bundesrates auf Verbot der NPD zurück, obwohl es der NPD attestierte, dass die Partei ein Konzept vertrete, welches auf „die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung" ausgerichtet sei. Die Partei wolle, so die Richter weiter, die derzeitige Verfassungsordnung durch einen „ethnisch definierten [an der] ‚Volksgemeinschaft' ausgerichteten autoritären Nationalstaat" ersetzen und weise eine „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus" auf. Das die Richter den Antrag des Bundesrates dennoch zurückwiesen, hängt vielmehr mit der politischen Bedeutungslosigkeit der NPD zusammen. Das BVerfG erkennt derzeit schlicht keine Erfolgsmöglichkeiten auf die Umsetzung der verfassungsfeindlichen Ziele der Partei, wie es in der Pressemitteilung zum Urteil heißt:

„Die NPD bekennt sich zwar zu ihren gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Zielen und arbeitet planvoll auf deren Erreichung hin, so dass sich ihr Handeln als qualifizierte Vorbereitung der von ihr angestrebten Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung darstellt. Es fehlt jedoch an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die eine Durchsetzung der von ihr verfolgten verfassungsfeindlichen Ziele möglich erscheinen lassen. Weder steht eine erfolgreiche Durchsetzung dieser Ziele im Rahmen der Beteiligung am Prozess der politischen Willensbildung in Aussicht (aa), noch ist der Versuch einer Erreichung dieser Ziele durch eine der NPD zurechenbare Beeinträchtigung der Freiheit der politischen Willensbildung in hinreichendem Umfang feststellbar (bb)."

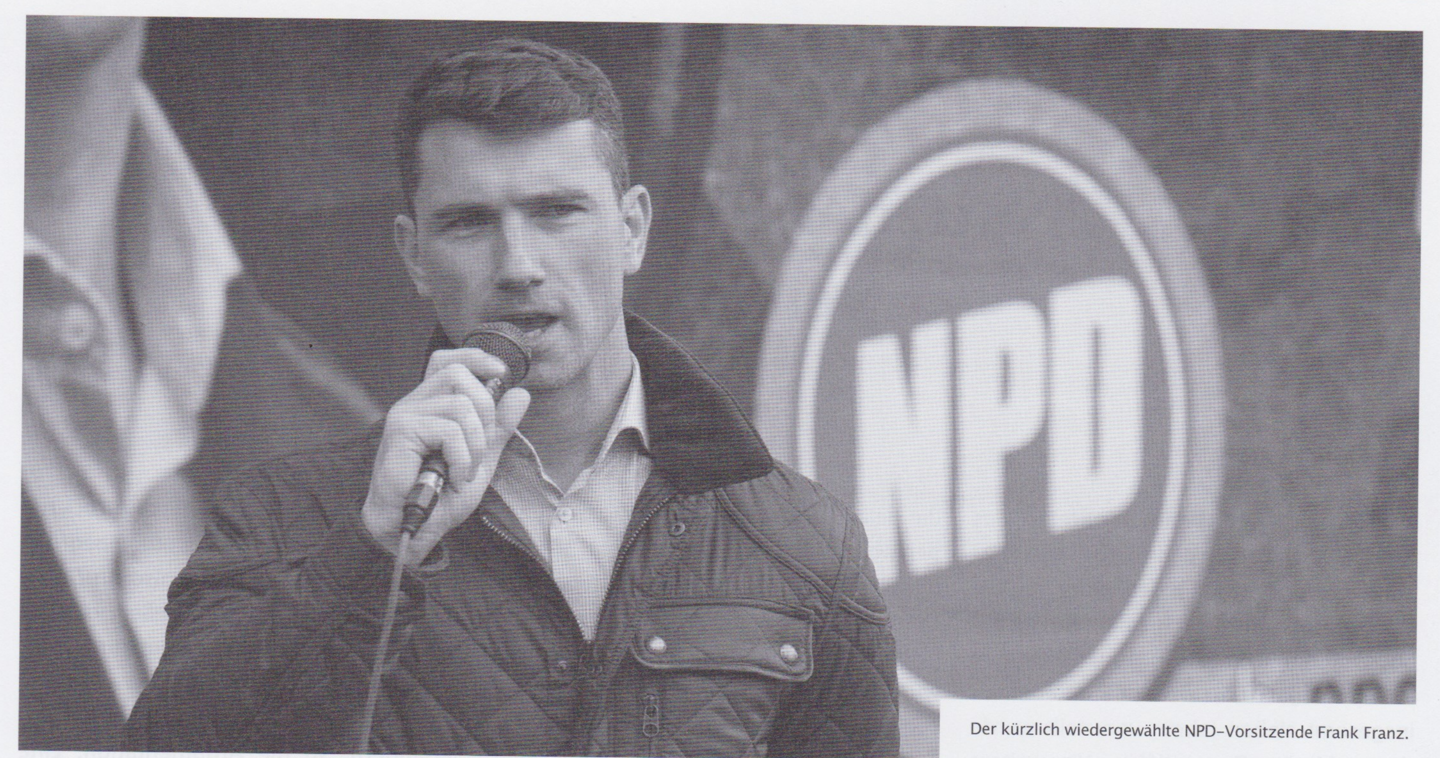
Weitere im Verfahren vorgebrachte Argumente zum Verbot der NPD waren deren Dominanzansprüche in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsens, die mit Angstzonen einhergehen. Doch jenseits des kleinen Ortes Jamel sieht das BVerfG auch hierfür bundesweit keine Hinweise:

„Sie vermag Dominanzansprüche in abgegrenzten Sozialräumen nicht in relevantem Umfang zu verwirklichen. Der Kleinstort Jamel stellt einen Sonderfall dar, der nicht verallgemeinerungsfähig ist. Sonstige Beispiele erfolgreicher Umsetzung räumlicher Dominanzansprüche sind nicht ersichtlich. Eine Grundtendenz der NPD zur Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Absichten mit Gewalt oder durch die Begehung von Straftaten kann den im Verfahren geschilderten Einzelfällen (noch) nicht entnommen werden. Schließlich fehlen hinreichende Anhaltspunkte für die Schaffung einer Atmosphäre der Angst, die zu einer spürbaren Beeinträchtigung der Freiheit des Prozesses der politischen Willensbildung führt oder führen könnte."

Mit der Entscheidung des Gerichtes dürfte die NPD auf absehbare Zeit „unverbietbar" sein. Ein Aufstieg der Partei ist derzeit kaum zu erwarten. Prompt prangte in der ersten Ausgabe der Parteizeitung Deutsche Stimme der Slogan „Sozial. National. Legal" auf dem Cover. Für die NPD, die nach dem Verlust ihrer Landtagsfraktionen und zahlreichen inneren Skandalen derzeit kaum politisch wahrnehmbar ist, war das Verbotsverfahren wohl nur eine der zahlreichen Baustellen, um die sich die Partei derzeit kümmern muss. Der von den Funktionären herbeigeredete Befreiungsschlag dürfte das Urteil keineswegs sein. Der desolate innere Zustand der Partei und das abfischen der Wählerstimmen durch die Alternative für Deutschland (AfD) dürften die schwerwiegenderen Probleme für die NPD darstellen.

Die NPD intern: Unsicher aber vorbereitet

In den Wochen vor der Urteilsverkündung gaben sich die Funktionäre der Partei zumindest nach außen gelassen. Die NPD könne nicht verboten werden, da man ja nichts Verbotenes tue, so war meist der Tenor der öffentlichen Verlautbarungen. Noch in der Januar-Ausgabe der Parteizeitung „Deutsche Stimme" prognostizierte der Vorsitzende Frank Franz, dass das Ende des Verbotsverfahrens „Unser Neustart" sei. Wenige Tage vor der Urteilsbegründung zeigte sich aber — zumindest in internen Kommunikationen — dass die Führungskräfte der Partei keineswegs so sicher waren, wie sie nach außen behaupteten. Als schon Tage vor der Urteilsverkündung über die Medien kolportiert wurde, dass die NPD voraussichtlich nicht verboten werden würde, warnte beispielsweise der ehemalige Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen, Per Lennart Aae, auf Facebook vor voreiliger Freude. Die Gerüchte seien mit „Vorsicht zu genießen" schrieb er. Karl Richter sprach in der Diskussion mit Aae gar von einer „tolpatschige[n] Naivität, mit der in ‚unseren' Kreisen lauthals ‚Entwar-



Der kürzlich wiedergewählte NPD-Vorsitzende Frank Franz.

nung gerufen'" werde. Auch der Vorsitzende Frank Franz gab sich im sozialen Netzwerk deutlich weniger sicher. „Wer sich aufgrund solcherlei Berichterstattung in Sicherheit wiegt, hat eh einen am Sender", kommentierte Franz die Diskussion. Ohnehin dürfte die NPD auf ein mögliches Verbot vorbereitet gewesen sein. Der stellvertretende Landesvorsitzende und Landesgeschäftsführer der NPD-Bayern, Axel Michaelis, nahm ebenfalls an der Diskussion um ein mögliches NPD-Verbot teil und kommentierte: „[...] was soll eine Durchsuchung z.B. bei mir bringen. Die alten Akten aus den sechzigern und siebzigern sind lange an einen sicheren Ort verbracht und ansonsten können sie die Kassenbücher der letzten zehn Jahre mitnehmen. Wo ist das Problem?" (Fehler im Original). Auch der ehemalige Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel machte eine Woche vor der Urteilsverkündung in einem Beitrag auf Facebook deutlich, was sich schon in den 1990er Jahren nach den Verboten zahlreicher extrem rechter Organisationen abzeichnete: Auch bei Verboten bleibt der Großteil der Führungskräfte weiter aktiv. „Sollte die NPD wider Erwarten doch verboten werden, geht es auch ohne Partei weiter. Nationalismus läßt sich nie verbieten!", so Gansel.

Zukunft der NPD und Bedeutung des Urteils

Hatte die NPD Ende der 1990er Jahre noch den „Kampf um die Straße", den „Kampf um die Parlamente" und den „Kampf um die Köpfe" ausgerufen, ist sie aktuell vor allem im Kampf mit sich selbst beschäftigt. Eine nennenswerte Mobilisierung auf der Straße lässt sich derzeit nicht erkennen. Ihre Landtagsfraktionen hat die Partei gänzlich eingebüßt und ihr einziger Sitz im Europaparlament (Udo Voigt) scheint eher ein Pensionsposten als ein politisch relevantes Mandat — zumindest in seiner politischen Auswirkung in Deutschland. Und auch die verbliebenen kommunalen Abgeordneten der Partei zeigen sich in weiten Teilen eher inaktiv. Der Aufbau intellektueller Netzwerke kann ebenso seit Jahren als gescheitert angesehen werden. Die Pläne der Parteiführung sind vor allem in der weiteren lokalen Verankerung über die kommunalen Mandate zu sehen. Außerdem sollen sogenannte Leuchtturmprojekte verwirklicht werden, die das soziale Profil der NPD hervorkehren sollen, es soll zurück zur „sozialen Frage" als Wahlkampfthema gehen. Im laufenden Jahr dürfte die Partei allerhöchstens bei den Landtagswahlen im Saarland auf einen Achtungserfolg hoffen und wird wohl hier auch ihren Wahlkampfschwerpunkt setzen. Ob dies auch mit einer Radikalisierung der Propaganda einhergeht wird sich zeigen. Eigentlich würde dies den Plänen des Parteivorsitzenden Frank Franz nach einer verbesserten Außendarstellung der NPD widersprechen.

Jenseits der Bedeutung für die NPD selbst, öffnet das Urteil für andere Parteien der extremen Rechten ein Einfallstor für eine verbale Radikalisierung, ohne ein Verbot befürchten zu müssen. Besonders „Der III. Weg" und „Die Rechte" dürften das Urteil aufmerksam zur Kenntnis genommen haben. Mit Blick auf die Bundestagswahl könnte dies einen erheblichen Einfluss auf das Auftreten der Parteien der extremen Rechten haben. Neben dieser findet außerdem auch noch die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen statt, das als Stammland von „Die Rechte" gilt. Jenseits strafrechtlicher Konsequenzen ist nach dem Urteil des BVerfG zumindest damit zu rechnen, dass extrem rechte Kleinstparteien ein Verbotsverfahren deutlich weniger fürchten müssen. Allerdings ist die Grundvoraussetzung, dass die Parteien aktiv an Wahlen ect. teilnehmen, da ohne eben jenen Nachweis die Innenminister die Parteien — ähnlich wie die FAP — nach dem Vereinsgesetz verbieten könnten. •

NS-SZENE

Nauener Brandstifter verurteilt

■ Zu acht Jahren Haft verurteilte das Landgericht Potsdam den ehemaligen NPD-Stadtverordneten Maik Schneider für die Brandstiftung an einer geplanten Flüchtlingsunterkunft in Nauen. Hinzu kommen anderthalb Jahre für weitere Straftaten. Zu insgesamt sieben Jahren verurteilt wurde dessen Mittäter Dennis Wilsky. Vier weitere Mitangeklagte kamen mit Bewährungsstrafen davon. Verhandelt wurde eine Reihe von Straftaten aus dem Jahr 2015, die die Angeklagten in verschiedenen Konstellationen begangen hatten.

„Tröglitz ist auch hier“

Im August 2015 wurde in Nauen ein Brandanschlag auf die Turnhalle des Oberstufenzentrums (OSZ) verübt. Diese hätte wenig später als Notunterkunft für Geflüchtete genutzt werden sollen. Neben Holzpaletten, Autoreifen und Benzin verwendeten die Täter auch eine Gasflasche. Das Ergebnis: Eine völlig ausgebrannte Halle und ein Sachschaden von dreieinhalb Millionen Euro. Das Landgericht Potsdam verurteilte im Februar diesen Jahres Maik Schneider und Dennis Wilsky als Haupttäter zu langjährigen Haftstrafen. Die Angeklagten Christopher L. und Sebastian F. hatten geholfen, die Brennstoffe zu besorgen. Der Angeklagte Christian B. hatte zugegeben Kontrollfahrten durch die Stadt gemacht zu haben. Eine Tatbeteiligung konnte Thomas Frank E. nicht nachgewiesen werden. Schneider hatte im Prozess vergeblich versucht, die Brandstiftung als Unfall darzustellen. Seiner Darstellung, wonach er das Gebäude nicht zerstören wollte, da es sich hier um „Volkseigentum“ handele, sondern die Halle lediglich mit Ruß schwarz einfärben wollte, folgte das Gericht nicht. Schneider und Wilsky legten Revision gegen das Urteil ein.

In den Monaten vor der Brandstiftung wurden in Nauen und Umgebung rassistische Demonstrationen organisiert. Dabei spielten Schneider und dessen Umfeld eine zentrale Rolle. Bereits im April wurde in Nauen das Auto des Vereins Mikado attackiert, der sich für Geflüchtete engagiert. Damals hinterließen die TäterInnen die deutliche Botschaft „Tröglitz ist auch hier“. In dem Ort in Sachsen-Anhalt war kurz zuvor ein Brandanschlag verübt worden. Nach dem Anschlag auf die Halle des OSZ zeigte sich die rechte Szene selbstbewusst. Der damalige Berliner NPD-Vorsitzende Sebastian Schmidtke bekundete im Interview mit dem ZDF seine Sympathie für die Tat: „Für die Region vor Ort ist es natürlich erst mal ein Erfolg. Für Brandenburg selber trotzdem nicht, weil sie [die Geflüchteten, Anm. d. R.] natürlich in anderen Heimen untergebracht werden.“

Mit prozessökonomischen Gründen gegen §129

Bei den polizeilichen Ermittlungen stand zunächst der Verdacht der „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ im Raum. Die in diesem Fall zuständige Bundesanwaltschaft wies diesen Vorwurf jedoch bald zurück. Im Prozess ging es nur noch um den Vorwurf der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“, deren Anführer Maik Schneider gewesen sein sollte. Für Erstaunen sorgte die Potsdamer Staatsanwaltschaft, als sie zu Beginn des sechsten Prozesstages verkündete, diesen Anklagepunkt zurückzuziehen. Die erneute Herabstufung begründete sie mit prozessökonomischen Gründen. So sei nicht auszuschließen, dass es sich um eine kriminelle Vereinigung handele, das nachzuweisen sei aber schwierig und würde den Prozess unverhältnismäßig verlängern, so die Argumentation. Eine Struktur bestand neben persönlichen Bekanntschaften und wiederholten Treffen vor allem über eine Whats-App-Gruppe names „Heimat im Herzen“. Für das Strafmaß der beiden Brandstifter Schneider und Wilsky ist dieser Anklagepunkt tatsächlich nicht entscheidend, wohl aber für die anderen vier Angeklagten. Die Neonaziszene feierte diese Entscheidung erwartungsgemäß. Die Neuköllner NPD, deren neuer Kreisvorsitzender Jens Irrgang den Prozess regelmäßig besuchte, schrieb von einem „Wendepunkt gegen die linke Lügenpresse“.

„Wer Feuer macht, will dass es brennt.“

Der Prozessverlauf hielt weitere Überraschungen bereit. Bereits der erste Verhandlungstag hatte es in sich. Alle Angeklagten zeigten sich aussagewillig und belasteten sich selbst und ihre Mitangeklagten schwer. Vor allem die Performance des Hauptangeklagten Schneider sorgte für fassungsloses Kopfschütteln. Nach einer angeblich schlaflosen Nacht wollte er unbedingt noch am ersten Tag aussagen. Neben dem Geständnis der Brandstiftung, stellte er selbst eine Unzahl von Beweisanträgen während sein Pflichtverteidiger neben ihm kaum zu Wort kam. Immer wieder meldete sich der NPDler um das Prozessgeschehen selbst kommentieren zu können und gab Gericht



Foto: Presseservice Rathenow

Dennis Wilsky (links) und der ehemalige NPD-Funktionär Maik Schneider (rechts) bei einer AfD-Demonstration am 7. November 2015 in Berlin.

und Staatsanwaltschaft zu guter Letzt noch Buchempfehlungen mit auf den Weg. Nach dem Jahreswechsel wartete Schneider mir einem weiteren Verteidiger auf, dem Berliner Anwalt Ulli Boldt. In den 1990er Jahren war dieser selbst Teil der organisierten Neonazi-Szene und machte jüngst als Rechtsbeistand von Horst Mahler von sich reden (Vgl. AIB 61 und AIB 109). Umso überraschender fiel Boldts Schlussplädoyer aus. Dieser forderte eine doppelt so lange Haftstrafe für Schneider, wie dessen Pflichtverteidiger. Die Brandstiftung kommentierte er mit den Worten „Wer Feuer macht, will dass es brennt" und räumte ein, dass die politische Motivation der Tat strafverschärfend wirken müsse.

Unpolitische Selbstjustiz

Die politische Motivation der Taten wurde vom Gericht fast ausnahmslos erkannt. Wo sich die Taten gegen Geflüchtete und gegen politische Gegner_innen richteten war diese offensichtlich. Die Kategorisierung der Taten als „fremdenfeindlich ist jedoch unzureichend, da sie verwischt, worum es im Kern geht: Rassismus. In der Urteilsverkündung ging der Richter explizit auf die sogenannte Generalprävention ein. So sollen andere, die sich möglicherweise bemüßigt sehen ähnliche Taten zu begehen, durch das harte Urteil abgeschreckt werden. Lediglich die Autobrandstiftung vom 17. Mai 2015 scheint laut mündlicher Urteilsverkündung keine politische Dimension zu haben. Damals wurde die Polizei in ein Nauener Wohngebiet gerufen, da ein Mann dort Kinder anspreche. Wohnung und Fahrzeug der verdächtigten Person wurden durchsucht. Währenddessen sammelten sich vor Ort aufgebrachte Anwohner_innen. Im Laufe des Abends wurden zunächst die Scheiben des Autos eingeschlagen. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass diese Tat durch Schneider ausgeführt wurde. Wenig später, zündete Dennis Wilsky das Auto an, nicht ohne zuvor peinlich genau darauf zu achten, dass andere Anwohner_innen ihre Autos sicherheitshalber umparkten. Es ist davon auszugehen, dass die seit Jahren im Neonazispektrum gefahrene Kampagne „Todesstrafe für Kinderschänder" den Tätern bekannt war und sie zu diesem Akt der Selbstjustiz ermutigt hat.

Neonazis, die keine sein wollen

Ausschlaggebend für die milde Bestrafung der anderen Angeklagten war neben umfänglichen Geständnissen die Tatsache, dass Christian B., Christopher L., und Sebastian F. sich im Prozess von der rechten Szene distanzierten. Einzig der bereits 2005 wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (Freikorps Havelland) verurteilte Thomas Frank E., distanzierte sich nicht. Die Tatsache, dass dessen Vergangenheit überhaupt bekannt wurde, ist der Recherche von NSU-Watch Brandenburg zu verdanken. Im Prozess kam die neonazistische Gesinnung der Täter kaum zur Sprache. Inwiefern die Distanzierungen mehr als bloße Prozessstrategie gewesen sind, bleibt abzuwarten. Die NPD konnte sich nicht auf eine einheitliche Position zu Schneider einigen. Hochrangige ParteivertreterInnen ließen sich im Gerichtssaal nicht blicken. Der NPD-Landesverband Brandenburg gab im Februar bekannt, dass Schneider nicht mehr Parteimitglied sei. Bislang führt die Homepage der Partei Schneider jedoch weiterhin als kommunalen Mandatsträger.

Das Problem bleibt

Das Urteil kann antifaschistisches Engagement in der Region nicht ersetzen. Weiterhin ungeklärt bleibt die Rolle anderer Neonaziorganisationen wie der „Freien Kräfte Neuruppin-Osthavelland", die ebenfalls in Nauen aktiv sind. Für eine Reihe von Straftaten wie Aufrufe zu Straftaten, Sachbeschädigungen und eine Brandstiftung an einem PKW von Mitgliedern der Partei DIE LINKE konnten bislang niemand zur Verantwortung gezogen werden. Die Detonation einer Zylinderbombe vor einem Nauener Supermarkt war zwar Teil der Anklageschrift, konnte aber ebenfalls nicht aufgeklärt werden. Die Existenz rassistischer Einstellungsmuster vor Ort, sowie der vielen SympathisantInnen, die sich über die Taten der Angeklagten insgeheim freuten, muss weiterhin thematisiert werden. Vor Gericht war immer wieder zu hören, dass in der Stadt eigentlich niemand traurig über den Brand war. •

Eine ausführliche Pressesammlung und Chronologie der Ereignisse findet sich auf inforiot.de

NS-SZENE

2012 hat der Neonazi-Liedermacher Frank Rennicke ein ehemaliges Schulgebäude im Landkreis Hof bezogen. Heute nutzt er die Immobilie für politische Veranstaltungen und hat dort ein eigenes Tonstudio eingerichtet. Die Behörden bagatellisieren die Bedeutung des Objekts.

Frank Rennickes rechter Raum

JOHANNES HARTL

Die Nachricht kam einigermaßen überraschend. Im August 2012 gaben die Sicherheitsbehörden bekannt, dass eine Frau mit Kontakten in die neonazistische Szene eine Immobilie im Landkreis Hof erworben hat. Das 3.500 Quadratmeter große Grundstück im Ortsteil Unterhartmannsreuth der oberfränkischen Gemeinde Feilitzsch beherbergte früher eine Dorfschule und wurde von Miriam H. gekauft, einer ehemaligen Landtagskandidaten der NPD in Schleswig-Holstein. Sie bewohnt das abgelegene Haus seitdem gemeinsam mit dem bekannten neonazistischen Liedermacher Frank Rennicke, ihrem damaligen Freund und heutigen Ehepartner.

Der Kauf löste in der Region schnell Besorgnis aus. Oberfranken hatte zu jenem Zeitpunkt bereits mit einer bedeutenden Szenen-Immobilie zu kämpfen — dem Treffpunkt „Oberprex 47", keine 30 Kilometer von der Immobilie in Unterhartmannsreuth entfernt. Der ehemalige Gasthof diente dem verbotenem Neonazi-Netzwerk „Freies Netz Süd" (FNS) als Treffpunkt, seit die Mutter des Aktivisten Tony Gentsch ihn 2010 gekauft hat. Dessen Kader veranstalten dort alleine im Zeitraum von Juni 2010 bis Februar 2014 44 verschiedene Veranstaltungen, darunter Events von überregionaler Bedeutung wie den „III. Tag der Deutsch-Böhmischen Freundschaft".

Antifaschisten vor Ort befürchteten angesichts dieser Umtriebe, dass ein weiteres neonazistisches Objekt die Situation zusätzlich verschärfen könnte. Und tatsächlich waren ihre Bedenken nicht unbegründet: Rennicke ist eine einflussreiche Figur innerhalb der extremen Rechten. Er ist durch seine Auftritte gut vernetzt, hat Kontakte zu den verschiedenen Spektren der Szene und gilt gemeinhin als respektierte Figur. Außerdem hat er schon in der Vergangenheit Immobilien für politische Aktionen zur Verfügung gestellt, was den Sorgen neue Nahrung lieferte. So wurde am 1. September 2007 ein Zeltlager der „Heimattreuen Deutschen Jugend" (HDJ) auf seinem früheren Grundstück im mittelfränkischen Schillingsfürst durchgeführt[1].

Vier Jahre später haben sich diese Sorgen im Wesentlichen als begründet erwiesen. Nach einer anfänglichen Ruhephase wird das Objekt inzwischen regelmäßig für die Durchführung von politischen Veranstaltungen genutzt, wobei es in der Einschätzung erhebliche Differenzen zwischen Behörden und regionalen Beobachtern gibt. Die Sicherheitsbehörden stufen Rennickes Haus als Objekt ein, das „überwiegend zu Wohnzwecken" genutzt werde. Das geht aus einer parlamentarischen Anfrage hervor, die der SPD-Landtagsabgeordnete Florian Ritter an Bayerns Innenministerium gestellt hat[2]. Demnach sind der Staatsregierung neun Treffen bekannt, zu denen Rennicke eingeladen hat. Sie haben zwischen März 2014 und April 2016 stattgefunden.

Dazu zählen eine Rechtsschulung am 8. März 2014, ein Treffen an Hitlers Geburtstag am 20. April 2014, eine Grillfeier am 30. August 2014, ein Vortrags- und Liederabend am 24. Oktober 2014 sowie zwei Veranstaltungen mit der GIDA-Bewegung, die am 5. März 2016 und am 1. April 2016 abgehalten wurden. Die letzte der genannten Veranstaltungen diente als „Vernetzungstreffen" verschiedener PEGIDA-Ableger, das von der „Thügida"-Bewegung organisiert wurde. Rennicke stellte ihnen für diese Veranstaltung sein Grundstück zur Verfügung und unterstützte die rassistische Organisation bei ihren Aktionen in seiner Funktion als Liedermacher. Daneben bot Rennicke der „Europäischen Aktion", einer Vereinigung von Holocaustleugnern, am 6. November 2015 eine Plattform für einen Vortragstermin mit geschätzt 20 Teilnehmern.

Deshalb kommen zivilgesellschaftliche Initiativen zu einer anderen Bewertung, was die Bedeutung der Rennicke-Immobilie anbelangt. Sie beobachteten seit dem Erwerb „etliche Feste und Veranstaltungen", die ihrer Einschätzung zufolge nicht als „unpolitische Aktionen" zu bewerten sind. Nach deren Schätzung findet pro Vierteljahr ein größeres Treffen statt, das zum Teil pro-



Der Neonazibarde Frank Rennicke singt bei der NPD.

minente Gäste von weiter entfernten Orten anzieht, sagte Nanne Wienands von der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg dem „blick nach rechts[3]" im August 2016.

An einer dieser Veranstaltungen hat auch Tony Gentsch teilgenommen, seines Zeichens eine führende Figur der militanten oberfränkischen Neonazi-Szene. Er war im März 2014 Teilnehmer einer Schulung, die auf Rennickes Grundstück abgehalten wurde. Gentsch war bis zu dessen Verbot im Juli 2014 eine Führungsfigur des FNS und bewohnte nach seiner Haftentlassung die Immobilie Oberprex 47, dann wechselte er nach der Auflösung des Netzwerks zur neuen Neonazi-Partei „Der III. Weg"[4]. Dort ist er seither als treibende Kraft bei deren Expansionsbestrebungen aktiv. Heute lebt er im sächsischen Plauen und ist in der Vogtlandregion umtriebig, nachdem er durch das „Vereinsverbot" seinen bisherigen Wohnsitz im Landkreis Hof verloren hat.

Rennicke hat unterdessen weitere Schritte unternommen, um sein Haus dezidiert für politische Zwecke zu nutzen. So hat er im vergangenen Jahr ein Gewerbe angemeldet, das auf die Adresse in Unterhartmannsreuth eingetragen ist. Dabei handelt es sich um ein Tonstudio mit Vertrieb, das ihm eine „eigene Tonproduktion" ermöglicht. Es soll offenbar vorwiegend der „Medienerstellung" dienen und gleichzeitig als „Versandhandel von Medien" verwendet werden. Trotz dieser gezielten Nutzung und der Durchführung von Veranstaltungen unterscheidet sich die Immobilie jedoch erheblich von Oberprex 47, was das Ziel der Aktionen betrifft.

Im Gegensatz zur Immobilie in Oberprex zielt Rennicke beispielsweise überhaupt nicht auf öffentliche Veranstaltungen, wie das beim FNS der Fall war. Seine Termine sind meistens konspirativ organisiert, richten sich ausschließlich an die Szene und werden gegenüber Außenstehenden abgeschirmt. Zudem bleiben im Nachgang Berichte über die abgehaltenen Aktionen weitgehend aus. Beobachter vermuten vor dem Hintergrund, dass Rennickes Objekt vor allem für organisatorische Angelegenheiten genutzt wird. „Hier werden Veranstaltungen geplant, Strategien entwickelt und Ideen geboren", erklärte Nanne Wienands im Vorjahr.

Für diesen Zweck ist die Immobilie bei einer genauen Betrachtung der bisherigen Verwendung und der Geographie aus mehreren Gründen das ideale Objekt. Zum einen ermöglicht sie wegen ihrer strategisch günstigen im Dreiländereck Bayern/Sachsen/Thüringen problemlos die Durchführung von länderübergreifenden Aktionen, die einen direkten Austausch sowie die Planung kooperativer Events wesentlich erleichtert. Veranstaltungen wie das Vernetzungstreffen mit „Thügida" zeigen, dass die extreme Rechte um das Potenzial des Hauses weiß und es zu nutzen versteht. Zum anderen ist das einstige Schulgebäude perfekt geeignet, um konspirative Aktionen abzuhalten. Durch die abgelege Lage in dem 196-Einwohner-Dorf und durch das weitläufige Areal müssen die TeilnehmerInnen keine Störungen befürchten, die ihre Termine beeinträchtigen würden.

So ist in den letzten Jahren ein Objekt entstanden, das die ungestörte Durchführung von neonazistischen Veranstaltungen ermöglicht und der Szene einen sicheren Rückzugsraum bietet. Gerade im Hinblick auf die regelmäßigen Treffen, die Anmeldung eines eigenen Gewerbes und die einflussreiche Position Rennickes in der Szene sollten dessen Umtriebe künftig besser im Fokus der Öffentlichkeit stehen. Denn auch wenn er das Haus offiziell hauptsächlich als Wohnort nutzt, lässt sich die Bedeutung der Immobilie für seine politischen Aktivitäten kaum leugnen. •

1 www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP15/Drucksachen/Schriftliche%20Anfragen/15_0009165.pdf **2** Die Anfrage von Ritter wurde bislang noch nicht veröffentlicht, liegt dem Antifaschisten Infoblatt jedoch vor. **3** www.bnr.de/artikel/hintergrund/brauner-treffpunkt-im-vogtland **4** Vgl. »Der III. Weg«, AIB 108

NS-SZENE

Bis Juli letzten Jahres verdichteten sich die Hinweise, dass der Neonazi-Kameradschaft „Voice of Anger" (VoA) ein neues Clubhaus zur Verfügung steht. Eine spontane antifaschistische Kundgebung am 7. Juli erwischte die Neonazis dort, als sie sich ein Spiel der National-Elf anschauten – was den Verdacht bestätigte.

Das Clubhaus von „Voice of Anger"

SEBASTIAN LIPP

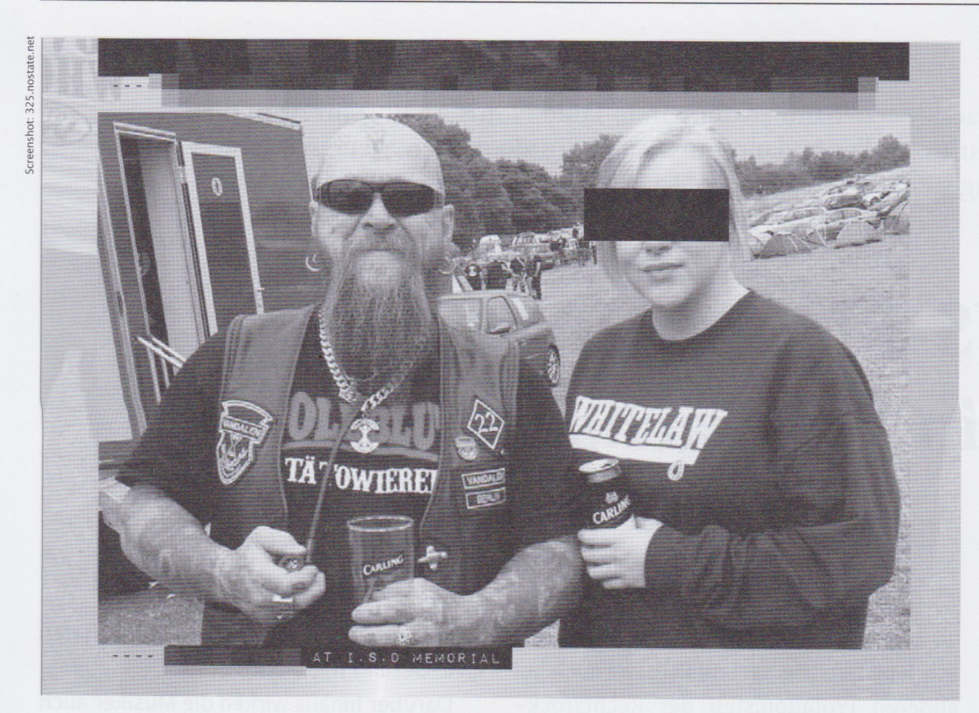
Die Neonazis hatten, wie weitere Recherchen zeigten, bereits im Februar die ehemalige „Schänke" einer Kleingartenanlage bei Memmingen im bayerisch-schwäbischen Allgäu gekauft. Trotzdem Behörden die Eintragung ins Grundbuch — und damit die Übertragung des Eigentums — bislang verhindern, konnten „Voice of Anger" das einjährige Bestehen des neuen Clubhauses feiern.

Seit ihrer Gründung kämpfen die Neonazis von „Voice of Anger" um ein eigenes Clubhaus — bisher konnten sie keines halten. Bis Ende 2011 nutzten sie ein Gebäude in Tannheim im Landkreis Biberach und bis Mai 2012 eins in Weitnau im Landkreis. „Voice of Anger" gelang nun der Kauf eines Gebäudes in Buxach-Hart an der Talstraße, wie Recherchen des Störungsmelder von ZEIT ONLINE am 12. Juli 2016 aufdeckten. Glaubt man dem bayerischen Verfassungsschutz, stehen „gemeinsame Freizeitgestaltung" und Konzertbesuche im Mittelpunkt der Aktivitäten der Vereinigung. Tatsächlich stellt dies eine Verharmlosung der immerhin größten Neonazi-Skinhead-Gruppe Bayerns dar. Auf dem vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz (BfV) mitverantworteten Portal „Bayern gegen Rechtsextremismus" heißt es zur 2002 gegründeten Kameradschaft „Voice of Anger", sie sei „entgegen der sonst rückläufigen Entwicklung in Bayern die größte noch aktive Skinheadgruppierung" mit etwa 80 Mitgliedern, ohne auf das sympathisierende Umfeld der Neonazis einzugehen, das nocheinmal so groß sein dürfte. Geht man von den Zahlen des Verfassungsschutz aus, stellt „Voice of Anger" bereits mehr als die gesamte Personenstärke der bayerisch-schwäbischen Neonaziszene, die das LfV Bayern mit 60 angibt. Der württembergische Verfassungsschutz weigert sich, Auskünfte zur Gruppe zu geben und verweist auf die bayerischen Kollegen. Die Mitglieder der Kameradschaft konzentrieren sich im Raum Memmingen und Kempten. Dokumentiert ist aber eine räumliche Ausdehung der Gruppe vom Bodensee bis in die Landkreise Neu-Ulm und Ostallgäu.

Das Gebäude in Buxach-Hart wurde früher als „Gartenschänke" des anliegenden Kleingartenvereins genutzt. Am 11. Februar 2016 schloss Boris G. einen Kaufvertrag mit der bisherigen Eigentümerin und wurde eine Woche später im Grundbuch vorgemerkt. Am Folgetag erteilte die Stadt Memmingen ihre Zustimmung. Markus W. beantragte eine Ausschanklizenz für das designierte Neonazi-Lokal. Der geplante Eigentümerwechsel blieb aber nicht unbemerkt: Antifaschist_innen machten am 7. Juli mit einer Kundgebung „Kein Raum für Nazis" vor Ort darauf aufmerksam, dass nun Neonazis die ehemalige „Gartenschänke" betreiben wollen. Außerdem widerrief die Stadt die wegen einer entsprechenden Grundbucheintragung notwendige Zustimmung, wodurch vorerst die endgültige rechtswirksame Übertragung durch das Grundbuchamt verhindert werden konnte. Auch die Ausschanklizenz wird einstweilen nicht erteilt.

Der Käufer Boris G. legte Beschwerde dagegen ein, dass der Eintrag ins Grundbuch nicht vollzogen wurde. Das Oberlandesgericht München, das darüber entscheiden musste, vertritt die Ansicht, der „fristgerecht erklärte Widerruf hebt die zuvor wirksam erklärte Zustimmung auf und führt zu deren Erlöschen". Entsprechend wies das Gericht die Beschwerde des 32-jährigen zurück. Damit würde die Veräußerung unwirksam und die Stadt könnte ihr Vorkaufsrecht ausüben. Allerdings hat G. dagegen Rechtsbeschwerde durch seinen Rechtsanwalt Alexander Heinig einlegen lassen. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe muss nun entscheiden, ob der Neonazigruppe das Haus gehört oder nicht.

Trotz des unklaren Eigentumsverhältnisses ist „Voice of Anger" dabei, in der „Gartenschänke" mit internationaler Vernetzung und Konzertveranstaltungen Fakten zu schaffen. Am 12. November 2016 etwa trafen sich bis zu 50 Neonazis in dem Clubhaus zu einem „Balladenabend" mit dem kanadischen Neonazi David Allan Surette alias „Griffin". Surette gründete 1992



Screenshot: 325.nostate.net

Der in Deutschland lebende kanadische Neonazi David Allen Surette („Griffin Surette") posiert auf einem Ian Stuart-Memorial-Konzert.

in Kanada die Band „Aryan", mit der er einen religiösen Rassismus besang, wie er auch vom „Ku-Klux-Klan" oder „Aryan Nations" gepredigt wird. Das erste Album erschien bei „Resistance Records", dem Label des Frontmannes der Band „Rahowa". Der Name steht für „Racial Holy War", also „Heiliger Rassenkrieg". Noch immer tritt „Griffin" mit seiner inzwischen in „Stonehammer" umbenannten Band oder Solo mit Dudelsack auf. Griffin hat gute Kontakte zum in Deutschland verbotenen „Blood and Honour"-Netzwerk (B&H) und ist Mitglied der „Vandalen", einer Berliner Neonazi-Combo mit Rocker-Habitus wie „Voice of Anger". Die Vandalen nennen sich auch „ariogermanische Kampfgemeinschaft" und offenbaren damit sowohl ihre Ideologie als auch ihre Gewaltbereitschaft.

Auch „Faustrecht", eine lokale Rechts-Rock-Band, war unter den Besuchern des „Balladenabend" vertreten. Die Band tritt regelmäßig international auf „Blood and Honour"-Konzerten auf. Der Mindelheimer Sänger „Nogge" soll „seit vielen Jahren regen Kontakt" mit dem kürzlich verstorbenen Hammerskin und V-Mann Roland Sokol betrieben haben. Dieser sprach selbst von Faustrecht als „meine Freunde". Einige der in der Neonazi-Szene sehr bekannten Tonträger werden vom — ebenfalls im selben Landkreis ansässigen — Label „Oldschool Records" produziert und vertrieben, dessen Betreiber Benjamin Einsiedler wiederum als Führungsfigur von „Voice of Anger" gilt.

Bei einer Durchsuchung in den Geschäfts- und Produktionsräumen von „Oldschool Records" und dem Privathaus des Betreibers Einsiedler im Mai 2014 stellte die Polizei über 900 einschlägige Verkäufe fest, nachdem das Verfahren bereits 2012 (!) durch eine Anzeige wegen eines Pullovers mit SS-Totenkopf im Shop des Neonazi-Labels angestoßen wurde. Für den Verkauf der Tonträger mit gewaltverherrlichendem, neofaschistischem Inhalt musste sich der rechte Plattenproduzent dann 2016 mehrere Monate lang vor dem Amtsgericht Memmingen verantworten. Bei 88 der sichergestellten Produktionen erkannte die Staatsanwaltschaft einen volksverhetzenden, Gewalt- und Straftaten billigenden, das Naziregime verherrlichenden oder sonstigen bei Verbreitung strafbaren Inhalt. In manchen der Machwerke wird zum Mord an Juden, Kommunisten oder Schwulen aufgerufen. Teilweise werden verbotene Kennzeichen von Naziorganisationen dargestellt.

Einige der Vorwürfe wurden fallen gelassen. Gegen das äußerst milde Urteil — 4.800 Euro (120 Tagessätze) Strafe und ein Bußgeld wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz — ging Einsiedlers Rechtsanwalt, dem es zuvor gelang die Staatsanwaltschaft wegen ihrer schlechten Vorbereitung vorzuführen, in Berufung.

Einsiedlers Anwalt ist übrigens der selbe, der auch Boris G. in dem Grundbuchstreit um das Clubhaus vertritt. Der Stuttgarter Rechtsanwalt Alexander Heinig kennt sich aus mit Rechtsrock. Er gilt als Szeneanwalt und half Anfang der 1990er Jahre bei der inzwischen aufgelösten Band „Noie Werte" seines heutigen Rechtsanwaltskollegen Steffen Hammer aus. In einem Bericht von Frank Buchmeier und Thomas Kuban heißt es: „Hammer gilt als ein Star der europäischen Rechtsrockszene, Heinig als B-Promi. Auf Videos sieht man ihn in Flecktarnhose mit Bierflasche in der Hand bei einem Grillfest von Neonazis (Kreuzritter für Deutschland) in Waiblingen oder bei einem Rechtsrockkonzert am gleichen Ort. Alexander Heinig steht hinten auf der Bühne und grölt: ‚Nigger, Nigger, out, out . . .'" Benjamin Einsiedler vertreibt als „Oldschool Records" mehrere CDs von Heinigs inaktiver Band „Ultima Ratio".

„Voice of Anger" ist gerade dabei, mit ihrem neuen Clubhaus, der ehemaligen „Gartenschänke" in Hart bei Memmingen, Fakten zu schaffen. Es ist zwar noch nicht endgültig entschieden, ob der Eigentümerwechsel schließlich trägt, aber die Entscheidung des Oberlandesgericht in München gilt in Memminger Behördenkreisen als umstritten und „wackelig". Eine bitter nötige antifaschistische Intervention wie nach bekanntwerden des Kaufes zeichnet sich ebenfalls nicht ab. Falls dieser gelingt, kann die Allgäuer Neonazi-Szene, zusätzlich zum Geschäft mit Produktion und Vertrieb von Neonazi-Musik, in der Region auch wieder Konzerte organisieren, ungemein erstarken — und einen Treffpunkt für das internationale „Blood and Honour"-Netzwerk etablieren. •

NS-SZENE

Wenn die französische NS-Black-Metal-Band „Kommando Peste Noire“ (KPN) im April dieses Jahres im sächsischen Zwickau auftreten kann, dann nur weil der ostdeutschen Szene seit Jahren eine Infrastruktur zur Verfügung steht, die man anderswo selten so ausgeprägt vorfinden wird.

Die NS-Black-Metal-Szene in Westsachsen

„...gleich wie zu Hause gefühlt“
So endete der Satz eines Artikels des Autors „A.“ im Neonazi-Heft „The Aryan Law & Order“ aus dem Jahr 2000. „A.“ ist vermutlich die Abkürzung für André Eminger, der zusammen mit seinem Bruder Maik Eminger dieses Sprachrohr der „Weißen Bruderschaft Erzgebirge“ veröffentlichte. Der Autor dieses Erzeugnisses war dem Bericht zu Folge das erste Mal auf einem Metal-Konzert in Langenbernsdorf bei Zwickau. Dass es sich dabei nicht um irgendein gewöhnliches Konzert handelte, wird bei der Aufzählung der einschlägigen Bands klar. Neben „Luror“, „Totenburg“, „Magog“ und „Eternity“ befand der Autor besonders die Band „Heldentum“ löblich.

Es war bereits das zweite Konzert der Reihe „Peststurm über Germanien“. Dass sich der Autor heimisch fühlte, lag an den Veranstaltern, die sich durch eine angebrachte Flagge der „Deutschen Heidnischen Front“ — gegründet von Hendrik Möbus — zu erkennen gaben. Statt des Hakenkreuzes prangt die Lebensrune in der Mitte der der Hitlerjugend ähnelnden Fahne. Einer entsprechenden Jugendorganisation — der „White Youth“ — gehörte auch Jens „Asemit“ Fröhlich an. Die Vermutung liegt nahe, dass er jener „Jens“ ist, dem der Autor A. für die Bilder des Abends dankte. Nur zwei Wochen vor dem Konzert war „Blood & Honour Deutschland“ (B&H) samt ihrer Jugendorganisation „White Youth“ verboten worden.

National Socialist Black Metal (NSBM), oft als „reinste Form arischer Klangkunst“ beschrieben, führte bei Fröhlich, wie auch bei anderen Protagonisten der Rechtsrock-Szene mindestens zu einer Neuorientierung. Seine Band „Oigenik“ verabschiedete sich früh von der rechten Skinead-Szene um als „Eugenik“ im NSBM aufzutauchen. Ähnlich verhielt es sich bei den RechtsRockern „14 Nothelfer“ aus Pirna, deren NSBM-Projekt „Magog“ den Schlachtruf „Tötet für Wotan“ prägte. Auch der bei Zwickau wohnende Paul Morgenstern genießt Einblicke in mehrere Subkulturen der extremen Rechten: als Bandmitglied bei „Leichenzug“ und „Camulos“ im NSBM, als Gitarrist bei „Blitzkrieg“ im RechtsRock und als Schlagzeuger bei „Brainwash“ im NS-Hardcore. Der deutsche NSBM entstand demnach nicht hauptsächlich aus einer sich radikalisierenden Black Metal Szene, sondern ist besonders in den neuen Bundesländern im B&H-Umfeld entstanden. Sicherlich gab es eine klassische Black Metal-Szene um Bands wie „Absurd“, die eine Ausrichtung hin zum NS forcierten, doch wäre diese ohne die Hilfe von Organisationen wie B&H oder das „Hammerskin“-Netzwerk so erfolgreich gewesen?

Das Konzert 2000 verdeutlicht, wie engmaschig die NSBM-Szene gewoben wurde. Sowohl Sven Zimper von „Luror“, als auch Ronald Möbus von „Heldentum“- der Bruder von Hendrik Möbus (Vgl. AIB Nr. 105) — sind aktive Mitglieder bei „Absurd“. Auch Denis Schoner — bekannt als Schlagzeuger von „Totenburg“ wirkte bei der Band aus Thüringen, während sich Jens Fröhlich den Live-Gesang mit Möbus teilte.

Darüber hinaus wirken die Musiker auch innerhalb der Vertriebsstruktur des NSBM: Sven Zimper bei „World Terror Committee Productions“, Jens Fröhlich bei „Ewiges Eis-Records“, Denis Schoner hinter „Hammerbund“ und Paul Morgenstern bei „Blasphemous Terror Records“. In einem Radius von nicht einmal 100 Kilometern finden sich zwischen Leipzig, Zwickau und Gera Deutschlands einflussreichste Vertriebe für NSBM-Produktionen. Sechs an der Zahl, ausgeschlossen „WTC-Productions“ aus Sachsen-Anhalt und Hendrik Möbus‘ „Darker Than Black-Records“ aus Berlin.

Den Weg geebnet
In Anbetracht dessen drängt sich die Frage auf, ob die Region ebenfalls eine Fülle an Veranstaltungsorten bietet. Ähnlich dem RechtsRock-Milieu wird sich größtenteils abgelegener Objekte bedient. Die Szene setzt auf eine Art „Schnitzeljagd“, wo der Konzertbesucher über Schleusungspunkte zum eigentlichen Ort findet.

Außerhalb dieser Praxis kann und konnte die NSBM-Szene auch auf Treffpunkte lokaler Metaller zurückgreifen.

Im sächsischen Annaberg-Buchholz konnten bis 2009 mehrheitlich unpolitische Szenegrößen im „Asgard Pub“ auftreten. Die personellen Überschneidungen der Szene im Erzgebirge öffnete aber auch dem harten Kern des NSBM die Tür. Die aus dem benachbarten Schneeberg stammende

Band „Nachtfalke" um Tino Mothes dürfte der Schlüssel für diese Nutzung gewesen sein. Mothes war in den 1990er Jahren bereits Teil der Band „Totenburg" und scharte mit „Nachtfalke" Musiker aus der Region um sich, die eher im unpolitischen Black Metal zu Hause sind. Die Bands „Dies Ater", „Andras", „Eminenz" und „Krater" müssen in diesem Kontext genannt werden, denn Neonazis wie Tino Mothes und Andreas Schwach — ehemals Sänger der Band „T.H.O.R." — wirkten in diesem Umfeld maßgeblich mit.
Vergleichbar war die Situation im nahen Elterlein. Bis zur Schließung 2007 fanden in den Räumen des „Hagalaz e.V." unregelmäßig Konzerte mit NSBM-Bands wie „Magog" oder „Thunderbolt" statt. Laut einem Metal-Forum seien die Musiker der Zwickauer Band „Aeveron" in die Struktur des Clubs eingebunden gewesen, wodurch Neonazis wie Paul Morgenstern — der bei „Aeveron" bis 2016 am Schlagzeug saß — direkten Umgang mit den Betreibern gehabt haben dürfte. Abgesehen davon war Stev Lippold Vereinsvorsitzender des „Hagalaz e.V.".

Dieser hatte 2009 das „Gleis 3" in Annaberg-Buchholz mitgegründet, in dem mehrheitlich NSBM-Konzerte veranstaltet wurden. Lippolds Mitstreiter, Björn Eichhorn, veranstaltete mit „Mephistopheles Concerts" schon zuvor das „Fireblade Force Festival" in Lichtenstein. Ab 2007 drei Mal in Folge bot er den rund 1000 BesucherInnen NSBM-Bands wie „Nachtfalke", „Satanic Warmaster" und „Leichenzug" . Wie weit das Festival von der Szene für die Szene organisiert wurde, verdeutlicht auch eine Beobachtung vor Ort. Ein Festivalbesucher habe demnach 2007 unter den (rechten) Hooligans, die anscheinend als Teil der Security eingesetzt waren, die Personen André Eminger, die Brüder Kay Richter und Jörg Richter — Mitglieder der RechtsRock-Band „Blitzkrieg" — sowie das ehemalige B&H-Sachsen-Mitglied Andreas Graupner erkannt.

Dass Konzertveranstalter Eichhorn seit drei Jahren in der NSBM-Band „Stahlfront" mitspielt, lässt die Beteiligung von Neonazis an dem Festival nicht sonderlich verwunderlich wirken.


Screenshot facebook

Der Sänger der Band „Kommando Peste Noire" Ludovic Faure (1.v.l.) und das Mitglied der Bands „Absurd" und „Grand Belials Key" Sven Zimper (2.v.l.) posieren zusammen mit Musikern der finnischen Band „Horna" im Internet.

Ausblick

Der für den 15. April diesen Jahres angekündigte Auftritt von „Kommando Peste Noire" (KPN) im Zwickauer Club Seilerstraße erscheint demnach folgerichtig. Die Zwickauer Konzertreihe „Hell Unleashed" bietet schließlich seit Jahren Bands wie „Infernal War", „Arkona" und „Sekhmet" eine Bühne. Einzig die Tatsache, dass dies der erste Auftritt von KPN in Deutschland wäre, macht das Konzert im April brisant. In rechten Internet-Foren ist man sich jedoch sicher, dass die französische Band um Sänger Ludovic „Famine" Faure auftreten kann, „da da Leute mit Arsch in der Hose als Konzertveranstalter an Deck sind", wie ein Nutzer wissen will.

KPN passt nur zu gut in die Szene Westsachsens, denn ähnlich dem Line-Up ostdeutscher NSBM-Bands besteht die Band zur Hälfte aus Musikern der französischen RechtsRock-Szene. Ob sie in Zwickau, wie bei ihrem letzten Auftritt in Frankreich, die Menge mit dem Slogan „Antifa Hurensöhne" aufwärmen wird, bleibt abzuwarten. Extrem rechte Bekenntnisse dürfte das deutsche Publikum hingegen größtenteils wohlwollend auffassen. Spätestens seit KPNs Auftritt im Dezember 2016 in Kiew, organisiert von der dem ultra-nationalistischem bis faschistischem Freiwilligen-Bataillon „AZOW" nahestehenden „Militant Zone", herrscht klare Kante. Das Anstimmen der Hymne der extrem rechten „Action française", das covern eines bekannten „Absurd"-Stückes als auch die Einlage des Sängers von „Lemovice" zu einem von KPN intonierten Coversong dieser RechtsRock-Band, dürfte auch dem letzten Verfechter KPNs als „unpolitische Black Metal Band" die Argumente entrissen haben.

Und wenn es in Zwickau nicht klappt, so ist ein Plan B der Szene doch sehr gewiss.

Ob das Objekt „An der Galgenmühle" im 30 Kilometer entfernten Ronneburg zum Schauplatz wird, ist noch Spekulation. Fakt ist aber, dass sich dort jüngst ein Veranstaltungsort aufgetan hat, wo unter dem Label „Neuschwabenland Konzerte" seit Oktober 2016 einschlägige Bands wie „Stahlfront", „Camulos", „Blutsturm" und „Blessed in Sin" ungestört auftreten konnten. •

NS-SZENE

Deutsche Neonazis beim „Tag der Ehre" in Ungarn

MIKKEL HANSEN UND MARIAN RAMASWAMY

Am zweiten Februar-Wochenende, dem 11. Februar 2017, fand in Budapest der sogenannte „Tag der Ehre" statt — ein zentraler Termin im Kalender der europäischen militanten Rechten. An der „Gedenkfeier" und dem „Gedenkmarsch" nahmen auch zahlreiche Neonazis aus Deutschland teil. Hintergrund der Veranstaltung: Nachdem Einheiten der deutschen Wehrmacht, der Waffen-SS und ungarischer-faschistischer Kampfverbände von sowjetischen Truppen in Budapest eingeschlossen waren, starteten diese einen aussichtslosen Ausbruchsversuch, den der Großteil von ihnen nicht überlebte.

Veranstaltet wurde die traditionelle Neonazi-Kundgebung zur Verherrlichung deutscher und ungarischer Faschisteneinheiten hauptsächlich von den „Hammer Skins Hungária", den „64 Gespanschaften" (Hatvannégy Vármegye Ifjúsági Mozgalom, HVIM) und den „Skins4Skins Hungária". Aber auch die ungarische Sektion von „Blood & Honour", „die Geächteten" (Betyársereg), „Identitárius Egyetemisták Szövetsége" (Studentengruppierung) und die „Hungária Skins" beteiligten sich an der Organisation. Obwohl zwei der (mit)organisierenden Gruppen verboten sind, stand der Durchführung sowie die Verwendung derer Symbole und Insignien nichts entgegen. Für das „Heldengedenken" wählten die Organisatoren das Erste-Weltkriegs-Denkmal „WWI. Mountain Riflemen Memorial" als Kulisse.

Wenngleich das Monument nicht im historischen Kontext der Veranstaltung stand, dient es den ungarischen Neonazis als zentrales Symbol. Zu sehen u.a. der Antisemit, Antikommunist und bekennende Nationalsozialist Pál Prónay. Während des Ersten Weltkriegs erhielt dieser mehrfach die allerhöchste belobigende Anerkennung für Tapferkeit vor dem Feind. Nach dem Weltkrieg leitete er die mörderische paramilitärische Prónay-Einheit — Teil der Nationalarmee. Welche Bedeutung Prónay für die lokalen neofaschistischen Gruppierungen hat, belegte auch die Nutzung des Bildes des Denkmals als Cover einer im Jahr 2009 von der „B&H"-Ungarn herausgegebenen CD.

Internationale Beteiligung am „Heldengedenken"

Zahlreiche extrem Rechte reisten aus allen Teilen (Ost-)Europas in die ungarische Hauptstadt. Neben Vertretern der „Blood & Honour"-Divisionen aus Bulgarien und Griechenland zeigten Ableger der Hammerskins sowie Neonazis aus Italien, Polen, Rumänien, Tschechien, Österreich und Russland Präsenz. Aus Deutschland waren zwei Delegationen angereist: zum einen Mitglieder der Neonazi-Partei „Der III. Weg" und zum anderen Aktivisten der Hammerskins Mecklenburg-Vorpommern um den mehrfach vorbestraften Sven Krüger aus Jamel.

Unter den etwa 14 Mitgliedern der Kleinstpartei „Der III. Weg" befanden sich u.a. der Vorsitzende Klaus Armstroff, Julian Bender (Gebietsleiter West) und die ehemaligen Aktivisten des verbotenen Freien-Netz-Süd (FNS), Tony Gentsch und Matthias Fischer. Zudem waren die langjährige Neonazi-Aktivistin Tanja St.-W. und Thomas W. anwesend. Weiterhin nahm an der Kundgebung das ehemalige NPD-Kreistagsmitglied von Ludwigslust, Torgai Diether Klingebiel, teil.

Als Redner traten Steve Roda von der Division Blood & Honour Griechenland und ehemaliges Mitglied der Rechtsrockbands „Skrewdriver" und „White Damons", der Vizepräsident Incze Béla der HVIM, ein weiteres Mitglied der verbotenen ultra-rechten Jugendorganisation, der deutsche Neonazi Matthias Fischer, und der Leiter der Betyársereg, Tyirityán Zsolt auf. Fischer, der mit Gentsch mutmaßlich für die engen Beziehungen nach Ungarn verantwortlich ist, initiierte noch zu FNS-Zeiten den „Deutsch-Ungarischen Freundeskreis". Mehrfach war er bereits in Budapest als Redner aufgetreten. Mit völkischem Pathos erklärte der Ex-Kader der verbotenen „Fränkischen Aktionsfront" (FAF): „Blut hat dieser Boden hier tausendfach aufgezogen. Das schmiedet uns zusammen. Wir sind uns der Verantwortung unserer Altvorderen gegenüber und dem Erhalt unserer Völker bewusst. Und werden nicht länger Ruhen bis unsere Völker in Freiheit und einer sicheren Zukunft leben können."

NS-verherrlichende „Wanderung"

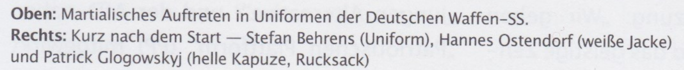
Weiterer Teil des Events war der „Marsch der Ehre", welcher im Anschluss an die Gedenkfeier stattfand. Den Teilnehmenden bietet der Marsch die Möglichkeit, den „heldenhaften" Ausbruchsversuch nachzuempfinden. Die öffentliche Zurschaustellung von verbotenen NS-Symboliken ist ein wesentlicher Bestandteil des neonazisti-



Foto: Marian Ramaswamy



Foto: Mikkel Hansen



Oben: Martialisches Auftreten in Uniformen der Deutschen Waffen-SS.
Rechts: Kurz nach dem Start — Stefan Behrens (Uniform), Hannes Ostendorf (weiße Jacke) und Patrick Glogowskyj (helle Kapuze, Rucksack)

schen Inhalts der Veranstaltung. Um ein mögliches Verbot beziehungsweise Strafen zu umgehen, genügte es, das Event als eine „historische Illustration" anzumelden. Den Veranstaltern der Aktionsgruppe Börzsöny nutzt demnach die Verwendung heutiger in Ungarn verbotener Symbole wie Hakenkreuz und SS-Runen als Nachweis für den historischen Kontext der Veranstaltung. Dementsprechend war es beispielsweise dem Mitglied der RechtsRock-Band „Kategorie C" (KC), Stefan Behrens möglich, die SS-Runen am Revers seiner Flecktarn-Uniform zu tragen. Mit ihm unterwegs der Frontsänger von KC Hannes Ostendorf. Vervollständigt wurde das Trio von Patrick Glogowskyj aus dem Umfeld der Rechtsrock-Band, der schon als Redner auf einer Anti-Flüchtlingsdemonstration auftrat. Kategorie C ist keine unbekannte Band in militanten Netzwerken. So spielten sie 2014 in Frankreich und Slowenien unter dem „Blood & Honour"-Banner.

An der ersten Simulation des „Ausbruchs" im Jahre 2009 nahmen rund 150 überwiegend lokale Rechte teil. Seither stieg die Anzahl der „Wanderer_innen" stetig (außer 2016). In diesem Jahr wuchs die Zahl erneut an: Insgesamt liefen über 2.200 Neonazis die drei verschiedenen Streckenlängen — Überwiegend Männer in militärischen Uniformen. Aber auch Kinder, Familien und Neonazis in Freizeitkleidung beteiligten sich und gaben dem Marsch einen regelrechten Volksfestcharakter.

Unter den mehr als 2.000 Teilnehmenden waren etliche weitere deutsche Neonazis. An der längsten Strecke von Budapest nach Szomor versuchte sich der „Gebietsleiter Süd" der Neonazi-Partei „Der III. Weg" Kai Andreas Zimmermann. Die 60 Kilometer lange Route ist für ihn nicht neu. Bereits in den vergangenen beiden Jahren nahm er am Marsch teil. Auf dem Weg nach Szomor müssen die Teilnehmenden zwölf Checkpoints durchlaufen und Stempel sammeln, um den symbolischen „Ausbruch" erfolgreich abzuschließen. Die kürzeste Strecke von 25 Kilometer lief u.a. der Sänger der Neonazi-Band „Preussenstolz", Patrick Danz.

Auch diverse sächsische Neonazis fuhren nach Budapest, u.a. David R. und David H.. Auch der Neonazi Sven Hagendorf aus Dresden war in Budapest. Der ehemalige NPD-Funktionär war einer der führenden Köpfe der Kameradschaft „Freie Kräfte Dresden". Daneben starteten auch die wegen Mordversuchs bzw. gefährlicher Körperverletzung langjährig Inhaftierten Sebastian Dahl und Oliver O. den Marsch. Oliver O., der auch Aktivist im Neonazi-Netzwerk „NW Berlin" war, soll am Angriff von etwa 250 Neonazis und rechten Hooligans auf den Leipziger Stadtteil Connewitz am 11. Januar 2016 beteiligt gewesen sein.

Rechtsrock und Balladenabend

Als Rahmenprogramm der Gedenkveranstaltungen fanden an beiden Abenden Konzerte im Budapester „Kan Guru Klub" im abgeschiedenen III. Bezirk von Budapest statt. Die Pools Bar dient regelmäßig als Veranstaltungsort für Konzerte von „Skins4Skins" und „Blood & Honour". Am Freitag, als Balladenabend angekündigt, spielten die Bands „Dixie Freedom Fighters" aus Ungarn und „Egy Meglepete's Venedig"; auch ein Musiker unter dem Namen „Rommel" aus Deutschland trat auf. „Rommel" trat schon am 23. März 2016 zusammen mit dem aus Jena stammenden Mirko Szydlowski alias „Barny" bei einem Konzert der „Hammerskins" in Schweden auf. Am Samstag folgte ein Konzert mit den Neonazi-Bands „Verszerzödes" aus Ungarn, „White Demons" aus Athen, „Töretlen hittel", „Hundriver" und „Battle Shout".

Die konstante Beteiligung von deutschen Neonazis zeigt, dass die Vernetzung der europäischen Neonazis trotz der Verbote gegen einzelne Gruppierungen weiter besteht. Die Inszenierung der Eingekesselten als Helden und damit einhergehende Umdeutung nationalsozialistischer Verbrechen kann der militanten Rechten als Anknüpfungspunkt an den steigenden Nationalismus in Ungarn und Europa dienen. •

BRAUNZONE

Überschneidungen von Akteuren der „Identitären Bewegung“ (IB) und der AfD waren in verschiedenen Publikationen schon Thema. Wie die IB sich die Zusammenarbeit mit der AfD vorstellt, verdeutlicht auch die interne Kommunikation.

„Konspirative Schnittstellen“?

Identitäre und die AfD

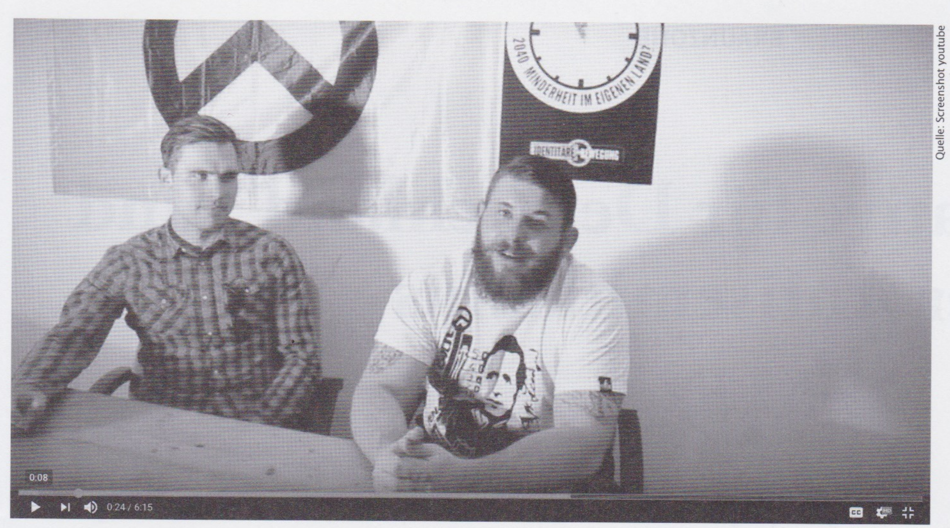
Mit inszenierten Propagandaaktionen gegen „Masseneinwanderung“ und „Islamisierung“ schaffte es die rechte „Identitäre Bewegung“ (IB) sich mehrfach in die Schlagzeilen zu bringen. Die „Identitäre Bewegung“ ist ursprünglich in Frankreich entstanden und seit 2012 auch in Österreich etabliert worden. (Vgl. AIB 110 und AIB 113). In Deutschland begannen im selben Jahr die ersten virtuellen Aktivitäten, welchen nach und nach vereinzelte Aktionen auf der Straße folgten. Seit Mai 2014 gibt es einen offiziellen Verein in Paderborn unter Vorsitz von Nils Altmieks und John David Haase. Im Oktober 2016 folgte der IB-nahe Verein „Heimwärts e.V.“ um Daniel Fiß, Hannes Krünägel und Daniel Sebbin in Rostock. Von einer tatsächlichen „Bewegung“ ist die kleine Struktur aus wenigen mobilen Reisekadern und rund 200 Anhängern noch weit entfernt, doch sie dient als eine Schnittstelle zwischen früheren Neonazi-Aktivisten und der AfD.

Im IB-internen Dokument „Erste Schritte“ wird als Ziel definiert: „Wir wollen Patriotismus wieder zum anerkannten Wert machen und die Hegemonie der Mulitkulti-Ideologen brechen! (...) Die Multikultis sind also die Hauptgegner des identitären Minimums und Ziels.“

Das dürften auch viele AfD-PolitikerInnen als eines ihrer Ziele ansehen. Doch in der Rubrik „Keine Inhalte der identitären Infoarbeit“ wird in dem Dokument auch „Jeder direkte Bezug zu Parteien“ genannt. Die Begründung basiert auf der IB-typischen Selbstüberschätzung: „Wir geben den Weg vor und wir sind das geistige Zentrum der patriotischen Zusammenhänge (...) und wir schaffen die Protest-Zivilgesellschaft in der Front der Patrioten“. Allianzen sind demnach erst „später prinzipiell möglich (...) nachdem die IBD, souverän, profiliert und handlungsfähig ist“.

Auch wenn der „direkte Bezug“ zur AfD selten nach Außen getragen wird — Mitglieder und Aktivisten der IB fanden und finden ihren Weg in die Reihen der AfD.

In der geschlossenen Facebook-Gruppe „Identitäre — gemeinsam geht mehr!“ warb Anfang Februar 2014 der damalige deutsche IB-Anführer Nils Altmieks aus Altenbeken zum kurzfristigen Eintritt in die Jugendorganisation der AfD in NRW: „Ich möchte hier sicher nicht die Werbetrommel für die AfD rühren (habe selbst keine all zu hohe Meinung davon) aber sind die Mitglieder der Jungen Alternative Paderborn in ihren Ansichten wirklich äußerst identitär und wir haben die Möglichkeit einen neuen JA-Vorstand für NRW zu wählen aus eben diesen Leuten, um so Einfluss auf die JA zu nehmen und potentielle IBler zu gewinnen.“ Ein IB-Aktivist antwortete zustimmend: „Ich bin Mitglied der AfD (...) Die AfD zu unterwandern halte ich für sinnvoller als irgend eine Sozialistische Partei.“ Im September 2014 bewarb der Leipziger IB-Aktivist und Burschenschaftler Felix Koschkar einen Presseauftritt von ihm mit den Worten "So, einen kleinen Beitrag für die IB geleistet."[1] Dass er zeitweilig auch im Vorstand der „Jungen Alternative“[2] und der AfD-nahen „Patriotischen Plattform“ (PP) mitgewirkt hatte war in den IB-Kreisen kein Geheimnis. Offenbar wollte er noch weitere IB-Aktive einbinden: „Wenn jemand von euch zur AfD will, dann ist die PP euer Ansprechpartner. Sprecher der PP ist der habilitierende Islamwissenschaftler Tillschneider — überzeugter Leipziger Identitärer.“ Hiermit dürfte der PP-Sprecher Dr. Hans-Thomas Tillschneider aus Leipzig gemeint gewesen sein, der mittlerweile für die AfD als Abgeordneter im Landtag von Sachsen-Anhalt sitzt. Die „identitäre“ Selbstverortung („AfD als identitäre Kraft“) von dem Thüringer AfD-Politiker Björn Höcke wurde im September 2014 in IB-Strukturen wohlwollend diskutiert. „Klasse Typ dieser Björn Höcke — scheint ein guter Mann zu sein. Dort wo sich in der AfD gute Kräfte in die richtige Richtung entwickeln, sollten diese von uns unterstützt werden,“ forderte ein IB-Aktivist und Burschenschaftler aus Halle. Ein anderer IB-Aktivist bestätigte im Mai 2015: „Absolut notwendig, dass unsere Kreise Björn Höcke und das dahinterstehende Netzwerk unterstützen.“ Es oblag dem IB-Funktionär Daniel Fiß aus Rostock den elitären IB Habitus einzufordern: „Ja dann aber diese Leute in die IB ziehen, anstatt sich der Illusion hinzugeben, dass man innerhalb der AfD etwas ändern könnte.“ Auf die Forderung des Hallenser IB-Aktivisten, die AfD zu „unterwandern“ und zu „radikalisieren“ stellte Fiß klar: „Sicherlich darf es konspirative Schnittstellen geben, aber die



Quelle: Screenshot youtube

Im VLOG #11 zur „Besetzung" der SPD-Zentrale durch Identitäre sind Nils Altmieks (links) und Tony Gerber (rechts) zu sehen.

AfD selbst, ist eben KEINE identitäre Partei."

In der IB-Kommunikation fallen immer wieder Namen früher Aktivisten, die nun in der AfD oder ihrer Jugendorganisation „Junge Alternative" (JA) gelandet seien. Der heutige Landtagsabgeordnete Stefan Räpple (Baden Württemberg) sei demnach „kurzzeitig bei der IB" gewesen. Zu einem früheren Rheinländer IB-Aktivisten aus dem Umfeld der rechten Hooligan-Szene heißt es im Mai 2016 lapidar von einem IB-Aktivisten aus dem Saarland: „Nik ist in der JA aufgegangen und kein Ansprechpartner mehr für IB Interessierte." Andere frühere Weggefährten werden eher postiv erwähnt. Zum AfD-Landtagsabgeordneten Marcus Spiegelberg (Sachsen-Anhalt) war von einem Aktivisten aus der Identitären Bewegung Westfalen im Mai 2016 zu lesen, er sei „einer unserer Leute im Landtag von Sachsen-Anhalt". In einigen Fällen sollen sich auch AfD-Mitglieder „ganz klar mit der IB solidarisiert" haben. So berichtete der IB-Funktionär Sebastian Zeilinger im März 2016, dass IB-Aktivisten auf einer Kundgebung der AfD in Geretsried (Bayern) vom Vorsitzenden des AfD-Landesverbandes Bayern, Petr Bystron, in einer Rede „ausdrücklich als Identitäre Bewegung willkommen" geheißen worden seien.

Innerhalb der IB-Facebook-Gruppe gab es jedoch auch ablehnende Haltungen zur AfD und ihrer Jugendorganisation. So erklärte ein IB-Anhänger die AfD zur „Trojanischen Mogelpackung", ein anderer pöbelte „AFD ist eh kacke. Lobby Partei." Der frühere NPD-Kandidat und heutige IB-Aktivist Kevin Schulhauser aus Thüringen[3] äußerte: „Die JA selbst ist ohnehin irrelevant. Entweder besteht die JA zum Großteil aus Identitären (bspw. Baden-Württemberg) oder die JA ist eine unbedeutende Kleinstgruppe (bspw. Thüringen)."

Innerhalb der AfD-Führung und Basis gab es auch immer wieder Statements und Beschlüsse gegen die IB. So hieß es im Sommer 2016 in dem AfD-Papier „Ruf der Vernunft aus Sachsen-Anhalt": „Wir wollen keine enge Zusammenarbeit mit Gruppen, die sich selbst noch nicht gefunden haben. Die Identitäre Bewegung ist solch eine Gruppierung. (...) Daher sollten wir uns davor hüten, die Tür aufzustoßen ohne einen kritischen Blick auf die Akteure zu bewahren."

Die Sorgen der AfD-VertreterInnen erscheinen nicht ganz unberechtigt, immerhin offenbarte ein IB-Aktivist im Juli 2016 in der IB-Facebookgruppe: „Ist ja kein Geheimnis, dass viele Leute bei uns eine NW-VERGANGENHEIT haben. Daraus haben wir doch nie einen Hehl gemacht." Die Abkürzung NW steht für die Selbstbezeichnung der Neonazi-Szene als „Nationaler Widerstand".

Verärgert war man in IB-Kreisen jedoch als dann die AfD-Jugend im Juli 2016 einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der IB forcierte. Zum JA-Bundesvorsitzenden Markus Frohnmeier berichtete der IB-Funktionär Daniel Fiß: „Jener Frohnmaier der übrigens früher mit IBlern auch mal gerne einen getrunken und 'Heimat-Freiheit-Tradition' dabei angestimmt hat. Aber da gibt es so manche Pfeifen, die auf einmal auf den Abgrenzungszug zur IB aufspringen und sich vorher noch die Lambda Fahne im Zimmer aufgehangen haben." Die Resolution vom JA-Bundesparteitag 2016 erklärte von den Verstimmungen ungerührt: „Funktionären der Identitären Bewegung Deutschland steht eine Mitgliedschaft in der Jungen Alternative für Deutschland nicht offen." Frühere Aktivitäten oder Mitgliedschaften in den Strukturen der IB werden hierbei nicht explizit problematisiert. Auch die Praxis zeigt, dass diese Abgrenzungsbemühungen offenbar eher ein Art Lippenbekenntnis sind. Auf der im Juni 2016 in Berlin durchgeführten Demonstration der IB war annähernd der halbe Landesvorstand der „Jungen Alternative" vertreten. Deren Schatzmeister und AfD-Kandidat für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, Jannik Brämer, betätigte sich als Ordner. Brämer zeichnete in der Vergangenheit auch für die Homepage der "Identären Bewegung" in Deutschland verantwortlich. Wenn eine (frühere) IB-Zugehörigkeit in der AfD-Jugend kein ernsthaftes Problem darstellt und gleichzeitig innerhalb der IB eine frühere Zugehörigkeit zur Neonazi-Szene Normalität ist, dann stellt die IB eine Art Zwischenstation und Schnittstelle zwischen Neonazi-Szene und AfD-Kreisen dar. Ein IB-Vertreter fasste den IB-Umgang mit der Abgrenzung seitens der JA mit den Worten zusammen: "Evtl ist es objektiv betrachtet nicht die dümmste Entscheidung — politisch gesehen. Das tut einer effektiven Verfolgung gleicher Ziele keinen Abbruch." •

1 Felix Koschkar trat in der IB-Kommunikation mit dem Synonym „Felix Kar" auf. **2** Vgl. ZEIT-online: „Junge Alternative: Der rechte Nachwuchs" von Josa Mania-Schlegel, 29. Januar 2015 **3** thueringenrechtsaussen: „Falsches Haus besetzt — 'Identitäre Bewegung Thüringen' floppt in Schlotheim", 15.Oktober 2015.

BRAUNZONE

Die „Alternative für Deutschland“ und der Antisemitismus

In der „Alternative für Deutschland“ wird der Konflikt um den Umgang mit Israel und Antisemitismus verstärkt in der Öffentlichkeit ausgetragen. Trotz der offen zu Tage tretenden Reibungen, verbindet die Partei eine antisemitische Geschichtspolitik, die zu einer zunehmenden Enttabuisierung und Normalisierung des Antisemitismus in Deutschland beiträgt.

Sollte der AfD dieses Jahr der Einzug in den Bundestag gelingen, dann wäre der Sonderstatus des bundesdeutschen Parteiensystems in Westeuropa beendet. Dessen Alleinstellungsmerkmal lag bisher darin begründet, dass es in den letzten Jahrzehnten keine rechtsradikale Partei hervorbrachte, die im nationalen Parlament vertreten ist. Der AfD wurde dieses Potential seit ihrer Gründung 2013 von vielen Beobachter_innen zugestanden und wenige Monate vor der Bundestagswahl spricht wenig dafür, dass ihr diesmal der Sprung über die 5-Prozent-Hürde verwehrt bleiben könnte. Da die Partei in den letzten anderthalb Jahren in der Gunst der deutschen Wähler_innen stetig gestiegen ist, scheint es so, als ob ihr Erfolg nur durch interne Streitigkeiten und öffentlich geführte Konflikte ernsthaft gefährdet werden könnte. Einer dieser für die Partei als zentral zu erachtenden Konfliktlinien betrifft den Umgang mit Antisemitismus. Ziel dieses Artikels ist es, die konträren Positionen zum Antisemitismus in der AfD näher auszuleuchten und darzulegen.

Antisemitismus und Israel als Streitthemen in der AfD

Am 17. Januar 2017 hielt Björn Höcke auf Einladung der Jungen Alternative Dresden eine antisemitische Rede zur Erinnerungspolitik in der Bundesrepublik, in der er gegen „Umerziehung“, „Amerikanisierung“ und eine „dämliche Bewältigungspolitik“ wetterte und sich für eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ aussprach. In der medialen und politischen Rezeption stand Höckes Aussage über das Holocaust-Mahnmal im Mittelpunkt, das dieser als eine Schande bezeichnete. In dem Missmut, der sich in Teilen der AfD gegen seine Rede artikulierte, bildet sich eine Konfliktstellung ab, in der sich ideologische, persönliche und machtpolitische Aspekte überlagern. Im Kern geht es um die Auseinandersetzung zwischen der Parteivorsitzenden Frauke Petry und dem Vorsitzenden des AfD-Landesverbandes in NRW, Marcus Pretzell, auf der einen Seite und Björn Höcke, Alexander Gauland und Jörg Meuthen auf der anderen Seite. So war es wenig überraschend, dass Petry und Pretzell sich umgehend von Höckes Aussagen distanzierten — Petry bezeichnete Höcke als „eine Belastung für die Partei“ — während Gauland und Meuthen ihren Parteifreund öffentlich in Schutz nahmen.

In dieser Auseinandersetzung ist es schwierig, machtpolitische und ideologische Motive voneinander zu trennen. Unbestritten ist, dass Frauke Petry und Björn Höcke unterschiedliche Vorstellungen über die Ausrichtung der AfD haben und dem Umgang mit Israel und Antisemitismus eine zentrale Bedeutung in diesem Konflikt zukommt: Petry und Pretzell möchten an die instrumentelle Israelsolidarität anderer rechtsradikaler Parteien in Europa anschließen. Hiervon zeugen nicht nur die Nähe zu Geert Wilders, Marine Le Pen oder Hans-Christian Strache, sondern auch einschlägige Aussagen. Im April 2016 sprach sich Petry in einem Interview mit der israelischen Tageszeitung Yedioth Ahronoth gegen Antisemitismus und Kritik an Israel aus. Pretzell sprach auf einem Treffen europäischer Rechtsparteien im Januar 2017 öffentlichkeitswirksam aus: „Israel ist unsere Zukunft“.

Für den von Höcke geführten völkischen Flügel in der AfD, der sich im März 2015 unter dem Namen „Der Flügel“ bildete, ist eine Annäherung an Israel, ganz gleich wie taktisch motiviert diese ist, undenkbar. Eine pro-israelische Haltung gilt in diesen Kreisen als Ausdruck eines deutschen „Schuldkults“, den es zu durchbrechen gilt. Ein entsprechend enges Verhältnis pflegt „Der Flügel“ mit dem Publizisten Jürgen Elsässer dessen antisemitisches und antizionistisches Compact-TV, nicht zufällig die Rede von Höcke in Dresden aufzeichnete und ausstrahlte.

Obwohl disparate Stimmen in Bezug auf Israel und Antisemitismus in der AfD existieren, kann dieser Konflikt nicht nur als eine Auseinandersetzung zwischen einem antisemitischen und einem nicht-antisemitischen Lager begriffen werden. Zum einen deshalb, weil Gauland und Meuthen den Antisemitismus Höckes nicht teilen, wenngleich sie ihn tolerieren und akzeptieren. Zugleich bestärkt auch Petry antisemitische Tendenzen in der AfD: Nur wenige Monate nach ihrem Interview, in dem sie sich gegen Antisemitismus und Israelfeindschaft ausgesprochen hatte, forderte



v.l.n.r.: Beatrix von Storch, stellv. AfD-Vorsitzende; Marcus Pretzell, AfD-Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen; Alexander Gauland, AfD-Landesvorsitzender Brandenburg; Guenter B. J. Brinker, AfD Berlin.

sie, dass der Begriff des Völkischen wieder positiv besetzt werden soll.

Es war nicht das erste Mal, dass Personen aus dem Bundesvorstand der AfD NS-belastete Begriffe verwendeten. Nach Informationen von Spiegel Online sprach Alexander Gauland mit Blick auf die neu gewählte national-konservative Regierung in Polen davon, dass es „die Sache der Polen [sei], zu entscheiden, wie viele Flüchtlinge sie in ihrem Volkskörper haben wollen". André Poggenburg beschwor seinerseits die Verantwortung für die „Volksgemeinschaft" in einem Weihnachtsgruß seines Landesverbandes.

Antisemitische Geschichtspolitik als ideologische Klammer der AfD

Es handelt sich hierbei um inszenierte Tabubrüche. Kern dieser Inszenierung ist die Behauptung den historisch-ideologischen Gehalt solcher Begriffe nicht zu kennen und diese ausschließlich deskriptiv verstanden wissen zu wollen. So begründete Petry ihre Forderung damit, dass völkisch das zugehörige Adjektiv zu Volk sei. Richtig ist hingegen: Der Begriff des Völkischen kann nicht rehabilitiert werden, ohne, dass die Ideen der völkischen Bewegung und der mit ihr verbundene Antisemitismus aufgewertet werden. Bei den Begriffen „Volkskörper" und „Volksgemeinschaft" handelt es sich um zentrale Deutungsmuster eines radikalen Rechtsnationalismus, die seit der Zeit des Nationalsozialismus nicht vom Antisemitismus zu trennen sind.

Die AfD wird unter anderem durch eine antisemitische Geschichtspolitik zusammengehalten. Die Partei findet im Kampf gegen eine allmächtig gewähnte „Political Correctness" zu sich, deren Ziel die Beseitigung mühsam erkämpfter und durchgesetzter Sensibilisierungs- und Lernprozesse im Hinblick auf die NS-Vergangenheit ist. Die AfD arbeitet einträchtig daran, antisemitisch grundierte Begriffe und Konzepte wieder in das Sagbarkeitsfeld der Politik zu ziehen, die in der Geschichte der Bundesrepublik nur mühsam und in einem Jahrzehnte währenden Prozess aus dem politischen Raum verdrängt werden konnten.

Die Kehrseite des Wunsches nach einer Wiederaneignung dieser Begriffe ist der Versuch, die Erinnerung an den Nationalsozialismus und den Holocaust in Frage zu stellen. Die Forderung nach einer Marginalisierung der Erinnerung an die NS-Barbarei wurde in dem im Jahr 2016 verabschiedeten Grundsatzprogramm der AfD festgehalten: In dem Kapitel „Kultur, Sprache und Identität" heißt es:

„Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst."

Es lässt sich leicht belegen, dass es diese Verengung nicht gibt. Davon zeugen zum Beispiel die jährlichen Gedenkveranstaltungen für die deutsche Wiedervereinigung oder der Volkstrauertag. Für die Erinnerungs- und Schuldabwehr ist es charakteristisch, dass sie wahrheitswidrig und in Form antisemitischer Anspielungen behauptet, dass neben der Erinnerung an den Holocaust keiner anderen geschichtlichen Ereignisse gedacht werden dürfe.

Zugleich ist ersichtlich, dass der Streit um die Dresdner Rede von Björn Höcke in erster Linie die Wortwahl, jedoch nicht den Inhalt zum Gegenstand hat. Selbst bei einem wenig wahrscheinlichen Ausscheiden von Höcke würde die AfD zu einer zunehmenden Normalisierung und Enttabuisierung des Antisemitismus in Deutschland beitragen. •

Die Langfassung des Textes erscheint im Mai: AfD und Judenbild. Eine Partei im Spannungsfeld von Antisemitismus, Schuldabwehr und instrumenteller Israelsolidarität. In: Stephan Grigat (Hg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden: Nomos (zusammen mit Marc Grimm).

ANTIFA

Vor 30 Jahren gründete sich die erste Antifagruppe in der noch bestehenden DDR. Ausgangspunkt waren Angriffe von Neonazis auf ein Punkkonzert in der Ostberliner Zionskirche im Oktober 1987. Über Antifa im Osten sprachen wir mit den Herausgeber_innen des jüngst erschienenen Sammelbandes "30 Jahre Antifa in Ostdeutschland".

„Antifa zu sein war kein Hobby sondern Lebensrealität“

Wie kamt ihr auf die Idee, ein solches Buchprojekt zu beginnen und wie gestaltete sich die Spurensuche?

In den letzten Jahren sind so einige Bücher und Artikel erschienen, die ganz unterschiedlich auf die Antifa-Bewegung schauen und teilweise versuchen, ihre Geschichte niederzuschreiben. Dabei ist Antifa jedoch sehr facettenreich und bringt verschiedenste Ansätze und Strömungen zusammen. So etwas wie eine Geschichtsschreibung der Bewegung kann es kaum geben. Wir, die wir in der ausgehenden DDR geboren und im post-sozialistischen Osten aufgewachsen sind, fanden uns in den Darstellungen kaum wieder. Unsere Sozialisation, der politische Umbruch und die allgegenwärtige Präsenz von Neonazis passten nicht so recht zu den K-Gruppen, Spaltungslinien und Strategiedebatten der westdeutschen Antifa. Umgekehrt scheint für diese die Geschichte und der Eigencharakter der ostdeutschen Aktivist_innen nur wenig anschlussfähig gewesen zu sein. Bis auf Lagerfeuergeschichten, wie Anfang der Neunzigerjahre die besetzten Häuser gegen Neonaziangriffe verteidigt wurden und ein paar wenigen Artikeln, gab es zudem weder eine ostspezifische Bewegungs- noch eine Wissenschaftsperspektive darauf.

Als wir mit dem Buch begannen, schien es, als würden wir nur über Vergangenes schreiben, aber die Explosion rassistischer Gewalt und der Aufschwung der extremen Rechten in den letzten Jahren, machte schnell deutlich, dass der Blick zurück auch für die Gegenwart relevant wird. Mit dem Projekt können wir Erfahrungen und Wissen für die politische Praxis und Debatte weitergeben. Schon der NSU und die Aufarbeitung von militanten Neonazistrukturen seit den frühen Neunzigerjahren zeigte, wie wenig über die damalige politische Situation heute bekannt ist.

Die Gespräche mit den damaligen und noch heutigen Aktivist_innen, die Sichtung alter Dokumente und Literaturrecherchen — im Archiv des apabiz, im AIB, Antifa-Infoblatt Ost, telegraph oder auf www.nazis-antifa-ddr.de — haben zahlreiche Informationen geliefert und uns im Vorhaben bestärkt. Für uns ist der Sammelband eine Verbindung von Politik und Wissenschaft. So sind darin engagierte Aktivist_innen, Journalist_innen und kritischen Wissenschaftler_innen vertreten, die genau die Vielschichtigkeit der Bewegung und der Analysen von ihr selbst und über sie, deutlich machen. Sie alle haben ihre eigenen Zugänge zum Thema eingebracht und bilden ein Potpourri an Perspektiven.

Welche Spektren werden abgebildet und wie waren diese organisiert?

Vor 30 Jahren gründete sich die erste Antifagruppe in der noch bestehenden DDR. Ausgangspunkt waren die Angriffe von Neonazis auf ein Punkkonzert in der Ostberliner Zionskirche im Oktober 1987. Ihr folgten weitere Gruppen im ganzen Land, anfangs vor allem im damaligen Freiraum der Kirche, die auf die zunehmende neonazistische und rassistische Gewalt aufmerksam machten. Das Spektrum reicht(e) von Punks, Hausbesetzer_innen und militanten Antifas zu eher bündnis- und zivilgesellschaftsorientierten, und später auch explizit antideutschen Aktivist_innen. In Kleinstädten und ländlichen Regionen waren und sind sie oftmals „Allroundaktivist_innen“: Hausprojekt und Anti-Nazi-Arbeit gehen einher mit Gedenk-, Kultur- und Bildungsarbeit sowie kommunalpolitischem Engagement.

Zu Beginn der Neunzigerjahre hatte die Abwehr von Neonaziangriffen und die Verteidigung der eigenen Person höchste Priorität und drängte somit andere politische Debatten in den Hintergrund. Dabei verstanden sich die unterschiedlichen Aktivist_innen nicht immer als Antifa. Als kleinster gemeinsamer Nenner verbanden die Aktionen gegen Neonazis sowohl Punks, Bürger_innen und Hausbesetzer_innen. Antifa reichte vom alltäglichen Leben, über lose Zusammenhänge bis zu festen Gruppen. Organisierung als leitendes Paradigma, das damals von der „Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“ verfolgt wurde, weicht hier stärker einem notwendigem Pragmatismus, loser Vernetzung und gegenseitiger Unterstützung.

Wie gestaltete sich das Verhältnis der Aktivist_innen zum „antifaschistischen Staat" DDR?

Die unabhängigen Antifa-Aktivist_innen verstanden sich als oppositionelle Kraft und kritisierten die Ignoranz der DDR-Obrigkeit und der Gesellschaft gegenüber dem seit Anfang der Achtzigerjahre stärker werdenden Neonazismus. Sie wollten durch öffentliche Aktionen auf das Problem aufmerksam machen. Als Teil einer demokratischen Oppositionsbewegung forderten sie politische Veränderungen des autoritären SED-Staates. Der Beitrag von Dietmar Wolf in unserem Sammelband zeigt dabei deutlich, wie dieser darauf reagierte: Von Abwiegeln über Einschüchterungsversuche, bis hin zu Überwachung und Unterwanderung von Antifa-Gruppen durch das Ministerium für Staatssicherheit (Stasi). Anhand von Akten wird deutlich, wie die Stasi in Dresden, Potsdam und Berlin die Antifa als Störende wahrgenommen und bekämpft hat. Mit dem Ende der DDR 1989/1990 suchte die Staatsführung zwar plötzlich die Zusammenarbeit, doch die Aktivist_innen lehnten ab.

Besonders überrascht hat uns am Verhältnis von Antifa und DDR vor allem der Blick aus dem Westen: Kaum Interesse, unzutreffende Analysen und eine unkritische Bezugnahme auf die DDR-Regierung. Der Sammelband beleuchtet aber vor allem die Anfänge der Neunzigerjahre, es gibt also noch einiges Potenzial für weitere Analysen über die Zeit davor und danach.

Welche Einblicke konntet ihr in die theoretische und praktische Antifa-Politik in Ostdeutschland gewinnen?

Das Buch wirft Schlaglichter auf verschiedene Themen. In den Anfängen spielen das eben schon erwähnte Verhältnis zur DDR, das Erkämpfen von politischen Freiräumen durch Hausbesetzungen, und das Verhältnis zwischen Ost- und West-Antifa eine Rolle. Die verschiedenen Ansätze unserer Autor_innen ermöglichen Einblicke in Politisierungspfade, das Erleben von rechter Gewalt und die Herausbildung militanter Selbstverständnisse sowie die damit verbundene Auseinandersetzung um Handlungsräume. Bildungsarbeit, Gedenkpolitik, aber auch Debatten um die Rolle von Feminismus, die antideutsche Szene sowie Dissens und Chancen von Kooperationen zwischen Antifa und Zivilgesellschaft werden thematisiert.

Schwierig und wohl symptomatisch für die Bewegung war es, Autor_innen zum Thema Feminismus zu gewinnen. In Gesprächen sagten die Aktivist_innen, dass sie sich als gleichberechtigt fühlten und kaum Notwenigkeit sahen, Sexismus in den eigenen Reihen zu thematisieren. Mit dem Blick von heute fällt das hohe Maß an politischem Engagement und lebensweltlicher Bezüge auf: Antifa zu sein war kein Hobby sondern Lebensrealität. Verteidigung stand vor Theoriedebatte und der Konsens gegen Neonazis vor Grabenkämpfen. Nachdem die rechte Hegemonie Mitte der Neunzigerjahre zeitweise zurückgedrängt werden konnte, setze eine Ausdifferenzierung ein: Auf der einen Seite Erschöpfung und Resignation, die dazu führte, dass Aktivist_innen aufhörten, politisch aktiv zu sein. Auf der anderen Seite eine Verstetigung und Entfaltung von politischen Initiativen, wie Haus- und Kulturprojekten, Vereinen und der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen, die bis heute bestehen.

Lassen sich eurer Meinung nach Erfahrungen für aktuelle Antifa-Organisierung nutzbar machen?

Die derzeitige rassistische Stimmung wird oftmals mit den Neunzigerjahren verglichen, sodass es sich durchaus lohnt, den Blick zurückzuwerfen. Die Antworten auf die Frage, wie Aktivist_innen damals gehandelt haben, kann zwar nicht eins zu eins übernommen werden, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse andere sind und insbesondere Repressionen des Staates heute stärker sind, aber sie können helfen, neue Strategien zu entwickeln und auch mutiger zu sein. Eins ist klar: Generationsbrüche in der Antifa sind ein Problem, Wissen wird nicht weitergeben und Debatten werden stets aufs Neue geführt. Dabei können wir viel aus den Erzählungen und Analysen lernen. Ein kritischer und zugleich konstruktiver Umgang mit den Erfahrungen kann helfen, auch die Organisierung der Antifa weiterzudenken, mit historischen Verbindungslinien und zugleich als facettenreiches ‚Projekt' der Gegenwart. In diesem Sinne will unsere Verbindung von Bewegung und Wissenschaft auch einen Dialog ermöglich, um gegenseitig und miteinander Perspektiven zu entwickeln. Ob das gelingt, bleibt abzuwarten. •

30 Jahre Antifa in Ostdeutschland — Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung

Christin Jänicke, Benjamin Paul-Siewert (Hrsg.)
ISBN: 978-3-89691-102-5
ca. 200 Seiten
Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster



ANTIFA

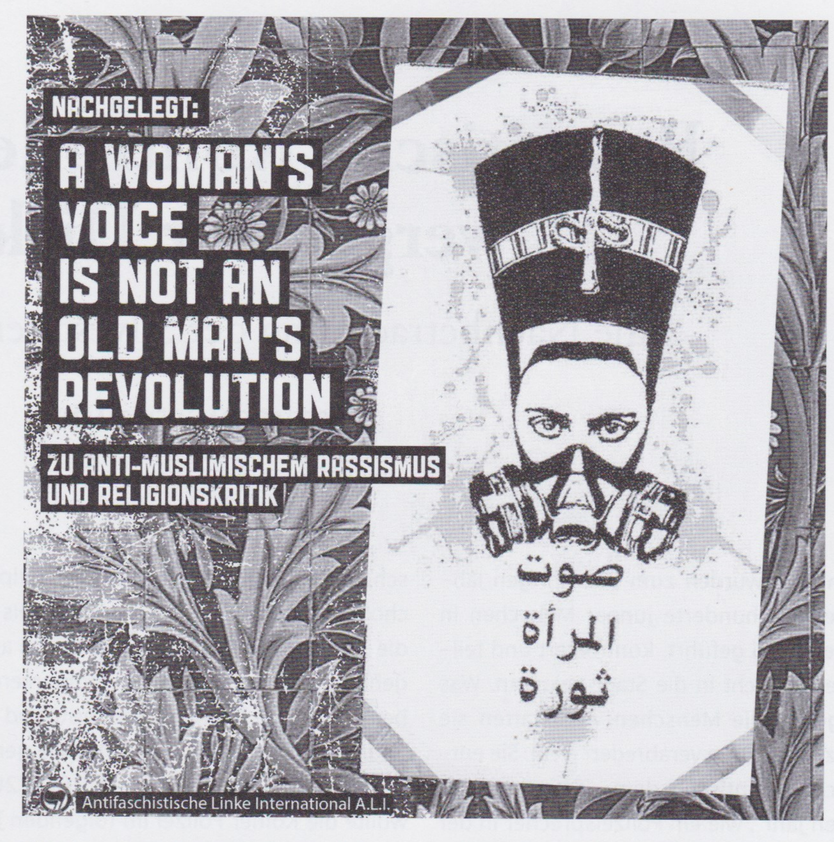
Antifa raus aus der Handlungsunfähigkeit

Von antimuslimischem Rassismus und der Rolle der radikalen Linken

GASTBEITRAG VON
ANTIFASCHISTISCHE LINKE INTERNATIONAL (A.L.I.)

Antimuslimischer Rassismus ist allgegenwärtig: Der neuen Rechten dient er als Anschlusspunkt bis weit in die bürgerliche Gesellschaft, die Bundesregierung hetzt mit Sicherheitsdebatten gegen Muslime, Muslima sowie MigrantInnen aus muslimischen Kontexten, SPD und Grüne fallen mit ein, die Zivilgesellschaft schweigt oder wird ignoriert und auch die radikale Linke tut sich schwer, ernsthafte Antworten zu formulieren. Stattdessen reihen sich Antideutsche in den rechten Tenor gegen „den Islam" ein und auch so manchem alternativen Kulturzentrum fällt nichts anderes ein, als migrantische Männer zur Ursache von Sexismus zu erklären. Vor allem fällt aber auf, dass ein Großteil der (radikalen) Linken zum Thema schweigt. So gibt es kaum öffentlich wahrnehmbare und verhandelbare linke Analysen, Erklärungen und damit verbundene Antworten sowohl auf IS-Ausreiser, als auch auf Terroranschläge als auch auf antimuslimischen Rassismus. Die Debatte wird dominiert von Rechts, was zu mehr brennenden Wohnheimen, weiteren Asylrechtsaushöhlungen, sowie Stigmatisierung und Ausgrenzung von Menschen führt, denen Muslimisch-Sein zugeschrieben wird. Letzteres ist bis in die radikale Linke hinein spürbar. Anstatt Deutungen der Herrschenden unkritisch zu übernehmen, müssen wir vor dem Hintergrund der post- oder neokolonialen, imperialien Gesellschaft linke Analysen entwickeln. Notwendig ist, dass wir uns mehr Wissen aneignen: Über koloniale und imperiale Kontinuitäten, über wechselseitig sich beeinflussende gesellschaftliche Entwicklungen, vor allem über deren herrschaftsstabilisierende Funktion. Beispielsweise dient die Abgrenzungen von „dem Islam" der Rechtfertigung imperialer Kriege, der Verunmöglichung von Sexismus-Debatten innerhalb Deutschlands und der Bereitstellung billiger, ausbeutbarer Arbeitskraft. Zu einer besseren Orientierung in den derzeitigen Geschehnissen gehört auch die verschiedenen Strömungen des Islams und seine Auslegungen zu verstehen und einordnen zu können. Mit diesem Wissen können die rassistischen Zuschreibungen sichtbar werden und wie mit diesen zum Teil gleichbleibenden, zum Teil sich wandelnden Zuschreibungen seit Jahrhunderten brutale Unterdrückung gerechtfertigt wird. Etwa die öffentlich auf einer Bühne erzwungene Entschleierung von verschleppten Frauen in Algerien 1958 durch die französische Kolonialmacht oder der Krieg vermeintlich für Frauenrechte in Afghanistan. Dies zeigt exemplarisch die seit Jahrhunderten andauernden brutalen Verhandlungen von Identität und vermeintlicher Fortschrittlichkeit am Frauenkörper und der damit verbundenen Machtdemonstrationen und -legitimationen. Vor diesem Hintergrund können wir die Niederträchtigkeit der aktuellen Politik nach der Silvesternacht in Köln '15/'16 und nach dem Attentat auf dem Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember '16 begreifen und linke Antworten formulieren. Um das Ausmaß dieses alltäglichen Rassismus zu begreifen und ernsthafte solidarische Antworten zu finden, ist es unabdingbar, dass wir uns auf jene zubewegen, die von diesem Rassismus betroffen sind, von ihnen zu lernen, dabei auch uns selber hinterfragen zu lassen und die eigene Position und Strukturen nutzbar zu machen für eine Intervention in den allgegenwärtigen antimuslimischen Rassismus — eine der relevanten Grundlagen für die derzeitige Verschiebung nach rechts. Solidarität können wir aber nur im Austausch mit denen entwickeln, mit denen wir solidarisch sein wollen. Immer wieder werden wir gefragt, was wir als radikale Linke mit Religion zu tun hätten und dass wir uns doch nicht ernsthaft auf Muslime und Muslima und damit auf religiöse Kräfte beziehen könnten. Erstens geht es bei unserem Bezug auf beispielsweise muslimische Feministinnen weniger um Religion. Es geht um Rassismus und wie damit Politik gemacht wird, wenn beispielsweise über „den Islam" anstatt über Sexismus diskutiert wird und sich dabei in kolonialer Tradition der eigenen Fortschrittlichkeit rückversichert wird. Zweitens erscheint es absurd,

wie stark die eigene marxistisch begründete Anti-Religiösität vor sich hergetragen wird, sobald das Stichwort Islam fällt. Auch bei Relektüre von Marx, Lenin und Engels fällt auf, dass hier ein Missverständnis vorliegt. Sie fordern lediglich dazu auf, die herrschaftsstabilisierende Funktion von Religion zu verstehen und diese ideologisch vermittelnde Rolle selber mit linken Inhalte zu füllen. Antimuslimischer Rassismus zielt nicht nur auf Muslime und Muslima, sondern erklärt gerade auch Menschen zu etwas, was sie gar nicht sind. Dennoch halten wir es für falsch, uns nur auf die nicht religiösen Menschen zu beziehen, mit der Begründung, diese seien ja gar nicht muslimisch. Auch ein Großteil der Gläubigen ist nicht so, wie es uns der antimuslimische Rassismus weismachen will. Wenn religiöse Zuschreibungen der rassistischen Unterdrückung dienen, müssen wir auf der Basis der Kenntnis der verschiedenen, teils auch innermuslimischen Aushandlungen, positive Bezugspunkte aufeinander finden, um dem gegenwärtigen Rassismus auch in seiner herrschaftststabilisierenden Funktion eine breite Solidarität und linke Bündnisse entgegenzusetzen. Feminismus und Antirassismus werden gegeneinander ausgespielt, z.B. mit der „Kopftuch-Debatte“ oder den rassistischen Auslagerungen von Sexismus auf muslimische Männer. Schon lange wird Kritik seitens Women of Color und Schwarzen Frauen an westlichen feministischen Bewegungen laut. Die mehrheitlich weiße Bewegung verunsichtbare unterschiedliche Diskriminierungen, Positionierungen und Erfahrungen, sei eurozentristisch und urteile dabei gerne paternalistisch über andere Bewegungen oder lasse sich durch Eingliederung ins hierarchische System befrieden. So waren weiße Frauen von Beginn an in Kolonialgesellschaften beteiligt. Aktuell haben sie auf dem Rücken des Antirassismus einen Teilerfolg mit dem im Zuge von Köln erneuerten Sexualstrafrecht errungen. Dieses Gesetz weist jedoch weiterhin Lücken auf und trägt weiterhin nicht dem Umstand Rechnung, dass gesellschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse, sowohl ökonomisch als auch asylrechtlich bedingt, Teil des Problems sind. Wir müssen Kritiken von Women of Color und Schwarzen Frauen hören, das regierungstechnische Ausspielen verstehen und uns nicht mit einem Stück vom Kuchen befrieden lassen. Anstatt in die alltäglich propagierte Gleichsetzung von Islam und Terror einzustimmen, versuchen wir Bezugspunkte zu finden, die diesen Zuschreibungen widersprechen. Damit wollen wir sowohl aus den rassistischen Diskussionen ausbrechen, indem wir sowohl dem propagierten „Kampf der Kulturen“ widersprechen, als auch Antworten aus muslimischer Perspektive auf Patriarchat oder unterdrückerische religiöse Strömungen dadurch anerkennen und stärken, dass konservativen Islamverbänden oder Auslegungen die alleinige Deutungshoheit entzogen wird. Diese sind auch deshalb so stark, da nur sie in den rassistisch-antimuslimischen Debatten präsent sind. Muslimischer Feminismus ist dabei eine Strömung akademischer Muslime und Muslima, die mit der Neuauslegung der Quellen des Qur'an, der Neuschreibung der Geschichte aus Frauenperspektive, der Revision der islamischen Rechtsschulen und/oder internationalem Aktivismus gegen religiös begründete patriarchale Unterdrückung vorgeht. Es gibt viele national und international agierende Netzwerke, die sich gegenseitig empowern, Öffentlichkeitsarbeit machen und feministische Ziele oft auch mit antiimperialen Kämpfen verbinden. Einige davon sind: Musawah — For Equality in the Muslim Family, Women living under Muslim Law, Rahima (Indonesien), Sisters in Islam (Malaysia) oder das Zentrum für islamische Frauenforschung und Frauenförderung (Deutschland). Im arabischen Frühling sind viele Frauen aufgestanden und haben im Zuge der Absetzung der alten Regime für ihre Rechte gekämpft. Dies sind nur einige Beispiele für feministische Kämpfe aus und in muslimischen Communities. Es lassen sich Bezugspunkte finden - auch in unseren Städten, wenn wir die Augen aufmachen und bereit sind, uns solidarisch an die Seite derjenigen zu stellen, die von der rechten Hetze von AfD und Neonazis bis hin in die bürgerliche Gesellschaft tagtäglich betroffen sind — nicht erst wenn Wohnungen brennen oder Menschen sterben. •



Mehr zum Thema? Die beiden Broschüren „A Women's Voice is a Revolution — Zu antimuslimischem Rassismus und muslimischen Feminismus“ und „nachgelegt: A Women's Voice is not an old Man's Revolution — Zu Antimuslimischen Rassismus und Religionskritik“ könnt ihr bei inventati.org/ali bestellen oder die Antifaschistische Linke International A.L.I. zu einer Veranstaltung auch in eure Stadt einladen.

RASSISMUS

Rassistische Kontrollen und ein vergifteter Diskurs

Eine Nachbetrachtung der Silvesterereignisse in Köln

SEBASTIAN WEIERMANN

In Köln wurden zum diesjährigen Jahreswechsel hunderte junger Menschen in Polizeikessel geführt, kontrolliert und teilweise gar nicht in die Stadt gelassen. Was lag gegen die Menschen vor? Hatten sie sich zu Straftaten verabredet? Nein. Sie entsprachen „optisch" dem „Tätertyp vom letzten Jahr", wie ein Polizeisprecher in der Silvesternacht erklärte. Zur Erinnerung: Beim Jahreswechsel 2015/2016 war Silvester in der Kölner Innenstadt außer Kontrolle geraten, rund um Dom und Hauptbahnhof kam es zu massenhaften sexualisierten Übergriffen, Diebstählen und Raubdelikten. Viele der Tatverdächtigen aus dem vergangenen Jahr waren Geflüchtete. Die Kölner Silvesternacht 2015/2016 war mitverantwortlich für einen Stimmungswechsel in der Bundesrepublik. Viele, die sich vorher noch für Geflüchtete eingesetzt hatten, zogen sich zurück, Rechte betrieben unter dem Deckmantel „unsere Frauen" schützen zu wollen, eine aggressive Stimmungsmache. Islamfeinde sahen einen „Sexdschihad" gegen Deutschland aufziehen. In der Politik wurde über härtere Strafen und schnellere Abschiebungen diskutiert, in Nordrhein-Westfalen beschäftigte sich ein Untersuchungsausschuss mit der Silvesternacht. Nach über einem Jahr konnte der Ausschuss nur wenige Dinge feststellen. Die Polizei und das NRW-Innenministerium haben die massenhaften Übergriffe schlecht kommuniziert und es gibt keine Erkenntnisse darüber, dass sich hunderte Männer zu Diebstählen und sexuellen Übergriffen verabredet hatten. Am nachvollziehbarsten scheint noch die Theorie des Kriminalpsychologen Rudolf Egg, der unter Verweis auf die „broken windows" Theorie, davon ausgeht, dass sich die Situation spontan ergeben habe, weil niemand einschritt und der Raum um den Dom außer Kontrolle geriet.

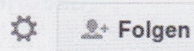
Nach dem Jahreswechsel 2015/2016 wollte die Kölner Polizei im folgenden Jahr zeigen, dass sie die Situation völlig unter Kontrolle hat. Schon zum Karneval wurden tausende Polizisten in die Stadt gekarrt, Lichtmasten aufgestellt und Betreuungsangebote für Frauen geschaffen. Auch über Köln hinaus sorgte Silvester für einige Absonderlichkeiten. So veröffentlichten zum Beispiel die Veranstalter des Festivals „Bochum Total" einen Flyer in arabischer Sprache, der Geflüchtete darauf hinweisen sollte, dass Frauen „auch wenn sie nur wenig Kleidung tragen" nicht „angebaggert oder bedrängt" werden wollen. Später entschuldigte sich der Veranstalter für die Veröffentlichung.

Die Polizei Köln begann im Dezember mit einer Vielzahl an Angeboten für Medienvertreter, die zeigen sollten, wie gut sie vorbereitet ist. Journalisten durften auf der Partymeile mit auf Streife gehen, neue Überwachungskameras bestaunen, sich Wasserwerfer und Räumpanzer der Bereitschaftspolizei anschauen und den einleitenden Worten des Kölner Polizeipräsidenten bei einer Einsatzbesprechung lauschen. Auch die Stadt gab sich alle Mühe, ein weltoffenes und sicheres Köln zu präsentieren. Ein Lichtkünstler aus Berlin ließ den Dom und sein Umfeld in der Silvesternacht in bunten Farben erstrahlen und neben der Kathedrale sang ein multikultureller Chor Hits wie Michael Jacksons „We are the world".

Bis etwa 21 Uhr sah es in Köln so aus, als würde die Stadt Silvester zwar unter besonderen Sicherheitsbedingungen feiern aber auch so, als ob diese der Allgemeinheit dienen. Dann änderte sich die Lage. Vor dem Hauptbahnhof bauten sich Bereitschaftspolizisten auf, bildeten Ketten und im Bahnhof wählten Polizisten nun aus, wer die linke und wer die rechte Tür benutzen durfte. Wer nach rechts geschickt wurde, landete in einem Polizeikessel. Ausgewählt wurde dabei nach rassistischen Kriterien. Ein dunkler Hauttyp und schwarze Haare reichten aus. Anfangs landeten auch Frauen im Kessel. Im Laufe der Nacht präzisierte die Polizei ihr Profiling, nur noch Männer wurden in den Kessel geführt, den sie nach Leibesvisitationen und Ausweiskontrollen wieder verlassen durften. Dies dauerte teilweise mehrere Stunden. Via Twitter erklärte die Polizei, sie würde 600 „Nafris" kontrollieren. Dabei handelt es sich um eine polizeiliche Abkürzung für „Nordafrikanische Intensivstraftäter". Später entschuldigte sich die Polizei dafür. Der Begriff sei nicht für die Außendarstellung gedacht. In der Silvesternacht und den folgenden Tagen bilanzierte die Polizei einen positiven Einsatz. Alle Maßnahmen seien gut und richtig gewesen. Man habe Gefahren abgewehrt, die hätten entstehen können.

Den Aussagen der Polizei schloss sich eine breite Mehrheit in Politik und Medien





#PolizeiNRW #Silvester2016 #SicherInKöln: Am HBF werden derzeit mehrere Hundert Nafris überprüft. Infos folgen. url.nrw /silvester2016



RETWEETS 157 GEFÄLLT 171

23:08 - 31. Dez. 2016

108 157 171

an. Vom Kölner Express bis zur Süddeutschen Zeitung war zu lesen, dass die Polizei richtig gehandelt habe. Als die Bundesvorsitzende der Grünen Simone Peter, in einem Interview nur anmerkte, dass es kritisch zu bewerten sei, falls die Polizei Menschen wegen ihrer Herkunft festgehalten habe, erntete Peter massive Kritik. Die Bild-Zeitung warf der Politikerin Realitätsverweigerung vor, auf Twitter und Facebook wünschte ein virtueller Mob Simone Peter Vergewaltigungen. Und auch aus der eigenen Partei erntete Peter Kritik. Nach einem Tag entschuldigte sich die Grünen-Vorsitzende für ihre Kritik.

Mit Konkretisierungen, welche Personen die Polizei in der Nacht kontrolliert hatte und aus welchen Anlässen, tat sie sich in der Folgezeit allerdings schwer. Die Kölner Polizei gründete eine Arbeitsgruppe, die herausfinden sollte, warum so viele Nordafrikaner nach Köln gereist seien und welche Motive diese gehabt hätten. Ein erstes Ergebnis der Arbeitsgruppe überrascht. Bei 674 Personen habe man die Personalien überprüft. Für 425 liege ein Ergebnis vor. Die meisten Menschen, die kontrolliert wurden, stammen mit 99 und 94 Personen aus dem Irak und Syrien. Auch 46 Deutsche wurden kontrolliert. Aus Marokko und Algerien stammten nur 17 und 13 Personen. Ein Polizeisprecher erklärte, man habe da wohl eine „bunte Mischung" kontrolliert. Die vorher aufgestellte Behauptung von hunderten Nordafrikanern kann die Polizei jedenfalls nicht mehr aufrechterhalten. Auch die Zahlen der Bundespolizei, die 170 Personalien aufgenommen hat, sprechen keine deutlichere Sprache. Die meisten sind deutsche Staatsbürger. Insgesamt kontrollierte die Bundespolizei Menschen aus 23 Staaten.

Die Polizei kann keine konkrete Gefahr nennen, die von den Menschen ausging, die sie in der Silvesternacht kontrolliert hat. Auch zu Verabredungen und Plänen Straftaten zu begehen konnte sie keine Angaben machen. Die Maßnahmen waren also wohl vor allem einer Befürchtung geschuldet, bei den kleinsten Zwischenfällen in Erklärungsnot zu kommen. Hunderte junge Migranten zu kontrollieren, stellte für die Polizei kein großes Risiko dar. Sie haben keine Lobby und auch mit vielen Klagen gegen den Einsatz musste die Polizei nicht rechnen.

Noch bedenklicher als der Polizeieinsatz ist allerdings das gesellschaftliche Klima auf das er gestoßen ist. Einen solchen Einsatz zu hinterfragen oder ihn kritisch zu bewerten, sollte zu den normalsten Dingen in einer Demokratie gehören. Allerdings ist der Diskurs, wenn es um Köln und Silvester geht, vergiftet. Rechte Parteien und Gruppen nutzten auch die diesjährige Silvesternacht für ihre Stimmungsmache. Der AfD-Politiker Marcus Pretzell etwa lobte die Bild-Zeitung für ihre Angriffe gegen Simone Peter und sieht diese als Zeichen für ein Umdenken. Pro NRW und Kameradschaften, die an den beiden ersten Januarwochenenden in Köln demonstrierten, nahmen die Kontrollen zum Anlass dafür, wieder auf die Gefahr für „deutsche Frauen" aufmerksam zu machen und Rassismus zu schüren. Für sie sind die Kontrollen der Beweis, dass der Staat die Kontrolle verloren habe und sie nun selbst für „Sicherheit und Ordnung" sorgen müssten. Auch im anstehenden Landtagswahlkampf wird die AfD die beiden Kölner Silvesternächte dafür nutzen, um mit Rassismus und dem Hirngespinst von einer hilflosen Polizei Stimmung zu machen. Unterstützung bekommen sie dabei von Medien und konservativen Politikern, die Angst vor No-Go-Areas und Migrantenghettos verbreiten. •

GESCHICHTE

„Vorbeugende Verbrechensbekämpfung" im Nationalsozialismus

Die Verfolgung von „Berufsverbrechern", einer bislang weitgehend ignorierten Opfergruppe

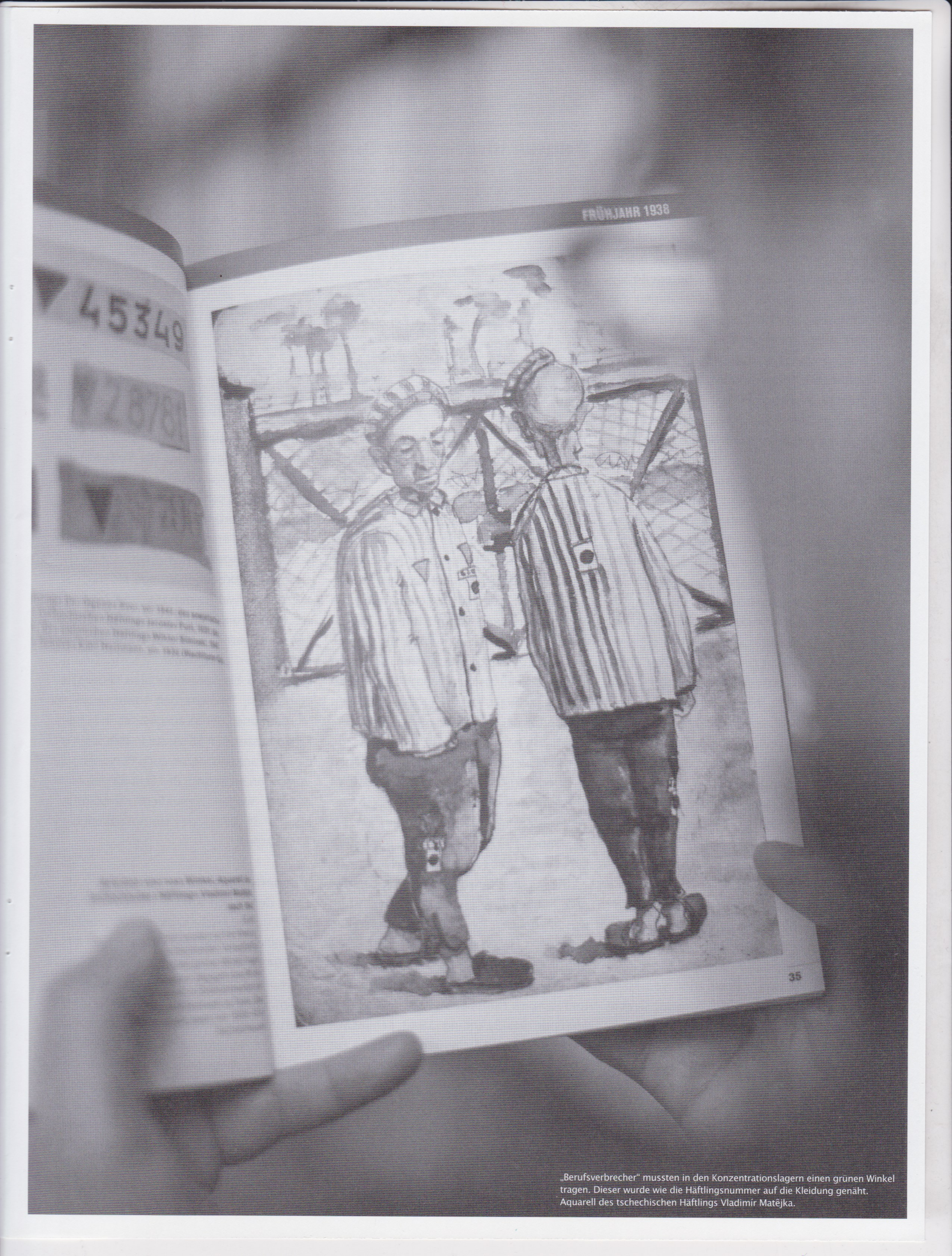
DAGMAR LIESKE

Der „Heiratsschwindler"

Anfang März 1939 befand sich der zu diesem Zeitpunkt achtmal vorbestrafte Berliner Klavierbauer Max Kubik wegen eines Betrugsfalles in der Haftanstalt Berlin Plötzensee. Dem 28-Jährigen wurde vorgeworfen, er sei ein „Heiratsschwindler" und habe sich gegenüber verschiedenen Frauen als Kriminalbeamter und SS-Mann ausgegeben. Zuvor war Kubik Ende 1938 und Anfang 1939 von zwei verschiedenen Frauen angezeigt worden. Er selber gab in einer polizeilichen Vernehmung an, aufgrund einer Herz- und Lungenkrankheit berufsunfähig und mittellos zu sein. Kurzfristig mischte sich auch die Gestapo in den Fall ein, weil sie überprüfen wollte, ob hinter Kubiks „Tarnung" als SS-Obergruppenführer eine politische Motivation gesteckt habe. Die Kriminalpolizei kam jedoch zu dem Schluss, „Beobachtungen, die auf eine staatsfeindliche Betätigung des Kubik schließen lassen, wurden nicht gemacht". Damit zog sich die Gestapo aus den Ermittlungen zurück. Mehrere Monate später wurde Kubik schließlich im August 1939 vor dem Berliner Amtsgericht wegen „Rückfallbetrugs" zu einer Haftstrafe von einem Jahr und einem Monat Zuchthaus verurteilt, die er in Brandenburg-Görden verbüßte. Dort kam er auf einem Arbeitskommando mit der zivilen Arbeiterin Friedel Z. in Kontakt und ging eine Beziehung mit ihr ein. Da Kubik über seine Geliebte Briefe von anderen Gefangenen herausschmuggeln ließ, geriet er in Konflikt mit der Anstaltsleitung, die Frau verlor ihr Beschäftigungsverhältnis. Obwohl der Berliner seine Haftstrafe Ende 1940 abgesessen hatte, wurde er zu diesem Zeitpunkt erneut der Kriminalpolizei überstellt, die ihn mittels sogenannter „Polizeilicher Vorbeugehaft" am 31. Januar 1941 in das KZ Sachsenhausen transportieren ließ. Hier registrierte die SS Kubik als „Berufsverbrecher". Über seine Haftzeit im KZ Sachsenhausen ist nicht viel bekannt — im November 1941 befand er sich im Krankenrevier des Lagers. Am 5. Oktober wurde Kubik schließlich im Rahmen der „Aktion 14f13"[1] mit einem Transport von insgesamt 118 Häftlingen in die Heil- und Pflegeanstalt Bernburg gebracht und dort im Alter von 39 Jahren ermordet. Für die „Aktion 14f13", die eine Fortsetzung des nationalsozialistischen „Euthanasie"-Programms in den Konzentrationslagern war, hatte die SS zuvor kranke und missliebige Personen ausgewählt, die in Bernburg vergast werden sollten. Möglicherweise war Kubik aufgrund seiner eingangs erwähnten Krankheiten auf dieser Liste gelandet. Auf den Totenscheinen wurden später falsche Todesursachen angegeben, um die Morde zu verschleiern — im Fall von Max Kubik hieß es auf der Urkunde, er sei an „Ruhr" gestorben.

„Vorbeugende Verbrechensbekämpfung" im Nationalsozialismus

Kubik war einer von insgesamt fast 9.000 Menschen, die von der Kriminalpolizei unter dem Label einer „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung" in das KZ Sachsenhausen eingewiesen wurden.[2] Bereits im November 1933, also noch im ersten Jahr nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, wurden zwei Instrumente geschaffen, die einen dauerhaften Ausschluss von Personen mit kriminellen Vorstrafen aus der Gesellschaft ermöglichten: Dies war zum einen die mit Erlassen geregelte „Polizeiliche Vorbeugehaft" und zum anderen auf der Ebene der Justiz das „Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und



„Berufsverbrecher" mussten in den Konzentrationslagern einen grünen Winkel tragen. Dieser wurde wie die Häftlingsnummer auf die Kleidung genäht. Aquarell des tschechischen Häftlings Vladimír Matêjka.

VOSSISCHE ZEITUNG · Nr. 545 — **DIE DRITTE SEITE** — *Berlin, das Reich und die Welt* — MITTWOCH, 29. NOVEMBER 1933

Konzentrationslager für Berufsverbrecher

Die ersten Maßnahmen in Berlin

Als Ergänzung zur Durchführung des Reichsgesetzes über Sicherung und Besserung der Gewohnheitsverbrecher ist in Preußen auf Grund der Verordnung des preußischen Ministerpräsidenten die polizeiliche Vorbeugungshaft für Gewohnheitsverbrecher eingeführt.

In Berlin wird jetzt von der Polizei diese Maßnahme zum ersten Male durchgeführt werden. Drei bekannte Einbrecher, die nachts vor einem Konfektionshaus mit Einbruchswerkzeug angetroffen wurden, sollen in ein Konzentrationslager gebracht werden. Die Polizei hatte Informationen über einen geplanten Einbruch in das Konfektionsgeschäft erhalten und daraufhin das Gebäude mehrere Nächte hindurch beobachten lassen. Es erschienen auch wirklich drei Männer, die der Kriminalpolizei als Berufsverbrecher seit langem bekannt sind. Daraufhin wurden sie festgenommen und in Haft behalten. Das Einbruchswerkzeug, das sie bei sich hatten und ihr Leumund reichten vollkommen aus, um den Zweck ihres Erscheinens vor dem Konfektionshaus eindeutig zu klären. Diese drei sind die ersten der Berliner Berufsverbrecher, die den Weg ins Konzentrationslager antreten werden, bevor sie eine neue Straftat durchgeführt haben.

Der grundsätzliche Unterschied zwischen der polizeilichen Vorbeugungshaft und den reichsgesetzlichen Maßregeln der Sicherung und Besserung besteht grade darin, daß bei der Polizeimaßnahme, die jetzt zum erstenmal in Berlin durchgeführt wurde, solche Personen erfaßt werden, die gemeingefährliche Handlungen begehen, ohne sich nach dem bisher geltenden Recht formal strafbar zu machen. Wie Ministerialdirektor Daluege in seinem Rundfunkvortrag, über den wir schon berichtet haben, darlegte, sollen Verbrecher, die glauben, noch im nationalsozialistischen Staat gewohnheitsmäßig und berufsmäßig Straftaten verüben zu können, unschädlich gemacht werden. Es wird ein besonderes Konzentrationslager errichtet werden, in dem diese Verbrecher untergebracht werden. Die Durchführung dieser neuartigen Bekämpfung des Verbrechertums, die es in dieser Form bisher in keinem Lande gibt, wird für die Berliner Polizei praktisch keine besonderen Schwierigkeiten bringen. Alle erforderlichen Maßnahmen sollen mit den zur Zeit vorhandenen Kräften und Mitteln bewältigt werden, so daß keine neuen Kosten entstehen.

Die Unterbringung von Berufsverbrechern in Konzentrationslagern wird in der Berliner Polizei zunächst maßvoll betrieben werden. Man wird abwarten, wie weit die polizeiliche Vorbeugungshaft abschreckend auf das Verbrechertum wirkt.

Man wird jedoch daran gehen, die Zahl der Unterbringungen erheblich zu steigern, wenn sich herausstellen sollte, daß die Berliner Berufsverbrecher ihre systematischen Raubzüge fortsetzen werden. Da den erfahrenen Kriminalisten Berlins eine große Zahl von Personen bekannt ist, die unter den Begriff „Berufsverbrecher" fallen, wird die Ermittlung und Festnahme der Betreffenden nicht schwer sein. Die Verwahrung in Konzentrationslagern erfolgt zunächst auf unbestimmte Zeit. Bis zur Einrichtung des Lagers, dessen Standort noch nicht festgelegt ist, werden die Verbrecher im Polizeigefängnis untergebracht werden.

In Berlin gesucht — im Zuchthaus ermittelt

Die Nachforschungen nach einer Einbrecherkolonne, die im vorigen Jahr eine Serie schwerer Einbrüche in der Umgebung der Oranienburger Straße verübt hat, haben ein seltsames Resultat ergeben: vier der fünf Mitglieder dieser Kolonne sitzen bereits wegen anderer schwerer Straftaten im Zuchthaus, nur der fünfte, der 47jährige Ewald Wobler, der in Verbrecherkreisen unter dem Spitznamen „Fürst Eugen" bekannt ist, wird noch gesucht. Die vier Zuchthäusler werden jetzt wegen Einbruchsdiebstahls im Rückfalle zur Verantwortung gezogen werden.

der Bekämpfung von Seuchen und Volkskrankheiten in Verbindung mit der öffentlichen Fürsorge.

Das Deutsche Rote Kreuz gliedert sich in Landesvereine, die den Reichsstatthalterbezirken entsprechen. Mit dieser einheitlichen Bezeichnung und politischen Gliederung kommt durch die neue Satzung die Einheitlichkeit des Führergedankens zum Ausdruck. Die Aemter im Deutschen Roten Kreuz werden ehrenamtlich versehen mit Ausnahme derjenigen der Beamten und Angestellten der Hauptverwaltung und der nachgeordneten Vereinigungen.

Ueberfall im Juwelengeschäft

Türkischer Händler sticht zwei Frauen nieder

Ein blutiger Ueberfall wurde gestern vormittag in dem Juweliergeschäft von A. Babitschenko in der Friedrichstraße 150 verübt. Der 47jährige türkische Staatsangehörige David Madakhan-Zadek fiel nach einem heftigen Wortwechsel über die 23jährige Verkäuferin Gerda Kahl her und stach mit einem schweren Steinbohrer auf das Mädchen ein. Auf die Hilferufe der Ueberfallenen eilte aus dem ersten Stockwerk eine Assistentin des Juwelenhändlers, die 39jährige Frau Jacobsohn, herbei. Der rasende Mann verletzte auch dieser Frau mehrere Stiche mit dem Steinbohrer. Dann flüchtete der Täter auf den Hof, wo sich ihm ein Hausbewohner entgegenstellte. Inzwischen war auch ein Polizeibeamter herbeigeeilt, der den Mann festnahm.

Die beiden Frauen wurden in die Charité gebracht. Bei der Vernehmung des Täters durch Kriminalkommissar Schwörer stellte sich heraus, daß der Türke offenbar keinen Raubüberfall versucht habe. Die Angaben des Täters werden noch nachgeprüft. Ihnen stehen Erklärungen des Juweliers gegenüber, der behauptet, daß ihn der Türke häufig angebettelt habe.

Zehn Todesurteile. Nach vierstündiger Beratung verurteilte gestern das Schwurgericht Dessau im Hecklinger Mordprozeß (Erschießung des SA-Mannes Ewalit) zehn angeklagte Kommunisten wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode und zu dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

über Maßregeln der Sicherung und Besserung" (kurz: Gewohnheitsverbrechergesetz). Beide ermöglichten eine dauerhafte Inhaftierung, deren Grundlage kein aktuelles Ermittlungs- oder Strafverfahren war, sondern die grundsätzliche Einschätzung des „Delinquenten" im Hinblick auf zukünftiges kriminelles Verhalten. Sowohl die Vorbeugehaft als auch die mit dem Gewohnheitsverbrechergesetz geregelte Sicherungsverwahrung (§ 42e) gingen auf kriminalpolitische Konzepte zurück, die bereits im Deutschen Kaiserreich diskutiert worden waren. So hatte schon der liberale Strafrechtler Franz von Liszt für das unbegrenzte „Wegsperren" von „Unverbesserlichen" plädiert. Besondere Popularität erhielt die Vorstellung von der Existenz eines „Gewohnheits-" oder „Berufsverbrechertums" aber in der Weimarer Republik. Der Kriminalpolitiker Robert Heindl veröffentlichte 1926 einen Band mit dem Titel „Der Berufsverbrecher. Ein Beitrag zur Strafrechtsreform". Darin vertrat er die These, dass eine eingrenzbare Anzahl von professionellen „Verbrechern", die überwiegend in demselben Kriminalitätszweig tätig sein und „aus reiner Gewinnsucht" handeln würden, für den Großteil der Eigentumskriminalität insgesamt verantwortlich seien. Heindl forderte ihre dauerhafte Verwahrung, um die Kriminalitätsrate zu senken. Diese Konzepte fielen schon vor der Machtübernahme innerhalb der Kriminalpolizei auf fruchtbaren Boden, wurden aber erst danach in einem bis dahin unbekannten Maße zum festen Bestandteil der Kriminalpolitik. Dabei wurden zunehmend auch kriminalbiologische Erklärungsmodelle relevant — nicht zuletzt sollte die dauerhafte Internierung den „Delinquenten" daran hindern, weitere Nachkommen zu zeugen. Das „Gewohnheitsverbrechergesetz" ermöglichte nach § 42 k zudem erstmals die Zwangskastration von Männern ab 21 Jahren, wenn diese vor Gericht als „gefährliche Sittlichkeitsverbrecher" eingestuft wurden. In Abgrenzung zur angeblich zu liberalen Verbrechensbekämpfung in der Weimarer Republik inszenierten sich die neuen Machthaber in diesem Bereich als besonders rigoros. Berühmte Kriminalfälle aus der Weimarer Republik, wie z. B. der „Tresorknacker" Franz und Erich Saß, dienten zur Begründung der neuen Maßnahmen.[3] So heißt es in der preußischen „Anwendung der vorbeugenden Polizeihaft gegen Berufsverbrecher" vom 13. November 1933, „Fälle, wie die der Gebrüder Saß in Berlin, die wiederholt ihre Absicht zur Begehung von Einbruchdiebstählen durch die Tat bekundet haben, jedoch mangels der Erfüllung eines strafrechtlichen Tatbestandsmerkmals — zum Spott für die Behörde — frei ausgehen mußten, sollen im nationalsozialistischen Staate unmöglich werden." Lokale Kriminalpolizeibehörden konnten zunächst auf Basis jeweiliger Landeserlasse ein- bis mehrfach Vorbestrafte zu „Berufsverbrechern" erklären und gegen diese unbefristete und „präventive" Haft im Konzentrationslager verfügen. Nach der Zentralisierung der Polizei erging am 14. Dezember 1937 schließlich ein „Grunderlaß", der die Vorbeugehaft reichsweit regelte.

Die mit dem Gewohnheitsverbrechergesetz eingeführte Sicherungsverwahrung wurde zunächst in den Justizhaftanstalten vollstreckt. Nach einem im Herbst 1942 getroffenen Übereinkommen zwischen dem Reichsjustizminister Otto von Thierack und Heinrich Himmler überstellte die Justiz ab Ende 1942/Anfang 1943 schließlich mehrere tausend Sicherungsverwahrte zur „Vernichtung durch Arbeit" aus den Haftanstalten in die Konzentrationslager. Thierack begründete dies explizit mit der Kriegssituation. Während die Soldaten an der Front fallen würden, sei eine Versorgung der „Asozialen" in den Zuchthäusern nicht mehr angebracht. Die Todesrate in dieser Gruppe war in den meisten Konzentrationslagern sehr hoch – im KZ Sachsenhausen verstarb knapp die Hälfte der insgesamt 480 Personen, die als Sicherungsverwahrte eingeliefert wurden.

Sowohl Vorbeugehäftlinge als auch Sicherungsverwahrte mussten im KZ-System als „Markierung" einen grünen Winkel tragen und waren — wie alle anderen KZ-Häftlinge — alltäglichem Terror, Gewalt, schlechten bis katastrophalen Lebensbedingungen, Zwangsarbeit sowie gezielten Mordaktionen der SS ausgesetzt. In einigen Fällen kastrierten SS-Ärzte in den lagereigenen Krankenrevieren auch Personen, die Vorstrafen im Bereich des Sexualstrafrechts wie z.B. wegen „sexuellem Kindesmissbrauch" (§ 176) oder Homosexualität (§ 175) hatten.

Ignorierte Opfer

Trotz der hohen Anzahl von etwa 70.000 bis 80.000 Menschen, die mittels kriminalpolizeilicher Vorbeugehaft zwischen 1933 bis 1945 in Konzentrationslager eingewiesen wurden sowie mehreren Tausend Menschen, die die Justiz ab Ende 1942 als Sicherungsverwahrte an die SS übergab, bleibt die Haftgruppe der „Kriminellen" bis heute weitgehend unbeachtet. Drei Aspekte können dies erklären: Erstens sind sie von Beginn an im juristischen Sinne nicht als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt worden. Aufgrund des eng definierten Op-

ferbegriffs in der deutschen Entschädigungsgesetzgebung, unter den nur gefasst wird, „wer aus Gründen politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt worden ist", kann mittlerweile allenfalls eine einmalige Entschädigung auf Basis einer Härtefallregelung beantragt werden.[4] Zweitens waren sowohl die historische KZ-Forschung als auch die Darstellungen in den Gedenkstätten selbst lange überwiegend durch Erinnerungsberichte ehemaliger Häftlinge geprägt. Da sich die als „Berufsverbrecher" Verfolgten i. d. Regel nach der Befreiung weder in den entsprechenden Verbänden organisierten, noch ihre Erlebnisse verschriftlichten bzw. diese publizierten, blieben ihre Perspektiven unbeachtet. Dominiert wurde die Sichtweise auf die „Grünwinkligen" durch häufig negative Beschreibungen und Zuschreibungen anderer Überlebender. Und drittens galten die kriminalpolitischen Konzepte und Praktiken der Nationalsozialisten innerhalb der Polizei- und Justizbehörden bis weit in die 1960er Jahre nicht als spezifisch nationalsozialistisches Unrecht, sondern vielmehr als eine Fortsetzung regulärer Kriminalpolitik mit anderen Mitteln.


Faksimile

Geheimrat Dr. Heindl, dessen Werke über den Typus des Berufsverbrechers größte Beachtung gefunden haben.

Frank Nonnenmacher, der sich als Angehöriger intensiv mit der Lebensgeschichte seines Onkels Ernst Nonnenmacher befasst hat, der als „Asozialer" und „Berufsverbrecher" in verschiedenen Konzentrationslagern inhaftiert war, schrieb kürzlich im „Freitag": „Um materielle Entschädigung geht es inzwischen nicht mehr. Die Betroffenen sind vermutlich alle tot. Wohl aber geht es um unsere Erinnerungskultur, die immer noch eine zahlenmäßig durchaus bedeutende Opfergruppe ausschließt." Tatsächlich werden inzwischen einzelne Schicksale derjenigen, die als „Kriminelle" verfolgt wurden, in den meisten Ausstellungen der KZ-Gedenkstätten behandelt — öffentliche Gedenkveranstaltungen wurden ihnen bislang aber nicht gewidmet. Nach wie vor ist die Sichtweise auf die Häftlingsgruppe von der auf Erinnerungsberichte zurückzuführenden These geprägt, „Berufsverbrecher" hätten in den Lagern grundsätzlich privilegierte Stellungen eingenommen und zu Ungunsten der anderen Häftlinge gehandelt. Dabei gerät aus dem Blickfeld, dass es stets auch unter den „Grünwinkligen" nur eine Minderheit war, die solche Posten im Konzentrationslager bekleiden konnte.

Ausblick

Die KZ-Forschung hat sich lange an den Gruppenzuordnungen der Verfolgungsbehörden entlang gehangelt, um die Pluralität der Häftlingsgesellschaft sichtbar zu machen. Heute erscheint es mir sinnvoller, sich gerade in Bezug auf „Grauzonen" wie sie anhand der Häftlingsvorarbeiter deutlich werden, verstärkt den individuellen Geschichten zu widmen, anstatt das Verhalten im Lager mit der Zuordnung zu einer „Gruppe" gleich zu setzen. Neben der Sichtbarmachung aller Verfolgten ist deshalb eine gleichzeitige Dekonstruktion der von den Verfolgern gebildeten Kategorien geboten. Eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der „Berufsverbrecher" als KZ-Häftlinge bietet die Möglichkeit, eine kritische Diskussion über problematische Auswüchse aktueller Konzepte der Kriminalitätsbekämpfung- und Prävention anzuregen. Denn noch heute erfreuen sich — insbesondere seit den 1990er Jahren — Maßnahmen wie die Sicherungsverwahrung als Antwort auf Kriminalität und Verbrechen großer Beliebtheit. Forderungen wie die des damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder, der 2001 im Hinblick auf Sexualstraftäter erklärte: „Wegsperren — und zwar für immer" dürften bei nicht wenigen Menschen auf fruchtbaren Boden fallen. Die zeigt auch die Instrumentalisierung von Fällen sexuellen Kindesmissbrauchs durch Neonazis, die diese nutzen, um ihr Gesellschaftsmodell einer deutschen „Volksgemeinschaft" zu verbreiten und dabei nicht selten Unterstützung aus der lokalen Bevölkerung erfahren. Eine Auseinandersetzung mit den historischen Konzepten und ihren Konsequenzen für die betroffenen Individuen ist deshalb auch aus tagespolitischen Gründen wichtig. Denn unabhängig davon, welche Straftaten jemand begeht, er hat das Recht auf eine menschenwürdige Behandlung. •


Bundesarchiv Bild 183-00627-0504

Der Reichsjustizminister Dr. Otto Georg Thierack

Zur weiteren Lektüre:
Dagmar Lieske: Unbequeme Opfer? „Berufsverbrecher" als Häftlinge im KZ Sachsenhausen, Berlin 2016.

1 „14f13" war ein internes Aktenzeichen, dabei stand „14 f" für den Tod im Konzentrationslager und „13" für den Transport in eine „Euthanasie"-Anstalt. 2 Dagmar Lieske, Unbequeme Opfer? „Berufsverbrecher" als Häftlinge im KZ Sachsenhausen, Berlin 2016 (= Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Bd. 16), S. 35. 3 Die Brüder Saß wurden im März 1940 im KZ Sachsenhausen erschossen, vgl. Günter Morsch, Mord und Massenmord im Konzentrationslager Sachsenhausen 1936—1945, 2. Aufl., Berlin 2008 (=Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Bd. 13), S. 160-165. 4 Siehe zur Entschädigungsgesetzgebung die Broschüre Bundesministerium der Finanzen, Entschädigung von NS-Unrecht, Berlin 2012.

RESSORT

Willkommen beim Tribunal „NSU-Komplex auflösen“

MASSIMO PERINELLI

Zusammen mit Initiativen, die bundesweit gemeinsam mit den Angehörigen des NSU-Terrors um Wahrheit und Gerechtigkeit kämpfen, wurde der Mut gefunden, ein Tribunal einzuberufen. Im Mai 2017 werden während fünf Tagen in den Räumen des Schauspiels in Köln-Mülheim folgende Dinge geschehen: Rassismus wird als etwas entlarvt, das vergeblich versucht, die Migrantisierung und damit Demokratisierung unserer Gesellschaft rückgängig zu machen. Das Tribunal wird zeigen, dass Rassismus weder pathologisch noch ahistorisch ist, sondern überwindbar und funktional. Dafür laden wir Personen und Gruppen ein, die jenseits vom NSU seit Jahren aus ihrer spezifischen Situation heraus gegen Rassismus kämpfen. Sie bringen ihre Erfahrungen ein, kontextualisieren das Geschehen und setzen die unterschiedlichen Kämpfe miteinander ins Verhältnis.

Vor allem wird der NSU-Komplex angeklagt, seine Strukturen und seine Verantwortlichen benannt. Diejenigen, die sich der Beihilfe, Unterstützung, Verschleierung, Stigmatisierung und Lüge schuldig gemacht haben, werden benannt und angeklagt. Die Gesellschaft wird ein Urteil für sie finden durch neue Ermittlungsverfahren, kritische Distanzierungen, Dienstaufsichtsbeschwerden, Kündigungen, Ächtungen...

Zentral steht jedoch das Wissen der Betroffenen im NSU-Komplex. Sie erzählen ihre Geschichten, formulieren Analysen, stellen Forderungen und verleihen ihrer Wut, ihrer Trauer und ihrer Hoffnung Ausdruck. Das Ziel ist es, bei künftigen Angriffen und Diffamierungen die Perspektive derjenigen zentral zu stellen, die das Muster des strukturellen Rassismus erkennen, wenn es ihnen begegnet, und die die Regeln des schmutzigen Spiels, das mit ihnen getrieben wird, ausbuchstabieren können. Ihre Rechte zu verteidigen und damit die Gesellschaft der Vielen zu stärken, soll das Signal des Tribunals sein.

Das Tribunal steht für die Überwindung der rassistischen Spaltung — auch innerhalb der Linken. Das ist nicht selbstverständlich. Als sich Ende der 1990er Jahre Teile der Neonazi-Szene in Strategiepapieren mit „terroristischem Untergrundkampf“ auseinandersetzten, in kleinen Zellen organisierten, bewaffneten und über Rechts-Rock-Vertrieb finanzierten, wurde dies von Antifa-Aktivist_innen beobachtet und öffentlich thematisiert. Außer dem Verfassungsschutz interessierten diese alarmierenden Berichte jedoch kaum jemanden. Der VS reagierte hingegen mit einer gezielten Verharmlosung der rechten Szene. Ein Bericht nach dem anderen leugnete die Möglichkeit eines „rechtsextremen Terrorismus“: Zu dumm, zu unpolitisch und zum organisierten Handeln nicht fähig, schrieben jene Beamte aus den Geheimdiensten, die gleichzeitig die Strukturen, aus denen der NSU hervorging, mit Sorgfalt betreuten. Als die Morde dann losgingen, wurde dies jedoch weder von altgedienten Antirassist_innen noch von Antifas verstanden. Obwohl es anfänglich sogar Stimmen gab, die etwa im Falle der Nagelbombe auf der Kölner Keupstraße 2004 den richtigen Schluss zogen und schrieben, dass „viele Indizien (...) allerdings in die Richtung eines fremdenfeindlichen Motiv weisen“ und die Frage aufwarfen, warum „Ermittlungen gerade in diese Richtung verhindert werden sollen“, fanden sie keinen Weg der Solidarität.[1] Die Jungle World schrieb nur einen Monat nach dem Anschlag, dass „der mutmaßliche Täter mit den blonden Haaren unter der Baseballkappe (...) gewusst haben (muss), dass hauptsächlich Migrantinnen und Migranten seinem Anschlag zum Opfer fallen würden. (...) Da der Anschlag ausgerechnet hier geschah, ist eine rassistische Botschaft der Bombe nicht auszuschließen.“[2] Der Artikel verweist auf die Zeugenaussage von Hassan Yilderim, dem Kuaför auf der Keupstraße, der sah, wie der Täter das Fahrrad vor seinem Laden abstellte und ihn als einen Deutschen beschrieb. Trotz all dieser präzisen Schlussfolgerungen gelang es der deutschen Linken nicht, den entscheidenden Schritt zu machen und mit den Betroffenen selber Kontakt aufzunehmen. Tragisch, denn dann hätten sie entdecken können, dass diese zunächst durchgängig davon sprachen, dass es sich



nur um einen rassistischen Anschlag gehandelt haben könne. Erst die jahrelange Stigmatisierung, die sie durch die Opfer-Täter-Umkehrung erleiden mussten, brachte ihr Reden in den späten 2000er Jahren zum Schweigen. Auch die Angehörigen der Mordopfer erkannten das rassistische Muster der Mordserie und prangerten es öffentlich an. Die Familien Yozgat, Şimşek und Kubaşık organisierten unmittelbar nach den Morden an Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat zwei Demonstrationen in Kassel und Dortmund. Mehrere tausend türkische Menschen forderten den Staat auf, das Morden zu beenden und die Täter endlich festzunehmen, aber die deutsche Linke ignorierte diesen eigentlich nicht zu übersehenden Protest. Trotz gleicher Analyse zwischen Antifa-Recherche und migrantisch situiertem Wissen gelang es nicht, miteinander ins Gespräch zu kommen. Dies ist ein folgenreiches Unvermögen, das seinen Ursprung in der nationalen Verfasstheit der deutschen radikalen Linken findet. Auch ihnen sind migrantische Lebenswelten fremd.

Erst Jahre später nach der Selbstenttarnung des NSU wurde diese Spaltung überwunden — von den betroffenen Migrant_innen. Als 2011 die Kölner Antifa — die ersten, die auf die Selbstenttarnung des NSU reagierten — nach der Enttarnung des NSU eine Demo durch die Keupstraße durchführen wollte, ohne im Vorfeld mit den Menschen dieser türkisch geprägten Geschäfts- und Ladenstraße zu sprechen, stellte sich ihnen der Vorsitzende der IG-Keupstraße, Mitat Özdemir, in den Weg und verlangte eine Erklärung. Aus dieser erzwungenen Begegnung entwickelte sich ein Dialog, der schließlich, nach unzähligen Treffen, Veranstaltungen und Gesprächen in einer kontinuierlichen solidarischen Zusammenarbeit mündete, die Seltenheit in diesem Land besitzt. In Köln entstand aus Antifagruppen, Antira-Aktivist_innen, Anwohner_innen und Betroffenen die Initiative „Keupstraße ist überall", der es gelang, die ungute Arbeitsteilung aus Anti-Nazi-Kampf, antirassistischen Paternalismus, migrantischer Isolation und akademischen Elitismus zu überwinden und in ein solidarisches Projekt zu überführen.

Daraus wurde die Kraft gewonnen, der Stigmatisierung der Opfer eine andere Vision entgegenzusetzen und ein migrantisch situiertes Wissen in die Öffentlichkeit sowie an die Orte der vermeintlichen Aufklärung zu tragen und dort zu verstärken. Diese solidarische Allianz ist einmalig in diesem Land. Sie hat es in den letzten drei Jahren nicht nur geschafft, den NSU-Komplex in seiner gesamten gesellschaftlichen Dimension zu begreifen, sondern auch die Kontinuität der rassistischen Anschläge vor und nach 1989 zu re-thematisieren und auch hier die Aufklärung voranzutreiben. Vor allem aber wurde deutlich, was es heißt, wenn die postmigrantische Gesellschaft der Vielen sich gegen den strukturellen Rassismus formiert und diesen herausfordert.

Diese Herausforderung hat seinen vorläufigen Höhepunkt darin gefunden, den NSU-Komplex nun selber aufzuklären und anzuklagen:

Wir klagen. Wir klagen um die Opfer, die fehlen; und um diejenigen, die jahrelang bis heute so viel Leid und Demütigung ertragen mussten.

Wir klagen an, denn der Schmerz verlangt eine Konsequenz. Das Tribunal wird die Namen und Taten der Verantwortlichen unüberhörbar in den öffentlichen Raum transportieren, auf dass die Gesellschaft über sie befinden und ein Urteil über sie fällen möge.

Wir klagen ein. Wir klagen eine andere Realität ein, eine solidarische Gesellschaft, die diese Verhältnisse demokratisieren kann und es seit Jahrzehnten bereits tut. Wir werden zeigen, dass Rassismus uns nicht nur trennt, sondern dass er auch alle miteinander verbindet, die von gesellschaftlicher Stigmatisierung betroffen sind. Die Botschaft lautet: wir bleiben, wir verändern, wir demokratisieren, wir schaffen eine Gesellschaft der Vielen.

Beteiligt euch an der Klage, beteiligt euch am Tribunal. Kommt in die Räume des Schauspiels Köln vom 17.—21 Mai 2017 #TRBNL

1 Andreas Kunstmann; Dietmar Henning, Der Anschlag in Köln, auf: World Socialist Website, 17.6.2004 2 Jörg Kronauer, Eine Bombe schlägt ein, in: Jungle World Nr. 29, 7.7.2004

GESELLSCHAFT

„Wir hatten uns eine solidarische Streitkultur erhofft“

Ein Gespräch mit dem Conne Island

Mit dem im Oktober 2016 veröffentlichten Text „Ein Schritt vor, zwei zurück“ hat das selbstverwaltete Jugend- und Kulturzentrum Conne Island in Leipzig eine enorme Resonanz auch über die Szene hinaus erfahren. Der Brief liest sich wie ein Hilferuf. Aufgrund von Verhaltensweisen von Männergruppen auf Partys werde „für Frauen der ausgelassene Tanzabend schnell zum Spießrutenlauf.“ Der eigene Anspruch, Sexismus von den Tanzflächen zu verbannen sei mit dem Versuch, Geflüchteten über einen reduzierten Eintritt einen leichteren Zugang zu den Veranstaltungen zu ermöglichen, zunehmend nicht mehr vereinbar gewesen. „Die stark autoritär und patriarchal geprägte Sozialisation in einigen Herkunftsländern Geflüchteter und die Freizügigkeit der westlichen (Feier-)Kultur bilden auch bei uns mitunter eine explosive Mischung.“ Während extrem rechte Akteure Beifall klatschten und viele Medien bis hin zum Spiegel berichteten, waren die Reaktionen der linken Szene zwiegespalten. Während ein Teil eine öffentliche Diskussion ablehnt und dem Conne Island vorwarf, rassistische Stereotype zu reproduzieren, gab es auch Stimmen, die für eine offene und ehrliche Debatte plädierten.

Ihr habt in eurem offenen Brief geschrieben: „Wir halten eine Thematisierung der Problematik innerhalb der Linken für längst überfällig und wollen dem Rechtspopulismus nicht die Deutungshoheit in dieser Debatte überlassen.“ Was genau habt ihr euch von der Veröffentlichung erhofft?

In erster Linie wollten wir den von sexistischen Übergriffen Betroffenen klar zeigen, dass wir mit ihnen solidarisch sind, die schwierige Situation erkennen und an Lösungen arbeiten. Wir sahen uns einmal mehr gezwungen, über Sexismus zu reden und offen zu legen, dass sich die Zahl der sexuellen Übergriffe deutlich erhöht hat. Außerdem suchten wir den Austausch mit anderen Clubs, Veranstalter_innen sowie der linken Szene — auch über Leipzig hinaus. Während wir den Austausch mit linken Kulturzentren und Clubs als sehr hilfreich und konstruktiv empfanden, stellt sich für uns die Debatte innerhalb linker Gruppen und Publikationen eher problematisch dar. Wir hatten uns eine sachliche und solidarische Streitkultur erhofft, in der es möglich ist, Fehler zu machen und die eigene Position zu reflektieren, anstatt sich in Vorwürfen und Anschuldigungen zu verlieren.

Das Conne Island wird von einem großen und heterogenen Kollektiv getragen, welches zwangsläufig verschiedene linke Positionen in sich vereint. Wir halten es für falsch, reflexartig den Diskurs allein auf Rassismus zu beschränken und dabei die sexistischen Übergriffe zu verharmlosen oder ganz zu verschweigen.

Habt ihr auch diskutiert, die Partys vorerst ganz auszusetzen, um einen gemeinsamen Umgang zu finden, anstatt eine öffentliche Debatte zu führen, die zu Lasten von allen nichtweißen Männern in dem Bereich geht?

Ja, es wurde auch in diese Richtung diskutiert, jedoch recht schnell von diesem Lösungsansatz Abstand genommen. Was für eine Reaktion wäre das gewesen? Das Aussitzen von Problemen ist vielleicht ein klassischer, für die Debatte jedoch äußerst kontraproduktiver Umgang. Probleme zu lösen, indem sie nicht thematisiert werden, ist so ziemlich das Gegenteil unseres Verständnisses von linker Politik.

Das Auslassen dieser Debatte wäre ebenso zu Lasten von „nichtweißen Männern“ gegangen und zudem einer Bankrotterklärung gegenüber den Betroffenen und der eigenen politischen Arbeit gleichgekommen. Unser Anspruch war es, keine Gruppen von Leuten unter Generalverdacht zu stellen, sondern die Häufung der Vorfälle zu thematisieren.

Wir veranstalten Hip Hop-, Pop- oder Oi!-Konzerte und wissen, dass es auch da zum Teil Inhalte und Verhaltensweisen gibt, die problematisch sind. Die Auseinandersetzung damit kann anstrengend und konfliktreich sein, hat sich in den letzten 25 Jahren jedoch oft gelohnt.

Es hat gerade von linker Seite sehr viel Kritik an eurem Brief gegeben, insbesondere am Zeitpunkt der Veröffentlichung, aber auch am Duktus. Wie habt ihr die Reaktionen insgesamt empfunden, hat sich die von euch gewünschte konstruktive Auseinandersetzung eingestellt, gerade auch mit den Kritiker_innen?

Es ist für uns derzeit nicht abzusehen, ob sich die oft angeführte „politische Großwetterlage“ so bald ändern wird und damit

ein vermeintlich besserer Zeitpunkt gegeben wäre. Nicht der Zeitpunkt der Veröffentlichung, sondern die Notwendigkeit einer Veröffentlichung ist für uns relevant.

Erschreckend ist nach wie vor, dass es so wenige Reaktionen gab, die sich ernsthaft mit den Betroffenen beschäftigt haben. Das fällt auch bei euren Fragen auf, in denen ihr kein einziges Mal von den von Übergriffen betroffenen Personen sprecht.

Wir sehen hier die Gefahr der Relativierung bis hin zur Negierung der Übergriffe. Die Kritik an Rassismus und Sexismus sollte nicht wechselseitig ausgespielt werden. Dass dies aber geschieht, ist ein Dilemma linker Identitätspolitik.

Zur Kritik an unserem Text lässt sich sagen, dass wir diese grundsätzlich begrüßen und für wichtig halten, um politisch arbeiten zu können. Wir wollen eine lebendige Streitkultur, in der sich eine sachliche Debatte führen lässt. Insofern erkennen wir in unserem Statement sprachliche Defizite, die zu Missverständnissen geführt haben und zu Recht kritisiert worden sind.

Ihr schreibt, die Angst vor einem ungerechtfertigten Rassismusvorwurf habe die Lösung von Konflikten einige Male erschwert — gleichzeitig hätten sich Gäste mit einem „vorauseilendem Antirassismus" gegenüber dem Einlasspersonal eingemischt. Habt ihr einen Umgang damit gefunden?

Ein Umgang kann nur Sensibilität und die Hoffnung auf das Reflexionsvermögen von Menschen sein. Dies versuchen wir individuell durch sachlich geführte Auseinandersetzung vor Ort zu erreichen.

Ihr habt zunächst mit einer Erhöhung des Eintrittsgeldes für Geflüchtete sowie mit Kursen für eure Security reagiert. Wie sahen die Kurse konkret aus? Wurden auch Gespräche mit den Geflüchteten gesucht? Welche Möglichkeiten seht ihr noch?

Wir haben den Eintrittspreis für Geflüchtete nicht erhöht, sondern eine Mailadresse eingerichtet, über die sich angemeldet werden kann. So müssen die betreffenden Personen nicht viel zu ihrer Situation erklären, sondern stehen einfach auf der Gästeliste.

Selbstverständlich haben wir mit Geflüchteten gesprochen. Was sagt das aber in Bezug auf die Leute aus, die bei uns Ärger gemacht haben? Die geflüchteten Menschen in Leipzig sind keine Gruppe, die als Ganzes angesprochen werden kann. Wir glauben weder, dass sich alle Geflüchteten in Leipzig kennen, noch, dass es unter ihnen keine Kritik an sexistischem Verhalten gibt.

Die regelmäßig stattfindenden Kurse haben vor allem das Ziel, auf eine sich verändernde Einlasssituation zu reagieren und behandeln u.a. Themen wie Deeskalationsstrategien und Kommunikation mit Gästen.

Wir haben Gespräche mit den Betroffenen gesucht und ihnen Unterstützung angeboten. Es sind mehr Leute im Saal als Ansprechpersonen präsent und es wurden Aushänge in mehreren Sprachen angebracht.

In unserer Crew sind auch Geflüchtete. Aber wie oben schon erwähnt, sehen wir zwischen ihnen und den Leuten, die hier Ärger gemacht haben, keinen Zusammenhang — außer vielleicht der Möglichkeit Sprachbarrieren zu überwinden. Sprache bleibt aber in unserer Auseinandersetzung mit Sexismus ein geringes Problem.

Sowohl beim linksalternativen Club „White Rabbit" in Freiburg, um dessen Einlasspolitik es bereits Anfang 2016 medialen Wirbel gegeben hatte, als auch bei euch scheinen sich die Schwierigkeiten auf die Partys zu beschränken. Was gibt es von eurer Seite darüber hinaus an Angeboten insbesondere für jugendliche Geflüchtete? Seht ihr im Bereich der Jugendarbeit Möglichkeiten, auch auf die von euch problematisierten Verhaltensweisen einzuwirken?

Wir wollen und können keine soziale Arbeit leisten. Das gilt für alle Jugendlichen, die sich bei uns treffen. Es gibt im Conne Island unterschiedliche Projekte, die von jungen Leuten genutzt werden können: Einen DJ-Proberaum für Frauen, freie Flächen für Sprayer_innen, eine großen Hof mit Skatepark oder freiem WiFi — unbeabsichtigt das vielleicht beste Angebot für die Jugendlichen aus den Unterkünften in der Nähe.

Seit zwei Jahren haben wir Angebote wie die „Bike Days". Dabei werden gemeinsamen mit jungen Geflüchteten Fahrräder aufgebaut und Ausflüge unternommen. Das werden wir weiter machen, jedoch nicht weil wir glauben, damit die „problematisierten Verhaltensweisen" aus der Welt zu schaffen, sondern weil wir es wichtig finden, Geflüchteten die Möglichkeit zu geben sich unabhängiger in Leipzig zu bewegen.

Nach viel Kritik an eurem Text wurde im Februar in dem von euch herausgegebenen Newsletter ein Text unter dem Titel „Wer schweigt, stimmt zu" abgedruckt – in dem die Auseinandersetzungen kulturrassistisch auf „den Islam" verengt und zurückgeführt werden. Der Text wirbt für sich als „Verteidigung des Conne Island gegen seine Freunde" — wir würden eher sagen, er gießt eine erhebliche Menge Öl ins Feuer des Versuches einer konstruktiven Debatte. Was meint ihr?

Wir finden nicht, dass der Text weniger konstruktiv ist als viele andere Veröffentlichungen innerhalb dieser Debatte. Hier ließe sich ein Liste mit blödsinnigen Zitaten anfügen, welche die Debatte kein Stück weiter gebracht haben. Dennoch gibt es einige Menschen im Conne Island, die eine deutliche Kritik am Text der AG No Tears for Krauts und der „Verengung auf den Islam" haben, und wieder andere, die sich dem inhaltlich anschließen.

Das CEE IEH ist ein vom Plenum unabhängiges Medium, welches die Meinung der jeweiligen AutorInnen und Gruppen widerspiegelt. •

REPRESSION

Hamburgs Polizei als politischer Akteur

Hamburgs Polizei präsentiert sich als moderne Großstadtpolizei, die als Dienstleister des demokratischen Gemeinwesens die Sicherheit aller Bürger_innen im Blick hat. Der steigende Anteil migrantischer Polizist_innen bzw. Frauen in Führungspositionen werden medial als Zeichen progressiver Personalpolitik präsentiert, mit Twitterkampagnen gibt man sich fortschrittlich und weltoffen.

Hinter dieser PR-Fassade existiert ein institutionelles Handeln, das in ungebrochener Tradition eines jahrzehntelangen reaktionären und von Ressentiments geleiteten Denken steht, wie die nachfolgend schlaglichtartigen Episoden zeigen: Wie auch andere Dienststellen verkannte die Hamburger Polizei den rassistischen Hintergrund des NSU-Mordes an Süleyman Tasköprü und ermittelte nur im persönlichen und sozialen Umfeld des Opfers. Tasköprü wurde in den polizeilichen Akten des Hamburger LKA in Ermittlungsvermerken gar als „Schmarotzer“ diffamiert. In der späteren bundesweiten Ermittlungsgruppe „Bosporus“ widersprachen die Hamburger Ermittler ausdrücklich einer Fallanalyse, die ein rassistisches Motiv für möglich hielt. Der ehemalige Chef des LKA Drogendezernats, Thomas Menzel, war maßgeblicher Befürworter der Brechmitteleinsätze in Hamburg Anfang der 2000er Jahre mit der Vergabe von Ipecacuanha-Sirup an verdächtige Dealer als polizeiliche Maßnahme. Ohne Brechmittel hätte eine offene Drogenszene nicht aufgebrochen werden können, begründete Menzel in einem Interview gegenüber der Tageszeitung WELT seine robuste Einsatzphilosophie. Obwohl dann 2002 der 19-jährige Nigerianer Achidi John bei einem Brechmitteleinsatz um Leben kam und 2006 der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Brechmittelvergabe als Folter deklarierte, zeigt sich Menzel noch heute unbelehrbar. Wegen des Verbots der Brechmitteleinsätze habe man wieder Probleme mit der Drogenszene und Menzel erklärt: „Mit dem Saft wären wir heute deutlich weiter.“ Einer solchen Polizeiarbeit sieht sich offensichtlich auch Polizeidirektor Enno Treumann verpflichtet, der zwar ohne Brechmitteleinsätze, aber mit anderen brachialen Methoden die „öffentlich wahrnehmbare Drogenkriminalität“ bekämpft. Die Stürmung von alternativen Wohnprojekten wie im Juli 2016 in diesem Zusammenhang sind da fast noch die geringsten Auswüchse. Wenn ein Herkunftsdeutscher mit geringfügigen Mengen von Marihuana erwischt wird, bleibt dies wegen der Unterstellung von „Eigenbedarf“ strafrechtlich weitestgehend folgenlos. Für einen Schwarzafrikaner bedeutet der gleiche Tatbestand meist eine unverhältnismäßige mehrmonatige Untersuchungshaft, an deren Ende lediglich eine Geldstrafe oder eine kurze Freiheitsstrafe auf Bewährung steht. Solch ein struktureller und institutionalisierter Rassismus bestimmte im Sommer 2013 in Hamburg-Altona Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und im Stadtteil lebenden Jugendlichen. Die Polizei hatte massive Präsenz gezeigt und junge Bewohner, denen die Beamten einen „Migrationshintergrund“ zuschrieben, dort exzessiv kontrolliert. Im Nachgang behauptete sie, dass es im Stadtteil zu Straftaten einer Jugendgang gekommen sei und zeichnete ein unzutreffendes Bild der dortigen Situation. Die Lokalpresse sekundierte mit Berichten über Krawalle und bezeichnete den Stadtteil als „Stolperviertel“. Dieser bis dahin unbekannte Begriff erwies sich als Versuch, das Bild eines von Migranten beherrschten gefährlichen Raumes zu etablieren. Aufklärung über die Motive der Polizei lieferte Gerhard Kirsch von der Gewerkschaft der Polizei, der erklärte „Meine Kolleginnen und Kollegen haben das auszubaden, was eine verfehlte Integrationspolitik angerichtet hat.“ Proteste sorgten dafür, dass die Polizei ihre Maßnahmen zurückfahren musste, da die Politik das Vorgehen auch nachträglich nicht legitimierten wollte. Diese polizeiliche Selbstermächtigung zur autoritären Disziplinierung von gesellschaftlichen Gruppen oder politischer Proteste funktioniert in Hamburg sonst unhinterfragt. Regelmäßig wird das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit für linke Gruppen beschnitten und im Dezember 2013 sogar für zehntausend Demonstrierende suspendiert, indem die Polizei durch eine Vorort-Verfügung alternativlos die Versammlung zum Erhalt der Flora auflöste. Das dahinterstehende Rechtsverständnis offenbarte der damalige Polizeiführer Born in einer Sondersitzung des Innenausschusses im Januar 2014. Bei einer Versammlungsanmeldung linker Gruppen werde routinemäßig geprüft, ob die Versammlung verboten werden könne. Sei dies nicht möglich, prüfe man beschränkende Auflagen. Das rechtsstaatliche Gebot, dass die Polizei eigentlich Veranstalter bei der Wahrnehmung ihres Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit unterstützen soll, ist der

Polizeiführung offenbar unbekannt. Konsequent hat der mit der Einsatzleitung in den letzten Jahren vertraute Polizeiführer Hartmut Dudde reihenweise Entscheidungen des Verwaltungsgerichts kassiert, die Duddes Auflagen, Maßnahmen und Auflösungsverfügungen gegenüber angemeldeten Versammlungen für rechtswidrig erklärt hatten. Das hat aber weder Politiker noch die Innenbehörde bekümmert, die rechtswidrigen Praktiken sind für die verantwortlichen Polizeiführer folgenlos geblieben. Die Einrichtung des eines Gefahrengebiets in Hamburg 2014 ist ein weiterer Beleg für das politische Eigenleben der Polizei. Gerechtfertigt wurde die allein auf Initiative der Polizei initiierte Sonderrechtszone mit einem angeblich gezielten Angriff auf die Davidwache. Recherchen von Journalisten und einem Rechtsanwalt legten den Schluss nahe, dass ein solcher nie stattgefunden hatte. Bedenklich ist in diesem Zusammenhang, dass die Föderalismusreform den Ländern seit einigen Jahren die Schaffung eigener Versammlungsgesetze zugesteht. Das einigermaßen grundrechtsorientierte Bundesversammlungsgesetz wird, wie die Versammlungsgesetze u.a. in Bayern und Sachsen zeigen, ausgehebelt. Gemeinsam ist den neuen Landesversammlungsgesetzen vor allem die an polizeilichen Interessen der Gefahrenabwehr und Kontrolle orientierte Ausgestaltung. Versammlungen werden als Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung betrachtet, denen die Polizei mit erweiterten repressiven Befugnissen begegnen soll. Die restriktive Gestaltung der Länderversammlungsgesetze ist bei der Disziplinierung sozialer Proteste von besonderer Bedeutung. Normalerweise wird dieses „protest policing" im Kontext des Frage diskutiert, ob die Polizei autarker Akteur ist oder Herrschaftsinstrument der Politik. Eine Unabhängigkeit von der Politik beschreibt das Ideal einer von äußerer Einflussnahme freien Polizeiarbeit, die allein an rechtsstaatliches Handeln gebunden ist. Doch die neuen Versammlungsgesetze werden von den Länderpolizeien dankend für eigene Konzepte der Disziplinierung von linken Protesten aufgenommen. Sowohl im Zusammenhang mit den Stuttgart21-Protesten und der Behinderung der Frankfurter Blockupydemonstration im Juni 2013 als auch bei der alternativlosen Auflösung der Demonstration zum Erhalt der Roten Flora erwies sich, dass das polizeilichen Handeln politische Ziele verfolgt und sich von rechtsstaatlicher Kontrolle unbeeindruckt zeigt. Entsprechend düster dürften die Aussichten für das Agieren der Polizei anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg ausfallen. Gesamteinsatzleiter wird dann übrigens Hartmut Dudde sein. Für die Existenz rechtsfreier Räume bei der Hamburger Polizei spricht auch der extensive Einsatz von Verdeckten Ermittler in der linken Szene, denen Verwaltungsgerichte bereits die Rechtswidrigkeit attestiert haben. Innerhalb von anderthalb Jahren sind drei verdeckte Ermittlerinnen enttarnt worden. Ihr Einsatz ist Beleg dafür, dass die Hamburger Polizei strukturell rechtswidrig agiert. Formal dienten die verdeckten Einsätze entweder zur Aufklärung konkreter Straftaten von erheblicher Bedeutung oder zur Abwehr unmittelbar bevorstehenden Gefahren. In Hamburg hat es dafür das Instrument des Beamten für Lageaufklärung (BfL) gegeben. Diese konnte sich die Polizei selbst genehmigen und ohne Beteiligung weiterer Instanzen verdeckt einsetzen. Egal welche formalen Rechtfertigungen in den letzten Jahren kreiert wurden, dienten sie dazu, der Polizei eine nicht rechtmäßige geheimdienstliche Ausforschung von politischen Strukturen zu ermöglichen, unabhängig von der Aufklärung oder Verhinderung von Straftaten. Die Rechtsgrundlagen waren so haltlos, dass die Einsätze von Iris P. und Maria B. bereits von Gerichten als rechtswidrig erklärt wurden, eine Klage in Sachen Astrid O. wird gerade vorbereitet. •



Gegen den rechtswidrigen Einsatz von verdeckten ErmittlerInnen richtete sich ein Plakat an der Roten Flora in Hamburg bis es von Polizeikräften unkenntlich gemacht wurde.

CHILE

Colonia Dignidad wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung" verurteilt

DIETER MAIER

■ Der Wehrmachtssanitäter und Laienprediger Paul Schäfer floh 1960/61 mit etwa 300 Anhängern nach Chile, da er in der BRD wegen Missbrauchs von Minderjährigen gesucht wurde. Im Süden des Landes gründete er eine Sektensiedlung, die als Colonia Dignidad bekannt wurde. Seitdem hat sie immer wieder durch Skandale, Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen von sich reden gemacht. Heute gibt es eine solide Mythenbildung: Sie sei eine Nazi-Siedlung gewesen, ein Teil der SS-Fluchtorganisation ODESSA (die es nie gab)[1] und Franz Josef Strauß sei dort gewesen (war er nicht)[2]. Jüngst wurde die Führung der Colonia Dignidad als kriminelle Vereinigung verurteilt. Heute wird dort unter dem Namen Villa Baviera Tourismus betrieben.

Die Sekte war in der Tat mehr als ein Sektiererhaufen. Intern hing sie einer Art Privatreligion Schäfers an, hatte rassistische Züge und einige Mitglieder, die Hitleranhänger gewesen waren, aber nicht mehr als im damaligen deutschen Durchschnitt. Politische Bedeutung erhielt sie, als sie in den drei Jahren der sozialistischen Regierung an rechtsextremen Verschwörungen teilnahm und danach integraler Bestandteil der Pinochet-Diktatur wurde, die nach einem Putsch 1973 die Macht ergriffen hatte[3]. Der Putsch der Militärs sollte das ganze „Volk" verändern, der „Marxismus" aus dem Gedächtnis gelöscht werden, die Linke vernichtet werden. Dieser Vernichtungswille traf zusammen mit der Praxis der Sekte, den Teufel durch Folter, Zwangsmedikamentierung in Überdosis und Unterdrückung der Sexualität auszutreiben. Der Marxismus, über den die Junta-Mitglieder wetterten, und der Teufel, den Schäfer beschwor, verschmolzen zu einer Einheit. Dieser gemeinsame Vernichtungswille führte dazu, dass Pinochets Geheimdienst DINA[4] seine Gefangenen — mindestens 2.000 — spurlos verschwinden ließ und die letzte Spur vieler „Verschwundener" sich in der Colonia Dignidad verliert[5]. Die Siedlung war Teil eines verzweigten informellen Netzwerks. Sie trieb Waffenhandel und geflohene Nazis sowie europäische Rechtsterroristen versteckten sich in ihr oder verkehrten dort. 1963 hatte der Jugendliche Wolfgang Müller erfolglos zu fliehen versucht. Die deutsche Botschaft, die das erfahren hatte, schickte zwei Beamte in die Siedlung. Sie ließen sich von dem Colonia-Repräsentanten Hermann Schmidt einwickeln. Schäfer sei nicht mehr da, man wisse nicht, wo er sei. 1966 gelang Müller die Flucht. Er berichtete auch gegenüber der deutschen Botschaft von Schlägen, Gehirnwäsche, sexuellem Missbrauch und Zwangsmedikationen. Vor allem belastete er Schäfer. Der meldete sich mit einem Abschiedsbrief tot. Spätestens von da an wussten deutsche Behörden, was in der Siedlung geschah. 1972 verfasste Botschaftsmitglied Dr. Werner Kaufmann-Bühler nach einem Besuch in der Kolonie, eine Aufzeichnung von 23 Seiten, die eine Reihe von Fragwürdigkeiten aufzählt. Der Schlusssatz lautet: „So ist die Kolonie ein Stück Auslandsdeutschtum, das uns auch weiterhin mehr belasten als nützen wird." Als amnesty international 1977 zum ersten Mal ausführlich über die Folterungen in der Colonia Dignidad berichtete, begann die Sekte einen Hungerstreik. Die Akten des Auswärtigen Amtes (AA) zeigen, wie eng Botschaft und das AA zur Colonia Dignidad standen. Der Botschafter bat seinen persönlichen Freund, den chilenischen Gesundheitsminister General Matthei, um Hilfe, der sofort mit einem Ärzteteam in die Siedlung flog. Nach sechs Stunden Verhandlung brach die Sekte den Hungerstreik ab. Dies wurde bei einem Empfang in Santiago bekannt und löste „beim Staatspräsidenten [Pinochet] und beim Innenminister offensichtlich große Erleichterung aus." Zum Jahreswechsel 1984/85 flohen die Ehepaare Baar und Packmor aus der Siedlung und informierten die deutsche Botschaft über Freiheitsberaubung und Misshandlungen. Nun ging es nicht mehr um Folter und Mord an Chilenen, sondern um deutsche Opfer. Der deutsche Staat ging auf Distanz, es dauerte aber noch Jahre, bis sich etwas änderte. Auch als Pinochet 1990 sein Amt abgab, herrschte Schäfer weiter in der Siedlung. Er floh erst 1997 nach Argentinien, wo er 2005 aufgespürt wurde, und 2010 in einem chilenischen Gefängnis starb. Die juristische Aufarbeitung der Verbrechen verlief in Deutschland und Chile schleppend. Der chilenische Richter Zepeda hatte 2005 ein Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung an sich gezogen, aber erst


Foto: fpealvarez (CC BY-ND 2.0)



Links: General Augusto Pinochet
Rechts: Paul Schäfer, Sektengründer

2014 ein Urteil gefällt, als mehr als die Hälfte der 18 Beschuldigten tot oder geflohen waren. Die Verurteilten legten Berufung ein. 2015 bestätigte das Appellationsgericht in Santiago das Urteil. Es fasste alle Verbrechen der Colonia Dignidad, also Waffenhandel und -schmuggel, Kindesmissbrauch, Misshandlung der Sektenmitglieder, Mord und Folter zusammen. Die Verteidigung ging wieder in die Berufung. Erst Ende Dezember 2016 verkündete nach siebzehn Jahre Verfahrensdauer der chilenische Oberste Gerichtshof das letztinstanzliche Urteil: Drei ehemalige Führungsmitglieder der Colonia Dignidad und zwei Mitglieder der DINA wurden zu jeweils fünf Jahren und einem Tag Haft verurteilt. Der Oberste Gerichtshof erhöhte damit die in erster und zweiter Instanz verhängten Haftstrafen von vier Jahren. Die verurteilten Colonia-Mitglieder waren Karl van den Berg (wegen Beteiligung an der Herstellung von und Handel mit Kriegswaffen), Kurt Schnellenkamp und Gerhard Mücke. Schnellenkamp und Mücke verbüßten bereits eine Haftstrafe. Van den Berg wurde im Februar 2017 inhaftiert. Die verurteilten Chilenen waren Pedro Espinoza und Fernando Gomez. Vier weitere Mitglieder der Sekte wurden freigesprochen. Während der langen Verfahrensdauer waren sechs der Angeklagten verstorben. Drei hatten sich der Verurteilung durch Flucht nach Deutschland entzogen (Hartmut Hopp, Hans Jürgen Riesland und der bereits verstorbene Albert Schreiber). Das Urteil befasst sich zum ersten Mal juristisch damit, dass Führungsmitglieder der Colonia Dignidad gemeinsam mit Agenten der DINA eine kriminelle Vereinigung gebildet hatten, die hierarchisch organisiert war und jahrzehntelang systematisch geplante Verbrechen beging. Opfervertreter und Menschenrechtsanwälte zogen nach dem Urteil eine gemischte Bilanz. Für Myrna Troncoso von der Angehörigenorganisation der Verschwundenen benennt es nur die Spitze des Eisbergs der Verbrechen: „bis heute kennen wir noch nicht einmal die Namen derjenigen, die in der Colonia Dignidad ermordet wurden." Rechtsanwalt Hernán Fernández, der die Opfer der Colonia Dignidad vertritt, äußerte: „Dutzende Verbrechen der Colonia Dignidad wurden bis heute nicht untersucht. Alle Taten müssen von der chilenischen und deutschen Justiz aufgeklärt und die Verantwortlichen bestraft werden. Dass Täter der Colonia Dignidad wie Hartmut Hopp heute in Deutschland straflos leben, ist ein Skandal."[6] Mit dem Urteil wurde die Colonia Dignidad endgültig als das bezeichnet, was sie immer war: eine kriminelle Vereinigung.

Die Colonia Dignidad ist einzigartig. Dennoch trägt sie Züge, die etwas darüber aussagen, was Faschismus heute sein kann und wie er sich vom historischen unterscheidet. Es gab ein klares Führerprinzip und strikte Hierarchien. Machtmittel waren sexuelle und psychische Unterdrückung sowie eine fundamentalistische Religion. Große Mengen an Dokumenten, die in der Colonia Dignidad gefunden wurden und erst zum Teil bearbeitet sind, zeigen, dass die Foltersiedlung viele und sehr flexible Allianzen mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren einging. Politisch war die Colonia Dignidad schillernd, und diese Uneindeutigkeit schützte sie. Konkret fassbar ist sie als antikommunistische, stark rechtslastige kriminelle Vereinigung. •

Dieter Maier: Publizist, 1946 geboren, beschäftigt sich seit 1972 und bis heute mit Chile. Autor von Colonia Dignidad : Auf den Spuren eines deutschen Verbrechens in Chile. Stuttgart, Schmetterlingverlag 2016 und: Friedrich Paul Heller, Colonia Dignidad : Von der Psychosekte zum Folterlager. 2. Auflage. Stuttgart, Schmetterlingverlag 2016.

1 Vgl. Goñi, Uki: ODESSA : Die wahre Geschichte : Fluchthilfe für NS-Kriegsverbrecher, Heinz Schneppen: Odessa und das Vierte Reich : Mythen der Zeitgeschichte, Gerald Steinacher: Nazis auf der Flucht : wie Kriegsverbrecher über Italien nach Übersee entkamen; menschenrechte.org/lang/de/lateinamerika/odessa-arbeit-am-mythos **2** Redaktionelle Anmerkung: In einer offiziellen Verlautbarung der Hanns-Seidel-Stiftung hieß es noch bis 2012: „Tatsächlich kam es anlässlich seines Aufenthalts in Chile vom 17.—23. November 1977 zu einem kurzen Besuch der von Auslandsdeutschen geführten Siedlung, weitere Kontakte entwickelten sich daraus aber nicht." Das Statement ist auf fjs.de mittlerweile gelöscht. **3** Der General Augusto Pinochet war 1973 führend an dem von den USA geförderten Militärputsch gegen den demokratisch gewählten sozialistischen Präsidenten Salvador Allende beteiligt. **4** Dirección de Inteligencia Nacional **5** Seriöse Schätzungen gehen von über 100 „Verschwundenen" und weit mehr überlebenden Folteropfern in der Colonia aus **6** Pressemitteilung FDCL-Berlin, Dezember 2016

FRANKREICH

Dieses Mal könnte sie es tatsächlich schaffen: Auch wenn es nicht sehr wahrscheinlich ist, so erscheint es doch möglich, dass Marine Le Pen vom rechtsextremen Front National (FN) zur französischen Präsidentin gewählt wird. Davon zeigt sich jedenfalls unter anderem der scheidende Präsident des Landes, François Hollande, überzeugt.

Der Front National und der Präsidentschaftswahlkampf in Frankreich

BERNARD SCHMID

■ Das nächste französische Staatsoberhaupt wird in zwei Wahlgängen am 23. April und 7. Mai dieses Jahres bestimmt. Alle Umfrageinstitute sagen der Vorsitzenden des Front National bei Redaktionsschluss dieses Artikels Mitte März 2017 zwar einen wahrscheinlichen Spitzenplatz in der ersten Runde, jedoch eine Niederlage im entscheidenden zweiten Durchgang voraus. In die Stichwahl können jeweils nur die beiden bestplatzierten BewerberInnen aus dem ersten Wahlgang einziehen. Je nachdem, wer ihr Gegenkandidat sein wird, dürfte die Chefin der rechtsextremen Partei mit knapp unter 40 Prozent der Stimmen — sofern sie gegen den sozialliberalen früheren Wirtschaftsminister Emmanuel Macron antritt — oder voraussichtlichen 45 Prozent (falls sie gegen den konservativen Kandidaten François Fillon ins Rennen geht) unterliegen.

Vor allem falls ihr Gegenkandidat Fillon hieße, dürfte Marine Le Pen der Herausforderung aber leichter ins Auge blicken. François Fillon ist seit Ende Januar durch eine ganze Serie von Enthüllungen betreffend seiner Korruptions- und Selbstbedienungspraktiken bei Staatsgeldern erheblich ins Gerede gekommen. Zudem tritt er mit einem Wirtschafts- und Sozialprogramm an, das auch gegenüber denen der übrigen pro-kapitalistischen MitbewerberInnen durch seinen neoliberalen Dampfwalzencharakter hervorsticht. Anders als französische bürgerliche Rechte in der Vergangenheit bezieht Fillon sich auch explizit positiv auf Margaret Thatcher als politisches Vorbild, eine Referenz, die bis dahin auch unter Wirtschaftsliberalen in Frankreich als nicht sonderlich opportun gegolten hatte. Sollte François Fillon nun in der Stichwahl Marine Le Pen gegenüberstehen, so ist unter anderem zu erwarten, dass sich die Wählerschaft der Linken und der Sozialdemokratie zum Großteil der Stimme enthalten dürfte; ja sogar, dass die Arbeiterwählerschaft in einer solchen Konstellation mehr oder minder massiv „gegen Fillon" stimmen würde.

Bislang allerdings scheint François Fillon nur geringfügige Chancen zu haben, überhaupt den zweiten Wahlgang zu erreichen. Dem erst 39-jährigen Präsidentschaftsbewerber Emmanuel Macron werden weit höhere Chancen zugerechnet. Amtsinhaber François Hollande vermag dies jedoch nicht zu beruhigen. Im privaten Kreis zeige er sich „überzeugt, dass Marine Le Pen in den Vorwahlumfragen unterschätzt wird", berichtete die linksliberale Pariser Abendzeitung Le Monde am 6. März 2017; und ihr Herausforderer in der Stichwahl könnte, fügte Hollande demnach hinzu, „Mühe haben, unterschiedliche Kräfte zu bündeln", um einen Wahlsieg Marine Le Pens mit vereinten Kräften zu verhindern. Das Wochenmagazin L'Obs berichtete am 2. März auf seiner Webseite, dass Hollande fünf bekannte PolitikwissenschaftlerInnen, die samt und sonders in Sachen Beobachtung des FN einen guten Namen haben (unter ihnen Nonna Meyer und Alexandre Dézé), zu einem gemeinsamen Mittagessen eingeladen habe. Behandelt werden sollte dabei folgende Frage: „Und was, wenn Marine Le Pen gewinnen würde...?"

Sicherlich, bei diesen Äußerungen und Positionierungen von François Hollande handelt es sich auch um einen politischen Akt: Der nur noch für wenige Wochen amtierende Staatschef fragt sich zweifellos, wie er nach einer fünfjährigen Amtszeit mit (besonders in sozialer Hinsicht) jämmerlicher Bilanz noch etwas Profil in den Augen der Nachwelt gewinnen kann, und sei es als Mahner und Warner. Und bestimmt erhielt Le Monde, als eine Zeitung, die der

französischen Sozialdemokratie relativ nahe steht, eher nach politischen Kriterien ausgewählte Informationen als wahrhafte innere Überzeugungen mitgeteilt. Nichtsdestotrotz gilt: Die für viele BeobachterInnen überraschend kommende Brexit-Entscheidung und die Donald Trump-Wahl sprechen in den Augen vieler KommentatorInnen trotz allen Wahrscheinlichkeitskalkülen dafür, dass böse Überraschungen nicht absolut ausgeschlossen werden können.

Mit Schlagzeilen wie „Die Bedrohung Le Pen" oder „Marine Le Pen ist stärker denn je" stehen die Aussichten Le Pens im Wahlkampf derzeit immer wieder im Fokus der Medien. Als bedrohlich wird in weiten Teilen der bürgerlichen Presse vor allem die Aussicht gewertet, mit einem — bislang hypothetischen — eventuellen Wahlsieg der FN-Politikerin sei ein Euro- oder gar EU-Austritt verbunden.

Konservative Abzocker und ein neuer Rechtsdrall

Vor allem wird Marine Le Pen derzeit durch die tiefe Krise des konservativen Bürgerblocks begünstigt. Seit Ende Januar sind wiederholt Informationen über die jahrelange Abzock-Praxis von dessen Präsidentschaftskandidaten — dem früheren Premierminister François Fillon — bekannt geworden. Diese haben einerseits für eine erhebliche wahltaktische und strategische Verwirrung im Lager der konservativ-wirtschaftsliberalen bürgerlichen Rechten geführt.

Zum anderen aber hat sich der harte Kern des konservativen Blocks, welcher sich als Opfer finsterer Machenschaften von Justiz und Medien wähnt, seither in beträchtlichem Ausmaß politisch-ideologisch verhärtet. Der gescheiterte potenzielle Präsidentschaftsbewerber der bürgerlichen Rechten, Alain Juppé, welcher auf einer Pressekonferenz Anfang März definitiv darauf verzichtete, François Fillon doch noch zu ersetzen, stellte aus demselben Anlass kritisch fest: „Der harte Kern der Mitglieder und Sympathisanten von LR (Les Républicains, die mit Abstand stärkste konservative Partei, ehemals UMP) hat sich radikalisiert." Ein Anzeichen dafür war in den Augen des früheren Premierministers Juppé die Kundgebung zur Unterstützung François Fillons, die am 05. März 2017 in Paris mit rund 50.000 Menschen stattgefunden hat. Die Namen sozialdemokratischer Politiker und Emmanuel Macrons wurden dabei ausgebuht, die Nennung des Namens von Marine Le Pen rief hingegen nur wenige Pfiffe hervor. Und am meisten und heftigsten applaudierte das Publikum auf dem Pariser Trocadéro-Platz (der Autor war selbst vor Ort), als Fillon gegen die „islamistische Bedrohung" wetterte, was durch den Ruf Zéro immigration! („Null Einwanderung!") quittiert und beantwortet wurde.

Ein Ausfluss dieser Radikalisierung scheint zu sein, dass ein Teil der konservativen Rechten sich nun schwächer gegenüber dem FN abgrenzt als noch in jüngerer Vergangenheit. Dies scheinen die Ergebnisse einer Umfrage, welche die linksliberale Tageszeitung Libération am Wochenende des 11./12. März 2017 publizierte, zu belegen. Demnach beantworteten unter den Befragten insgesamt 49 Prozent die Frage, ob eine Wahl Marine Le Pens „ein Drama für Frankreich" bedeuten würde, mit „Ja" (hingegen antworten 38 Prozent „Nein", und 13 Prozent nahmen nicht Stellung). Unter konservativen WählerInnen dreht sich dieses Verhältnis um. Und bei den einzelnen Sachthemen äußern sich klare Mehrheiten in der konservativen WählerInnenschaft — jedoch nicht in anderen Teilen der französischen Gesellschaft, mit Ausnahme natürlich der eigenen Wählerschaft der extremen Rechten — dahingehend, dass ein Wahlsieg Marine Le Pens „eher eine gute Sache" wäre. Diese Antwort zu einem hypthetischen Sieg Le Pens („positiv") geben die konservativen WählerInnen zu 73 Prozent beim Thema „Innere Sicherheit", zu 71 Prozent beim Thema „Terrorismusbekämpfung" und zu 65 Prozent in der Rubrik „Immigration"; dagegen fällt die Zustimmung zu der Aussage „...wäre eher eine gute Sache" auf nur noch 31 Prozent beim Thema „Demokratie". Die Wählerschaft der Linken sowie „der Mitte" erklärt sich hingegen bei ausnahmslos allen Themen mehrheitlich ablehnend zu Le Pen.

Dennoch sorgt die strategische Ausrichtung des FN-Diskurses auf eine dick auf-



Foto: Blandine Le Cain, Meeting 1er mai 2012 Front National (CC BY 2.0)

getragene soziale Demagogie, während die Konservativen sich betont wirtschaftsliberal geben, für eine anhaltende tiefe Spaltung zwischen beiden Blöcken. Auch wenn der Front National selbst seine eigene wirtschaftspolitische Programmatik in diesem Jahr wieder stärker auch an Kleinunternehmerinteressen angepasst und die sozialdemagogische Dimension etwas abgeschwächt hat. Denn der vormalige Sozial- und Wirtschaftsdiskurs der Partei hatte ihr Attacken eingetragen: Die Konservativen griffen den FN seit 2015 massiv wegen seines angeblich „linksradikalen", für eine Rechtspartei „unveranwortlichen" Wirtschaftsdiskurses an. Auch intern gab es Streit, weil die Interessen der WahlkämpferInnen des FN in Nordostfrankreich — wo die rechtsextreme Partei vor allem in die Arbeiterwählerschaft eindringen konnte — sich von denen einer stärker durch KleinunternehmerInnen und wohlhabende RentnerInnen in Süd- und Südostfrankreich geprägten Basis unterscheiden.

Programmatik

Am Sonntag, dem 5. Februar 2017 verkündete Marine Le Pen im Kongresszentrum

von Lyon, wo ihre Partei rund 5.000 AnhängerInnen versammelt hatte, ihre 144 Programmpunkte zur Präsidentschaftswahl. Diese waren zwar formal bei mehreren „Runden Tischen" im Laufe des Wochenendes erarbeitet worden, unterscheiden sich aber inhaltlich in Wirklichkeit kaum vom bereits 2012 verwendeten Wahlprogramm. An den Grundlinien hat sich nichts geändert — den erwarteten „wirtschaftlichen Aufschwung" unter einer rechtsnationalen Regierung sollen das Ausland und die Ausländer bezahlen: durch Ausschluss von ArbeitsmigrantInnen aus den Sozialkassen, „Inländerbevorzugung" bei Sozialleistungen und Arbeitsleistungen und einen Rückzug aus den EU-Verpflichtungen, welcher angeblich Frankreich sanieren würde.

Erheblich ist eher, was nicht mehr im Programm enthalten ist. So ist erstmals seit Gründung des FN nicht mehr von der Rückkehr zur 1981 in Frankreich abgeschafften Todesstrafe die Rede, deren Wiedereinführung allerdings in Umfragen in den letzten Jahren anders als früher auch keine Mehrheit mehr findet. Der FN nutzt diese Positionierung, um seine relative „Mäßigung" zu unterstreichen, im Hinblick auf den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl, bei dem er Wählerinnen und Wähler aus anderen politischen Lagern gewinnen möchte. Allerdings hält die Partei sich eine Hintertür offen, denn über eine „Volksinitiative für ein Referendum" — nach Vorbild von schweizerischen Abstimmungen — soll eine Wiedereinführung dennoch möglich sein.

In sozioökonomischer Hinsicht gibt es ebenfalls ein paar Verschiebungen. Im Präsidentschaftswahlkampf 2012 hatte der FN noch eine Erhöhung aller niedrigen Löhne um je 200 Euro versprochen, was allerdings vor allem durch den Abbau von Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-„Sozialabgaben", also einem Austrocknen der Sozialkassen finanziert werden sollte. Nichts dergleichen findet sich mehr im Wahlprogramm. Dort bleibt allein eine Sondersteuer in Höhe von drei Prozent auf alle Importprodukte bestehen. Diese soll angeblich dazu führen, dass eine „Kaufkraftprämie" von achtzig Euro monatlich an gering verdienende Lohnabhängige ausbezahlt werden kann.

Gleichzeitig hat der FN sein programmatisches Repertoire um wirtschaftsliberale Vorschläge erweitert. So sollen wohlhabende Personen — die etwa bei der Übertragung einer im Familienbesitz befindlichen Firma Erbschaftssteuern sparen möchten — alle fünf Jahre bis zu 100.000 Euro an Schenkungen an ihre Familienmitglieder gänzlich steuerfrei durchführen können. Derzeit ist dies nur alle fünfzehn Jahre möglich, selbst der rabiat wirtschaftsliberal auftretende bürgerliche Kandidat François Fillon will diese Zeitraum „nur" auf zehn Jahre senken.

Affären auch beim FN

Auch der Front National wird derzeit von „Affären" und Veruntreuungsvorwürfen sowie justiziellen Ermittlungen berührt.

Dabei geht es insbesondere um den Betrugsvorwurf wegen der Beschäftigung angeblicher „parlamentarischer BeraterInnen" im Europaparlament, die in Wirklichkeit ausschließlich für die Partei in Frankreich arbeiteten. Praktisch für die ermittelnden Behörden ist, dass am Sitz des FN in Nanterre bei Paris die Arbeitszeit der Angestellten mittels elektronischer Stechuhren genau erfasst wurde. Aus diesem Grund ist klar erkennbar, wer in Brüssel oder Strasbourg gewesen sein könnte und wer nachweisbar nur in Nanterre tätig war. 340.000 Euro an sofortigen Rückzahlungen fordert die EU-Parlamentsverwaltung vom FN; insgesamt beanstandet das Europäische Parlament Zahlungen in Höhe von 7,5 Millionen Euro an angebliche MitarbeiterInnen (für den Zeitraum 2010 bis 2016). Die französische Justiz lud Marine Le Pen daraufhin mehrfach vor, um sie zur Sache zu vernehmen. Vergeblich, denn die FN-Vorsitzende sagte, sie werde bis zu den Wahlen keinerlei Vorladung Folge leisten. Ferner ist der FN aber auch in andere Betrugsaffären und Ermittlungsverfahren verwickelt. So läuft seit 2015 ein vielschichtiges Verfahren wegen betrügerischer Abrechnungen öffentlicher Gelder in Sachen Wahlkampfkosten-Rückerstattung für die Parlamentswahlen von 2012.

Bei einer Großveranstaltung am 26. Februar 2017 im westfranzösischen Nantes, die von militanten antifaschistischen Protesten begleitet war, schlug Le Pen vor diesem Hintergrund ziemlich scharfe Töne an. Sie warnte „Beamte", gemeint waren Justizbedienstete und Rich-terInnen, davor, angeblich „illegalen Anordnungen" der Regierenden gegen ihre heutigen OpponentInnen — die mundtot gemacht werden sollten — Folge zu leisten. Ansonsten, drohte Le Pen, könnten sie unter einer künftigen rechtsnationalen Regierung selbst strafrechtlich verfolgt werden. Anfang März verkündete Marine Le Pen ferner öffentlich ihren Wunsch, nach einem Wahlsieg „antifaschistische Gruppen" zu verbieten.

Bislang verhält sich die rechtsextreme Wählerschaft allerdings weitgehend indifferent dazu und Marine Le Pen steht höher in den Vorwahlumfragen denn je zuvor. Darüber hinaus wählte die Chefin des FN in den letzten Wochen eine Strategie der „Flucht nach vorn" und verhielt sich auf unverhohlen aggressive Weise. So sprach sie auf der genannten Veranstaltung in Nantes offene Drohungen gegen RichterInnen respektive Justizbedienstete aus, für den Fall, dass diese sich weiterhin „dem Willen des Volkes" entgegenstellten — Marine Le Pens diesjährige Wahlkampagne steht übrigens unter dem Motto „Im Namen des Volkes" (Au nom du peuple).

Allerdings hindert diese Konstellation derzeit die Chefin des FN daran, die Korruptionsproblematik rund um den konservativen Kandidaten François Fillon ordentlich auszuschlachten — was die extreme Rechte in anderem Zusammenhang mit Gewissheit nicht versäumt hätte. So blieb Le Pen erstaunlich still zu den gegen Fillon gerichteten Vorwürfen und unterließ es, rund um dieses Thema eine Saubermann- oder Sauberfrau-Kampagne zur Korruption der Etablierten aufzulegen. Gleichzeitig ist nicht auszuschließen, dass just diese Konfiguration längerfristig eine Annäherung zwischen radikalisierten Konservativen und extremen Rechten begünstigen könnte. •

USA

Die extreme Rechte der USA nach Trumps Wahlsieg

SPENCER SUNSHINE/ÜBERSETZUNG MAXIMILIAN WEBER

Im Fahrwasser Donald Trumps erlebt die radikale Rechte in den USA derzeit eine gesellschaftliche Relevanz wie zuletzt in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Der neuerliche Aufschwung begann 2015 zeitgleich mit Trumps Präsidentschaftskandidatur und seinem Versprechen, eine Grenzmauer zwischen den USA und Mexiko zu errichten. Die wichtigste Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Erstarken der „Alt Right"-Bewegung, eines internetversierten Zusammenschlusses weißer Nationalist_innen, Antisemit_innen und Anti-Feminist_innen, der die amerikanische Rechte auf eine neue soziale Basis gestellt hat.

„Alt Right"

„Alt Right" steht über den hochrangigen Berater Steve Bannon mit der Trump Administration in enger Verbindung. „Alt Right" hat es als aufstrebendes Bündnis aus Faschisten_innen und anderen weißen Nationalist_innen geschafft, sich im Internet als einflussreiche Präsenz zu etablieren und versucht nun, sich auch außerhalb dessen zu organisieren. Dabei zeigt „Alt Right", obwohl ursprünglich in einer explizit faschistisch und nationalistisch geprägten Szene zu verorten, keine Nazirhetorik. Innerhalb der Sozialen Medien haben sie es geschafft, ihre Botschaften erfolgreich zu verbreiten. Die Bewegung versteht sich dabei darauf, Anhänger_innen verschiedenster ideologischer Anschauungen zu vereinen. Darunter auch bekennende Neonazis wie Andrew Anglin von der nationalistischen Website „Daily Stormer". Die wichtigste intellektuelle Figur ist Richard Spencer, ein Faschist, der große ideologische Schnittmengen mit der europäischen Identitären Bewegung aufweist. Folgerichtig lud dieser 2013, anlässlich der von ihm jährlich organisierten „National Policy Institute Conference", den ultrarechten französischen Theoretiker und Vordenker der „Neuen Rechten" Alain de Benoist ein.

Obwohl „Alt Right" schon seit Jahren einen diffusen Einfluss hat, war für ihren Durchbruch im Frühjahr 2016 ein Artikel von Milo Yiannopolous, ehemaliger Redakteur der ultrarechten Internetseite Breitbart, ausschlaggebend. Breitbart Chef Steve Bannon bezeichnete seine Medienplattform kürzlich als das Forum der „Alt Right" Bewegung. „Alt Right" unterstützte die Kandidatur Trumps, im Gegenzug machte dieser Bannon nach seinem Wahlsieg zum Chefberater in strategischen Fragen und berief ihn zudem als ständiges Mitglied in den Nationalen Sicherheitsrat. Trump selbst suchte während seines Wahlkampfes den Schulterschluss mit „Alt Right", als er ein Bild twitterte, das ihn als „Pepe" zeigte, einen Cartoon-Frosch, den die Bewegung als ihr Maskottchen vereinnahmt. Während Bannon selbst den von ihm postulierten Nationalismus weniger als rassistischen denn vielmehr als ökonomischen umreißt, handelt er doch erkennbar im Sinne von „Alt Right" und ist stets bemüht, deren Inhalte zunehmend auch im konservativen Mainstream zu etablieren.

Beschränkte sich die Präsenz von „Alt Right" bisher auf das Internet und vereinzelte intellektuelle Zirkel, zeichnet sich zunehmend eine strategische Anpassung ab, die verstärkt auf öffentliche Sichtbarkeit sowie Erreichbarkeit abzielt und mit ironisch konnotierten Labels wie „Pool Partys" oder „hate hikes" (Hass-Wanderungen) Aufmerksamkeit erregt. So fanden unter anderem in New York und Atlanta verschiedene öffentliche Diskussionen statt, in deren Rahmen allerdings ausschließlich geladene Redner_innen das Wort ergriffen. Im Zuge ihres Erfolgs ist es „Alt Right" zudem gelungen, eine große Gruppe von Unterstützer_innen zu formieren, die sich selbst als „Alt-Lite" bezeichnen und den politischen Ansatz der Bewegung befürworten, selbst allerdings abstreiten faschistischen oder rassistischen Ideen anzuhängen. Hierzu zählen zahlreiche republikanische Hochschulgruppen und studentische Verbindungen.

Ideologisch handelt es sich bei „Alt Right" um eine Wiederauflage der Theorien weißer Vorherrschaft („white supremacist") und biologischer Überlegenheit, die mit einer Zuspitzung auf Antisemitismus und Frauenfeindlichkeit einhergehen. Donald Trump stellt in diesem Zusammenhang derzeit antimuslimischen Rassismus in den Mittelpunkt seiner politischen Programmatik. Einen vorläufigen Höhepunkt stellte das, mittlerweile gerichtlich aufgehobene, Einreiseverbot für Bürger_innen sieben mehrheitlich muslimischer Länder dar, auch wenn diese formal bereits zu einer legalen Einreise berechtigt waren. „Alt Right"



Steve Bannon (links) Chefstratege von US-Präsident Trump bei CPAC, der „Conservative Political Action Conference"

gelingt es, sich die Positionen des nationalistischen Milieus bürgerlicher Prägung zu eigen zu machen und in einer Weise zu kanalisieren, die sich in fundamentaler Opposition zum traditionellen neoliberalen Nationalismus und zur Klientelpolitik des Establishments sieht. Dadurch hat sie sich die Unterstützung einiger bereits bestehender nationalistischer Gruppen gesichert, darunter die „American Freedom Party", die sich weitgehend aus intellektuellen, nationalistischen Kreisen rekrutiert sowie „Identity Evropa", die sich neben neuen Gruppen wie „American Vanguard" auf Agitation im studentischen Milieu fokussieren und „Matthew Heimbach's Traditionalist Worker Party", einer Schwesterpartei der neonazistischen griechischen „Chrysi Avgi".

Amerikas Rechte

„Alt Right" stellt innerhalb der radikalen Rechten lediglich eine, wohlgemerkt sehr wirkungsmächtige, Struktur dar. Amerikas (extreme) Rechte umfasst neben rassistischen Gruppen wie dem Ku-Klux-Klan, fundamentalchristlichen Sekten, verschiedenen neonazistischen Parteien, rassistischen Knastgangs und Neonazi-Skinheads auch losere Verbindungen weißer Nationalist_innen und Anhänger_innen neo-konföderierten Gedankengutes. Zusätzlich zu solchen explizit rassistischen Gruppen existieren islamophobe, migrationsfeindliche und „patriotische" Bündnisse, sowie Maskulinisten und andere Männerrechtsaktivisten.

Nach wie vor existieren auch einige fundamentalchristlich identitäre Kirchen und Gemeinschaften, deren Relevanz seit den 1990ern allerdings spürbar abnimmt. Diese hängen größtenteils einer christlich gefärbten Version der bereits erwähnten „white supremacist"-Theorien an. Rassistische Knastgangs wie die „Aryan Brotherhood" verfolgen Expansionspläne, um sich auch außerhalb des Strafvollzugs zu etablieren. Das „National Socialist Movement" ist weiterhin die größte neonazistische Partei. An die Seite größerer Neonazi-Zusammenhänge, wie den „Hammerskins", „Vinlanders" und „Blood & Honour" treten die „Aryan Strike Force" und „Combat 18". Einige extrem rechte Gruppen haben sich im April 2016 zu einer nationalen Koalition zusammengeschlossen, seither allerdings bereits eine erneute Namensänderung vorgenommen und einen spürbaren Mitgliederrückgang verzeichnen müssen. Als „Nationalist Front" umfasst der Zusammenschluss heute die „Traditional Worker Party", das „National Socialist Movement", die „Aryan Strike Force", sowie 13 kleinere Gruppen.

Die bisherige Agenda der Trump-Administration hat bereits jetzt dazu geführt, dass Positionen, die sich bisher am ultrarechten Rand abgespielt haben, nun mit einem Schlag im politischen Mainstream angekommen sind. Galten beispielsweise antimuslimische Gruppierungen und Einstellungen noch vor der Wahl als marginal und harmloses Randphänomen, erleben sie nun einen enormen Aufschwung. Offen migrationsfeindliche Politik ist auf der politischen Bühne mittlerweile fest etabliert und Trump hat Julie Kirchner, vormals Geschäftsführerin der migrationsfeindlichen Gruppe „Federation for American Immigration Reform" (FAIR), in ein hohes Amt innerhalb der U.S. Customs and Border Protection (Zoll- und Grenzschutzbehörde der Vereinigten Staaten) eingesetzt. Auch der neue Justizminister Jeff Sessions pflegt enge Kontakte zu FAIR und anderen antimuslimischen Organisationen.

Mit einem unverhohlen sympathisierenden Präsidenten und einem Kabinett mit großen Schnittmengen zur radikalen Rechten, befinden sich die (extrem) rechten Organisationen und Gruppierungen in einer starken Position und können teilweise eine bisher unvorstellbare und ungeahnte Wirkungsmächtigkeit entfalten. Anzunehmen, sie würden diese Entwicklung nicht nutzen, ihre Ziele mit verstärktem Selbstbewusstsein voranzutreiben um sich und ihre Anschauungen innerhalb der Gesellschaft weiter zu etablieren, wäre nicht nur fahrlässig, sondern brandgefährlich. •

Leipziger Zustände 2016
chronik.LE — Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig
84-seitige Broschüre, als PDF-Download unter www.chronikLE.org
Kostenlos, Versand gegen Porto



Seit 2008 dokumentiert das Leipziger Projekt chronik.LE auf seiner Website faschistische, rassistische und diskriminierende Ereignisse in und um Leipzig. Alle zwei Jahre veröffentlicht es außerdem die Broschüre „Leipziger Zustände". In der fünften Ausgabe vom Januar 2017 beschäftigen sich erneut eine Vielzahl von Aktivist_innen, Journalist_innen und Wissenschaftler_innen mit den Formen und Auswirkungen neonazistischen, rassistischen und menschenverachtenden Denkens und Handelns in der Region Leipzig.

Die Broschüre ist in fünf Schwerpunkte eingeteilt. Der erste bildet die Auseinandersetzung mit dem PEGIDA-Ableger Legida und seinen FürsprecherInnen in Medien, Politik und Zivilgesellschaft, wie zum Beispiel dem in Leipzig ansässigen Compact-Herausgeber Jürgen Elsässer oder der CDU-Bundestagsabgeordneten Bettina Kudla, die immer wieder mit rassistischen Tweets auf sich aufmerksam macht. Im Kapitel „Neue und alte Rechte" werden aktuelle Entwicklungen von Gruppen, Parteien und Personen analysiert, die sich Volksgemeinschaft, Rassismus und Diskriminierung zum maßgeblichen Teil ihrer Politik gemacht haben. Sehr informativ ist ein Rechercheartikel über den einflußreichen Neonazikader und ehemaligen NPD-Funktionär Maik Scheffler, der inzwischen als angeblicher Aussteiger in sächsischen Schulen den politischen Bildner gegen Rechts mimt. Sehr pointiert sind auch die Artikel zur AfD und der Entwicklung ihrer Wählerschaft. Das Kapitel „Rassismus" widmet sich ausführlich den miserablen Alltags- und Lebensbedingungen, mit denen People of Color und Geflüchtete in Leipzig und Umgebung konfrontiert sind. Verschiedene Betroffene und deren Unterstützer_innen kommen in Interviews ausführlich zu Wort und berichten über menschenunwürdige Unterbringungsmethoden, strukturelle und institutionelle Diskriminierung und alltägliche Bedrohungen. Das Kapitel „Rechte Subkultur" skizziert das umfassende Freizeitangebot für Neonazis und Rassisten im Bereich Sport und Musik und beinhaltet einen sehr lesenswerten wissenschaftlichen Artikel zur Verbreitung von Menschenfeindlichkeit im sächsischen Breitensport. Das Kapitel „Rechte Gewalt" benennt Zahlen, Vorfälle und Hotspots rechter Gewalttaten in und um Leipzig, zeigt auf, wie Gewalt insbesondere gegen politische Gegner_innen und Geflüchtete als politische Strategie eingesetzt wird und welche Folgen das für die Betroffenen und ihre Unterstützer_innen haben kann.

Die Stärken der mit 84 Seiten prall gefüllten Broschüre liegen in der Qualität der Analysen, der kenntnisreichen Darstellung lokaler Erscheinungsformen menschenverachtenden Denkens und Handelns, dem weitreichenden Blick auf die unterschiedlichen Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere Rassismus, und dass die davon Betroffenen ihre Perspektiven einbringen. Gewiss, alle in Leipzig und Sachsen herrschenden Zustände auf- und anzugreifen kann in diesen Zeiten kaum gelingen. Dass Antisemitismus, Sexismus, LGBT-Feindlichkeit und Sozialdarwinismus kaum Berücksichtigung finden, ist trotzdem schade. Dennoch: „Leipziger Zustände" ist eine sehr gelungene und beispielhafte antifaschistisch-antirassistische Lokalanalyse, die wir nicht nur unseren Leser_innen in Sachsen empfehlen. •

Die Macht der Wörter —
Das Wörterbuch des besorgten Bürgers
Robert Feustel, Nancy Grochol, Tobias Prüwer, Franziska Reif (Hrsg.): Wörterbuch des besorgen Bürgers. Mainz: Ventil, 2016, 152 Seiten, 14 €

■ Das „Wörterbuch des besorgten Bürgers" erklärt rund 150 Begriffe, die AnhängerInnen von PEGIDA und WählerInnen der AfD ebenso gerne benutzen, wie Rechts-Konservative und die sogenannte gesellschaftliche Mitte. „Wir haben uns bei Reden von harten Nazis, PEGIDA und AfD bedient, aber auch bei Horst Seehofer oder Wolfgang Schäuble", so der Politikwissenschaftler Robert Feustel.

Es entstand aus dem sprachkritischen Projekt sparchlos-blog.de heraus und zeigt auf, dass der „Besorgtensprech" sich anhand von zwei Mustern entwickelt. Zum einen werden NS-Begrifflichkeiten wie „Volksverräter" oder „Lügenpresse" aufgegriffen und wieder populär gemacht. Zum anderen entstehen durch Bedeutungsverschiebungen und Wortneuschöpfungen Bezeichnungen wie „Gender-Wahn" und „Merkel-Jugend" (Antifa). Durch die Kombination mit Wörtern, die ihre ursprüngliche Bedeutung nicht verlieren, werden Begriffe wie „Flüchtlingskrise",„Flüchtlingslawine" oder „Flüchtlingswelle" durch ein intendiertes Bedrohungsszenario aufgeladen.

Doch die verwendeten Begriffe stehen nicht für sich allein. Viele von ihnen sind durch verschwörungideologische Konstruktionen miteinander verbunden. So zeichnen die „Besorgten" den „Schuldkult" dafür verantwortlich, dass „linksversifft[e]" „Gutmenschen" ihre Identität ablehnen und versuchen durch die „Masseneinwanderung" die „Umvolkung" zu erreichen.

Neben rassistischen Konstruktionen, finden auch antifeministische, homo-, trans, und interfeindliche Denkmuster und ihre sprachlichen Zuspitzungen Eingang in „besorgten" Reden. Demnach seien die „Frühsexualisierung", der „Gender-Wahn" und die „Verschwulung" dafür verantwortlich, dass die „Familie" und somit das deutsche „Volk" aussterbe.

Das Wörterbuch nimmt die Sprache, derjenigen in den Blick, die sich selbst als besorgt suggerieren, dabei jedoch eindeutig, rassistische, sexistische, homo-, trans- und interfeindliche Standpunkte vertreten. Mit viel humoristischem Charme decken die Beiträge die eigentliche Bedeutung der Begriffe und ihre zugrunde liegenden Ideologien auf. Das Wörterbuch ist eine unterhaltsame wie politisch notwendige Lektüre. •



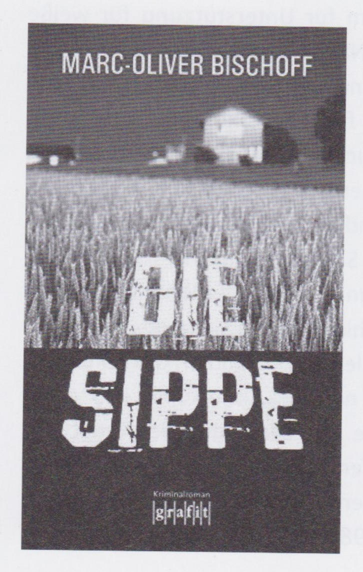
Marc-Oliver Bischoff
Die Sippe
grafit, Dortmund 2016, 12,00 €, 317 Seiten

■ Katharina Hoffmann verschlägt es auf der Suche nach ihrer verschwundenen Schwester Sara, die in Rostock als Gerichtsvollzieherin arbeitet, nach Mecklenburg-Vorpommern. Ihre Spur verliert sich in dem fiktiven Dorf Grantzow. Fasziniert erkundet die Großstädterin das Dorf in dem sie auf freundlich-distanzierte Bewohner_innen, eine merkwürdige Traditionalität und eine niedliche Rückständigkeit trifft. So strandet die Hamburgerin in der sommerlichen Dorfidylle und wird immer tiefer in die sektenähnliche Strukturen der Dorfgemeinschaft hinein gezogen.

Marc-Oliver Bischoff zeichnet mit seinem vierten Kriminalroman „Die Sippe" eine extrem rechte Idylle in der mecklenburgischen Provinz und packt so ziemlich jede Facette rechter Lebenswelten in seine Handlung: vier zugezogene Familien dominieren das Dorfleben, eine freie „Volksschule", ein Schulungszentrum, Biobauernhöfe, eine Schmiede, eine gebärfreudige Großfamilienmutti, eine Sonnenwendfeier mit Hitlergruß, Aluhut-Träger und bis an die Zähne bewaffnete Neonazis mit Waffendepot im Wald. Natürlich darf auch ein ebenso charismatischer wie skrupelloser VS-Agent nicht fehlen, dessen gezielte Eskalation das große Ganze nicht aus den Augen lässt und der dafür buchstäblich über Leichen geht. Außerdem muss ja einer auch noch die ledigen Frauen im Dorf rumkriegen.

Am Ende, soviel sei verraten, konkurrieren LKA und Verfassungsschutz um Deutungshoheit, Erkenntnisgewinn und höhere Ziele.

Leider bleibt dabei die Handlung an vielen Stellen auf der Strecke. Zu holzschnittartig ergeht sich der Autor in den Beschreibungen möglichst vieler Spielarten des äußersten rechten Randes in der mecklenburgischen Peripherie. Ganz spannend hätte ein bisschen mehr Einordnung in historische und aktuelle Kontexte sein können. Das aber überlässt der Autor einem kurzen Nachwort der Amadeu Antonio Stiftung, dessen Quintessenz aber ist: Für alle Fakten rund um die völkischen Siedlungsbestrebungen in Mecklenburg-Vorpommern bestellt die entsprechende Broschüre bei der Stiftung. •



Vor 27 Jahren …

berichteten wir in der Ausgabe Nummer 10 über Neonazis und Rassisten die in Namibia als Apartheidskrieger im Untergrund tätig waren.

Drei Inhaftierte einer Gruppe von weißen Rassisten wurden auf einem Gerichtstransport gewaltsam befreit. Ein Polizist starb bei dem Überfall. Die drei befreiten Männer waren Horst Klenz, Leonard M. Veenendal[1] und Darryl Garth Stopforth. Gegen sie und weitere Personen wurde im Zusammenhang mit einem Granaten-Angriff auf ein UNTAG-Büro[2] ermittelt. Die „The New York Times" berichtete über weitere Ermittlungen gegen eine Gruppe von Neonazis wegen Bombenanschlägen in der Gegend um Johannesburg. Demnach sollen sich die Ermittlungen auch gegen David I. Rootenberg richten, „who is also known for right-wing activity".[3] Die „Jewish Telegraphic Agency" berichtete unter der Überschrift „Jewish Extremist Among Suspects in Bombing of Johannesburg": „Rootenberg is understood to be a close friend of Barend Strydom, who was sentenced to death for murdering black passersby in a shooting rampage in Pretoria last year".[4] Die meisten der verhafteten Neonazis wurden jedoch bald wieder entlassen.[5]

Bereits im Februar 1981 war Horst Klenz in Hamburg einschlägig aufgefallen. So veröffentlichte er im Wiener Neonaziblatt „Der Stoßtrupp" von Martin Neidthart einen Beitrag, um für Unterstützung für weiße Farmer in Namibia („Südwest") zu werben.[6] In einem anderen Beitrag hatte er „kräftige Burschen" für eine „Mannschaft für Südwest" gesucht.[7] Als er wegen dem Werben von Söldnern von der Polizei aufgesucht wurde, fanden die Ermittler an seinem Arbeitsplatz Söldnerakten und 1.000 Patronen. In seiner Niendorfer Wohnung wurde eine Maschinenpistole sichergestellt.

Horst Klenz war in Südafrika in einer Organisation namens „Aksie Kontra 435" aktiv. Ihm wurde von den regionalen Ermittlern vorgeworfen, zusammen mit den Neonazis Leonard Veneendal und Darryl Stopforth im August 1989 an einem Granaten-Angriff



auf das UNTAG-Büro in Outjo im Norden Namibias beteiligt gewesen zu sein.[8] Der Angriff kostete einem Sicherheitsmann das Leben. Horst Klenz[9] tauchte nach seiner gewaltsamen Befreiung unter bis er im Dezember 1990 erneut verhaftet wurde, jedoch kurze Zeit später durch eine Amnestie wieder frei kam.

Sicherlich war es kein Zufall, dass ein Objekt in Namibia als Anschlagsziel gewählt wurde: Es war klar, dass die bevorstehenden Wahlen eine schwarze Mehrheitsregierung hervorbringen würde. Mehrere der Tatverdächtigen sind als Sympathisanten oder Aktivisten der „Afrikaaner Weerstands Beweging" also der „Afrikaner Widerstandsbewegung" (AWB) in Südafrika bekannt. Es handelt sich um eine Organisation, die an eine rassistische Burenideologie und an den Nationalsozialismus anknüpft. Der AWB-Anhänger Leonhard Veenendal war ein enger Mitarbeiter des AWB-Führers Eugene Terreblanche. Inzwischen hat sich ein Journalist an die Öffentlichkeit gewandt, der vor der Festnahme ein Interview mit Veenendal geführt hatte. Veenendal berichtete, dass es innerhalb der AWB eine geheime Einheit gebe, die Kamikaze-Aktionen und die Ermordung von politischen Persönlichkeiten plane. Diese würden auch „Weiße Wölfe" genannt. Auch der rassistische Amokläufer Barend Hendrik Strydom sah sich als ein „Wit Wolf". Er hatte am 15. November 1988 in Pretoria sieben Menschen getötet und 15 weitere verletzt.

Am 12. September 1989 wurde der Anwalt Anton Lubowski vor seinem Haus in Windhoek erschossen. Zu dieser Zeit war er der Generalsekretär der „South-West Africa People's Organisation" (SWAPO). Ein Ire, der von Südafrika eingereist war, wurde kurz darauf inhaftiert. Haftgrund war zuerst die Verletzung von Einwanderungsbestimmungen, später dann die Mordanklage.

Hierbei soll es sich um den 52-jährigen Iren Donald Acheson handeln. Nach Informationen der englischen, antifaschistischen Zeitung „Searchlight" soll Acheson zu Beginn der 1980er Jahre bei der „Ulster Volunteer Force" (UVF), einer paramilitärischen Organisation der protestantischen Rechten in Nordirland, aktiv gewesen sein. In den frühen 1970ern Jahren sei er bei den „Selous Seouts" aufgetaucht, einer militärischen Einheit des rhodesischen Regimes, die gegen die Befreiungsbewegungen kämpfte. Viele Angehörige von Geheimdienst und Armee aus Rhodesien sind nach der Unabhängigkeit von den südafrikanischen Rassisten übernommen worden. Ein Richter des namibischen Obersten Gerichtshofes benannte Donald Acheson später als den Attentäter von Anton Lubowski und neun weitere Personen als Komplizen, darunter mehrere CCB-Geheimdienstmitarbeiter. Das „Civil Cooperation Bureau" (CCB) war eine Einheit der „South African Defence Force" (SADF), die mit verdeckten Operationen gegen Gegner des Apartheid-Regimes eingesetzt wurde. •

1 Er wurde z.T. auch als Lennerd Michael Veenendaal benannt. **2** Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit, kurz UNTAG (englisch: United Nations Transition Assistance Group) **3** The New York Times: „PRETORIA ARRESTS 9 RIGHT-WINGERS" von Christopher S. Wren, 9. Juli 1990. **4** JTA: „Jewish Extremist Among Suspects in Bombing of Johannesburg" von Carolyn Raphaely, 12. Juli 1990 **5** Vgl. TRC, Final Report **6** „Der Stosstrupp" Nr. 11, Oktober 1980. **7** „Der Stosstrupp" Nr. 9, August 1980. **9** Bei der TRC „Truth and Reconciliation Commission" hatte er eine Amnestie in der Sache beantragt. **10** Horst Klenz trat laut Presseberichten auch unter den Decknamen „Heinrich Siems", „Kluger" und „Wolfgang Weber" auf.

KONTAKT
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF 8DC1
51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM
Antifaschistisches Infoblatt
30. Jahrgang
Nummer 114 | 1.2017

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller
(Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin